

Beteiligungsbericht

Stadt Brandenburg an der Havel

über das

Geschäftsjahr 2009

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Die Oberbürgermeisterin

Vorgelegt von: Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann

Redaktion: Fachgruppe Beteiligungen, Steuern und Abgaben

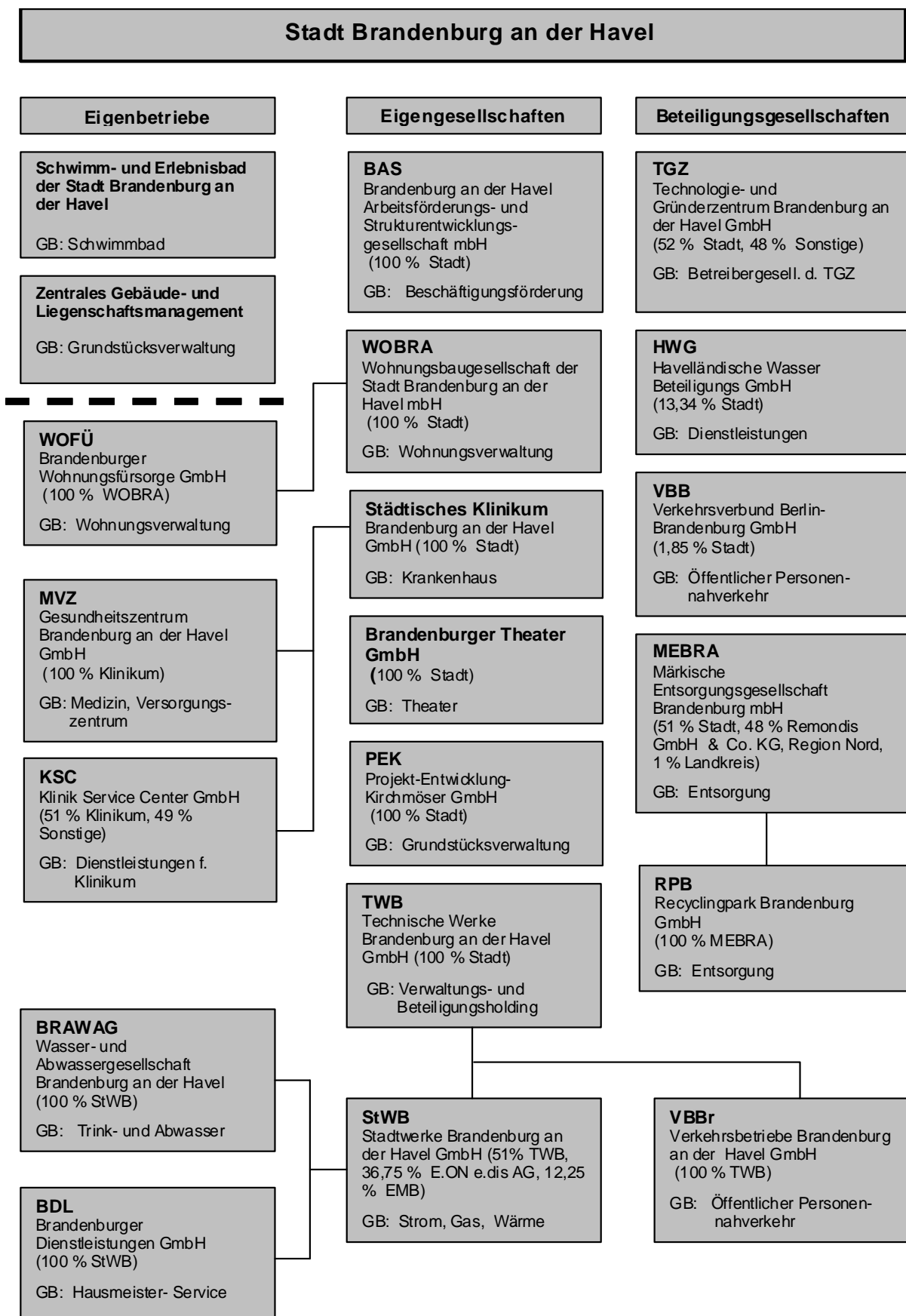
Redaktionsschluss: 31.08.2011

Inhaltsverzeichnis

I.	Graphische Darstellung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen.....	3
I.1	Rechtliche Grundlagen.....	4
I.2	Direkte und indirekte Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel.....	6
I.3	Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen.....	6
I.4	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	8
I.5	Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	11
II.	Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel nach Branchen.....	12
III.1	Eigenbetriebe.....	14
III.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	15
III.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	22
III.2	Eigengesellschaften.....	28
III.2.1	WOBRA Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH....	29
III.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	40
III.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	47
III.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	56
III.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	64
III.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	72
III.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	79
III.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	89
III.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH.....	97
III.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	105
III.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	112
III.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	119
III.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	126
III.3	Beteiligungsgesellschaften.....	131
III.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	132
III.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	139
III.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	146

III.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	151
III.3.4	HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH.....	163
IV.	Abkürzungsverzeichnis.....	V
V.	Erläuterungen.....	VIII

I. Graphische Darstellung über die Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Stadt Brandenburg an der Havel



I.1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf hat die Beteiligungsverwaltung einen Beteiligungsbericht vorzubereiten und zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Brandenburg an der Havel umfasst alle unmittel- und mittelbaren städtischen Gesellschaften und Beteiligungen.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen basieren auf den Jahresabschlüssen des Geschäftsjahres 2009. Die Zeitreihenvergleiche beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2007-2009.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 91 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein **öffentlicher Zweck** dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

In weiterer Anwendung des § 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf hat die Gemeinde im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern in mindestens gleicher Qualität und Zuverlässigkeit bei gleichen oder geringeren Kosten erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden, sofern dies mit dem öffentlichen Interesse vereinbar ist.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, insbesondere § 92 BbgKVerf, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 91 und in § 92 BbgKVerf definiert.

Wahl der Unternehmensform

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften wird dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerrechtlichen Überlegungen die Verselbständigung einer Verwaltungseinheit vorteilhaft ist.

Wesentliche Entscheidungskriterien für die privatrechtliche Organisationsform sind:

- Beschleunigung der Entscheidungsprozesse
- Markt- bzw. Kundenorientierung
- flexiblere Personalwirtschaft
- Entlastung des städtischen Haushalts

- Beteiligung Dritter
- Verbesserung des Rechnungswesens
- steuerrechtliche Aspekte

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat für ihre privatrechtlich-wirtschaftliche Betätigung die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt. Das GmbH-Gesetz räumt den Gesellschaftern im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit und somit die Möglichkeit der Wahrnehmung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ein.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften.

Als Organe besitzt die GmbH die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Es kann ein Aufsichtsrat gebildet werden. Bei großen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten ist die Bildung eines Aufsichtsrates zwingend vorgeschrieben (z.B. Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH). Freiwillig gebildete Aufsichtsräte existieren z. B. bei den stadt eigenen Gesellschaften Brandenburger Theater GmbH, Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel GmbH.

Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung sind die Steuerungs- und Kontrollgremien der Gesellschaften. Hier wird insbesondere über die Beratung und Genehmigung der Wirtschaftspläne und der Investitions- und Finanzpläne Einfluss auf die jeweiligen Leistungsprogramme der Gesellschaften genommen. Daneben gibt es je nach Spezifizierung im Gesellschaftsvertrag weitere Zustimmungsvorbehalte durch den Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel:

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Eigenbetrieb verfügt einerseits über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleitung und Werksausschuss), untersteht andererseits der Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeisterin als Verwaltungschefin. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

Eigengesellschaft

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören.

Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist.

I.2. Direkte und indirekte Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel

Direkte Beteiligungen

Direkte Beteiligungsgesellschaften sind insbesondere die TGZ GmbH, die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH, die HWG Havelländische Wasser BeteiligungsgmbH und die VBB GmbH, wobei die TGZ GmbH und MEBRA mbH zum 31.12.2009 Mehrheitsbeteiligungen darstellen.

Indirekte Beteiligungen

Mittelbar ist die Stadt Brandenburg an der Havel über die WOBRA GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt.

Weiterhin ist die Stadt über die TWB GmbH an der VBBr GmbH und an der StWB GmbH beteiligt.

Die Stadt Brandenburg an der Havel ist über die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH an der BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH und an der BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel beteiligt.

Über die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist die Stadt an der KSC Klinik Service Center GmbH und an der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH beteiligt.

Des Weiteren ist die Stadt über die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH an der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH beteiligt.

I.3. Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Die städtischen Gesellschaften nehmen eine Vielzahl von Aufgaben wahr. Diese reichen von der Versorgung der Bevölkerung mit Energie, der Entsorgung von Abfällen über die Bereitstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zu Angeboten im Kultur- und Freizeitsektor sowie den Stadtumbau und die Bereitstellung von Gewerbeflächen und Büroräumen für Existenzgründer.

Wie eingangs bereits erwähnt, fordert § 91 Abs. 2 BbgKVerf als Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde neben dem öffentlichen Zweck auch die Verhältnismäßigkeit zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde insgesamt, da eine öffentliche Aufgabenwahrnehmung ein kostendeckendes Wirtschaften kaum zulässt.

Neben dem öffentlichen Zweck ist der Örtlichkeitsgrundsatz bei der Aufgabenerfüllung durch die öffentlichen Unternehmen zu beachten. Dieser besagt, dass eine wirtschaftliche Betätigung grundsätzlich nur innerhalb der Stadtgrenzen möglich ist. Dieser Grundsatz schränkt die Unternehmen in ihrer Entwicklung nachhaltig ein. Gleichzeitig müssen sie sich anders als früher dem Wettbewerb mit Konkurrenzunternehmen stellen.

Unter der Voraussetzung, dass hierfür geeignete Indikatoren gefunden werden, werden sich zukünftig alle Entscheidungsträger einer Gemeinde verstärkt mit diesen Anforderungen auseinandersetzen müssen.

Diese Auseinandersetzung wird vor dem Hintergrund unausgeglichener Haushalte dann vor allem im Bereich der freiwilligen Leistungen geführt werden müssen, da gerade in diesem Bereich vermehrt Subventionen erforderlich sind. Eine regelmäßig wiederkehrende Überprüfung der Erforderlichkeit öffentlicher Wirtschaftstätigkeit erscheint somit geboten, wobei es einheitliche Lösungen für alle nicht geben kann.

Die Wahrnehmung von Aufgaben der Stadt Brandenburg an der Havel durch kommunale Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und Eigenbetriebe hat deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft unserer Stadt und stellt einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Folgende Übersichten sollen das nochmals verdeutlichen:

Entwicklung Beschäftigte des Stadtkonzerns					
	2005	2006	2007	2008	2009
Marienbad	10	9	8	8	7
WOBRA	54	42	39	39	40
Klinikum	964	942	959	965	991
BT	98	103	98	98	98
TWB	4	5	5	5	5
VBBr	171	152	147	144	143
BRAWAG	65	49	49	50	47
Wofü	18	17	16	14	14
StWB	141	139	138	132	132
BAS	13	13	13	13	13
MEBRA	116	121	112	132	94
RPB	22	25	23	24	19
GLM	78	75	73	94	91
TGZ	4	4	4	4	5
BDL	41	42	47	52	58
PEK	5	5	5	5	5
KSC	292	296	307	306	328
MVZ	11	16	19	36	67
Gesamt	2.097	2.046	2.054	2.113	2.150

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Investitionen des Stadtkonzerns					
	2005	2006	2007	2008	2009
Marienbad	14	12	11	19	12
WOBRA	3.375	2.891	18.596	3.866	6.107
Klinikum	1.756	2.370	4.479	9.946	8.641
BT	136	291	86	114	171
TWB	7	14	4	3	1
VBBr	1.312	149	529	503	497
BRAWAG	1.607	3.772	3.005	2.921	2.480
Wofü	38	45	4	0	3
StWB	3.767	3.658	3.042	2.880	5.775
BAS	107	130	18	45	89
MEBRA	361	585	110	189	597
RPB	231	1.696	305	5	9
GLM	63	38	22	150	82
BBH	104	176	181	27	0
TGZ	3	10	9	35	21
BDL	119	92	106	162	373
PEK	8	3	3	1	0
KSC	81	33	65	35	40
MVZ	203	67	10	178	459
Gesamt	13.292	16.032	30.583	21.079	25.357

Abb. 2 - Investitionen kommunaler Unternehmen (Angaben in T€)

I.4. Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

Die Nutzung der Möglichkeit, verschiedene Aufgaben aus der Verwaltung auszugliedern und diese Aufgaben durch die Unternehmen ausführen zu lassen, zieht dennoch erhebliche Wechselwirkungen zwischen den Unternehmen und dem Haushalt der Stadt nach sich.

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch den politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Bezuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

In den letzten Jahren wurde der Zuschuss für den Stadtkonzern kontinuierlich gesenkt, so dass der Haushalt der Stadt dadurch weiter entlastet wurde.

Es ist jedoch auch zu erwähnen, dass einige kommunale Unternehmen auch ohne Gefährdung des öffentlichen Zwecks oder des kommunalen Auftrages grundsätzlich in der Lage sind, Überschüsse zu erwirtschaften. Nach Beschlüssen in den Gesellschafterversammlungen können diese dann in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet werden.

Darüber hinaus kann die Stadt von ihren Unternehmen Einnahmen in Form der Konzessionsabgaben generieren.

Es gilt nach wie vor das Ziel zu erreichen, dass die Unternehmen den Finanzbedarf weitgehend selber erwirtschaften. Jedoch ist man zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon noch weit entfernt.

Abflüsse aus dem Haushalt

a) Ertragszuschüsse

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Da die Aufgabenverantwortung letztlich bei der Stadt verbleibt, hat diese die Fehlbeträge der Gesellschaften anteilmäßig oder in Gänze auszugleichen. In diesen Fällen kann die Stadt lediglich darauf hinwirken, dass die Unternehmen möglichst wirtschaftlich arbeiten und die Kostendeckung erhöht wird.

Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBH) und der Brandenburger Theater GmbH (BT).

b) Investitionszuschüsse

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit kommunale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

Zuflüsse zum Haushalt

a) Gewinnausschüttungen

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen erwirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden.

b) Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern. Aufgrund gestiegener Umsätze bei den Unternehmen sind auch die Konzessionsabgaben als eine der Haupteinnahmequellen leicht gestiegen.

Bürgschaften

Für Darlehen der beschränkt haftenden Beteiligungsgesellschaften verlangen die Darlehensgeber fallweise vom Gesellschafter Ausfallbürgschaften zur zusätzlichen Absicherung Ihres Risikos.

§ 75 BbgKVerf verbietet der Kommune zwar grundsätzlich das Eingehen von Sicherheiten zugunsten Dritter, lässt jedoch Ausnahmen durch die Kommunalaufsichtsbehörde zu. Bürgschaften bedürfen daher neben eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung auch der Genehmigung des Innenministeriums.

Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt					
Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€	2005	2006	2007	2008	2009
Technische Werke Brandenburg	6.304	5.268	4.778	4.753	4.664
Brandenburger Theater	4.708	3.681	3.681	3.731	3.681
BAS Arbeitsförderung- und Strukturanpassungsgesellschaft	923	544	364	364	122
Technologie- und Gründerzentrum	179	150	150	140	140
Eigenbetrieb Marienbad	875	875	875	875	875
Fähre Neuendorf	33	48	43	33	45
WOBRA (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	2.839	3.151	2.969	2.822	2.763
Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:	15.861	13.717	12.860	12.718	12.290
Zuwendungen Land in T€	2005	2006	2007	2008	2009
Zuwendungen Land für VBBR	1.985	1.964	1.738	1.413	1.399
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.559	1.560	1.556	1.521	1.480
Zuschuss FAG (Finanzausgleichsgesetz) an Theater	1.500	1.475	1.475	1.475	1.475
Zuwendungen Land gesamt	5.044	4.999	4.769	4.409	4.354
Rückflüsse von den Gesellschaften in T€	2005	2006	2007	2008	2009
Gewinnausschüttungen	0	0	0	0	0
Verkauf von Beteiligungen	0	0	0	0	0
Einnahmen aus Gewinnbeteiligung	550	2.044	695	138	185
Kapitalentnahmen aus Beteiligungen	7.440	6.024	5.000	4.000	3.719
Konzessionsabgaben in T€					
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	2.014	2.012	1.647	1.980	1.965
E.dis	128	133	165	185	149
EMB	12	8	8	8	9
Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€	13.629	13.660	10.729	9.199	8.901
Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€	-2.232	-57	-2.132	-3.519	-3.389

Unterdeckung der Zu-/Abflüsse vom Haushalt in den Unternehmensverbund

Jahr	Differenz Zuflüsse/Abflüsse (T€)
2005	-2.232
2006	-57
2007	-2.132
2008	-3.519
2009	-3.389

1.5. Übersicht über die Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen

Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen/Eigenbetriebe der Stadt Brandenburg an der Havel					
	2005	2006	2007	2008	2009
Marienbad	Scherbarth, Hergaden & Partner GbR	Scherbarth, Hergaden & Partner GbR	Scherbarth, Hergaden & Partner GbR	ACCO GmbH (ehemals FPS Schmidt & Kollegen)	ACCO GmbH (ehemals FPS Schmidt & Kollegen)
GLM	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG
Baubetriebshof	Scherbarth, Hergaden & Partner GbR	Scherbarth, Hergaden & Partner GbR	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	aufgelöst zum 31.12.2008
WOBRA	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin
Wofü	WIKOM AG	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin
Klinikum	KPMG	KPMG	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
KSC	KPMG	KPMG	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
MVZ	KPMG	KPMG	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
Theater	WIKOM AG	DOMUS REVISION	DOMUS REVISION	DOMUS REVISION	DOMUS REVISION
TWB	WIKOM AG	FPS Schmidt & Kollegen	FPS Schmidt & Kollegen	ACCO GmbH (ehemals FPS Schmidt & Kollegen)	ACCO GmbH (ehemals FPS Schmidt & Kollegen)
VBBr	WIKOM AG	FPS Schmidt & Kollegen	FPS Schmidt & Kollegen	ACCO GmbH (ehemals FPS Schmidt & Kollegen)	ACCO GmbH (ehemals FPS Schmidt & Kollegen)
StWB	PwC Deutsche Revision	PwC AG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BRAWAG	PwC Deutsche Revision	PwC AG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BDL	PwC Deutsche Revision	PwC AG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BAS	Dres. Bönner Treuhand Revision	Beil, Baumgart & Kollegen	Beil, Baumgart & Kollegen	Beil, Baumgart & Kollegen	ACCO GmbH (ehemals FPS Schmidt & Kollegen)
PEK	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen
TGZ	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	ACCO GmbH
MEBRA	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG
RPB	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG
VBB	PwC Deutsche Revision	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH
HWG	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG

II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 BbgKVerf (nach Branchen) einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen

Abfallwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00

ÖPNV

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB	1.971.100,00
Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00

Ver- und Entsorgung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB 36,75 % E.ON edis AG 12,25 % EMB GmbH	4.172.142,00
Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel GmbH	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB	3.389.865,14

Immobilienwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	WOBRA	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	WOBRA	100 % WOBRA	332.339,71

Dienstleistungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB	434.600,00
Havelländische Wasser GmbH	HWG	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.103,17

Arbeitsförderung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00

Technologie und Infrastruktur

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel 10 % Mittelbrandenburgische Stadtparkasse 10 % RFT Brandenburg 9 % Fachhochschule Brandenburg 5 % Fa. Villmann 3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Börner GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers GmbH 1 % HWG 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	26.587,17 5.112,92 5.112,92 4.601,63 2.556,46 1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29

Kultur- und Freizeit

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		Sondervermögen	25.565,00

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00

III.1

Eigenbetriebe

III.1.1 Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Betreibung Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Sprengelstraße 1
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 27 80
Fax: 03381/32 27 811

e-mail: fred.ostermann@stadt-brandenburg.de
Internet: www.info@marienbad-brandenburg.de

Gründung

Am 26.11.1997 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel (Vorlagen Nr. 459/97) die Gründung des kommunalen Eigenbetriebes „Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel“, die am 23.12.1997 mit Inkrafttreten der Satzung wirksam wurde.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564,59 €
--------------	-------------

Der Eigenbetrieb wird als wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung zu 100 % als Sondervermögen der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Unterbeteiligungen

Der Eigenbetrieb verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Gesellschaftsvertrag

Am 26.11.1997 wurde die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad Brandenburg an der Havel durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen (Nr. 459/97) und im Amtsblatt Nr. 17 vom 23.12.1997 veröffentlicht.

Organe der Gesellschaft

- *Werkleitung*
Fred Ostermann

- *Betriebsführer*

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- *Betriebsleiter*

Jens Grosser

- *Gemeinsamer Werksausschuss der Eigenbetriebe*

Originäre Aufgaben des gemeinsamen Werksausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberaterung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des Werksausschusses statt.

Der gemeinsame Werksausschuss für die Eigenbetriebe setzte sich 2009 wie folgt zusammen:

Werksausschuss 2009	
Ausschussvorsitz	Herr Klaus-Peter Fischer
Stellvertreter	Herr Hans-Jürgen Arndt
weitere Mitglieder	Herr Alfredo Förster Frau Doris Seeber Herr Tobias Dietrich

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens und des öffentlichen Badebetriebes mit dem Ziel, die Attraktivität Brandenburgs für seine Besucher und die Lebensqualität der Brandenburger Bevölkerung zu erhöhen.

Gegenstand des Eigenbetriebes

Die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	96%	95%	95%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	63%	63%	60%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	101%	99%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	140%	138%	81%
Cashflow	-21 T€	92 T€	-249 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-4%	-3%	-5%
Umsatz	1.502 T€	1.384 T€	1.357 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-636 T€	-512 T€	-888 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	17%	17%	17%
Anzahl der Mitarbeiter	7	8	8

Lagebericht des Eigenbetriebes**Geschäftsverlauf**

Das Jahr 2009 war das 9. Geschäftsjahr, in dem ein Ganzjahresbetrieb stattfand. Der Freibadbetrieb wurde am 09.05. des Jahres aufgenommen. Das Jahr 2009 kann trotz leicht rückläufiger Besucherzahlen, die einem allgemeinen deutschlandweitem Trend entsprechen, als erfolgreich gewertet werden.

Die geplanten Besucherzahlen für das Geschäftsjahr (360.200) wurden um 11.807 Besucher unterschritten. Dies entspricht einer Minderung von 3,3 % gegenüber dem Planansatz.

Im Berichtszeitraum gab es keine vergleichbaren Angebote in einem Radius von 100 km. Somit war auch das Besucheraufkommen dem gegenwärtigen Einzugsbereich entsprechend. Als Investition in die touristische Infrastruktur der Stadt hat sich dieses Projekt bewährt, da z. B. Besuchergruppen von Berlin und Potsdam, von Rathenow bis Genthin das Bad besuchen. Hotellerie und besonders die Campingplätze sind Partner des Bades geworden (Tagestrip oder Schlechtwettervariante).

Technische Probleme (z.B. Nässestau in der Sauna) wurden mit dem Bauherren (Stadt) gemeinsam geklärt und beseitigt bzw. bearbeitet. Im Rahmen der geplanten Schließzeit wurden umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt.

Im Betriebsjahr 2009 mussten erhebliche Kosten für den allgemeinen Bauunterhalt aufgewendet werden (z.B. Innensanierung des Rutschenturmes, Sanierung der Kunstfelsen im Fun-Bad).

Um gerade Familien mit Kindern für das Marienbad zu begeistern, wurden durch den Betriebsführer in Abstimmung mit dem Betreiber durch Konzentration auf diese Zielgruppe entsprechende Veranstaltungen (u.a. Halloween Gruseltime, Hits for Kids) durchgeführt. Gleichzeitig wurden die bewährten und bei den Gästen beliebten Veranstaltungen wie Nacktbadeabende weitergeführt.

Der Wirtschaftsplan 2009 wurde durch die Stadtverordneten am 25.03.2009 beschlossen.

Die Erlöse des Bades lagen über dem Planansatz. Hierbei trug die neue Entgeltordnung vom April 2009 wesentliche Anteile.

Finanzielle Lage

Ertragslage

Der Kommunale Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Dem gemäß sehen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs einen jährlichen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch Ertragszuschüsse der Stadt Brandenburg an der Havel vor (2009: 800,7 T€; i.Vj. 875,0 T€).

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend kann dem Wertverzehr der Anlagen in Form der Abschreibungen (2009: 941,5 T€; i.Vj. 955,3 T€) nicht Rechnung getragen werden. Unter Gegenrechnung der entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der geförderten Anlagen ertragswirksam aufzulösenden Sonderposten ergibt sich daraus ein jährlicher Fehlbetrag (2009: 635,5 T€; 2008: 512,9 T€), der planmäßig mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet wird. Investitionen kann der Eigenbetrieb daher aus eigener Kraft nicht refinanzieren.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich auf Basis einer strukturellen Anpassung der Entgeltordnung zum 10. April 2009 um 8,5% (2009: 1.502,1 T€, 2008: 1.384,4 T€).

Der Jahresfehlbetrag entwickelte sich planmäßig und wurde um 40,9 T€ (Plan: 676,4 T€; Ist: 635,5 T€) unterschritten. Die Instandhaltungsaufwendungen erhöhten sich von 203,0 T€ 2008 auf 259,5 T€. Sie beinhalten vorsorglich zu bildende Rückstellungen für die Außensanierung des Rutschenturmes und die Sanierung der Dusch- und sanitären Anlagen in Höhe von 77,5 T€. Die betrieblichen Aufwendungen gesamt wurden um 1,0 % unterschritten (Plan: 3.360,4 T€, Ist 2009: 3.328,1 T€).

Im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verminderten sich für den Eigenbetrieb „Schwimm- und Erlebnisbad“ die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe, insbesondere im energetischen Bereich, von insgesamt 947,9 T€ im Vorjahr um 2,8 % auf 921,2 T€ im Geschäftsjahr 2009. Dies führte zu einer Unterschreitung der geplanten Aufwendungen um 78,3 T€.

Der Personalaufwand wurde im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Wirtschaftsplan um 8,0 T€ erhöht.

Die planmäßigen Abschreibungen sind um 13,8 T€ zum Vorjahr gesunken. Dem steht eine Minderung der zahlungsunwirksamen Erträge aus Auflösung des Sonderposten für Investitionszuschüsse um 7,2 T€ (2009: 342,8 T€, 2008: 350,0 T€) gegenüber.

Vermögens- und Finanzlage

Nach Abschluss des 2. Bauabschnittes (Cabriodach) im Jahr 2004 wurde die Investitionstätigkeit auch 2009 auf unabweisbare Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen beschränkt. Der Investitionsplan wurde mit 21,0 T€ (Plan: 33,0 T€, Ist 12,0 T€) unterschritten.

Zur Finanzierung der Kleininvestitionen erfolgte eine planmäßige Einlage der Stadt Brandenburg an der Havel in die allgemeinen Rücklagen in Höhe von 25,0 T€.

Das Eigenkapital reduzierte sich trotz dieser Kapitaleinlage aufgrund des Jahresfehlbetrags von 635,5 T€ von 9.767,1 T€ im Vorjahr auf 9.156,5 T€ zum 31.12.2009.

Die Rückstellungen erhöhten sich von 122,6 T€ im Vorjahr auf 140,7 T€ zum 31.12.2009. Sie wurden insbesondere für Aufwendungen von Jahresabschluss- und Steuerberatungskosten, Personalaufwand aus noch nicht genommenem Urlaub und Mehrarbeit und für unterlassene Instandhaltungen gebildet. Im Geschäftsjahr 2004 gebildete Rückstellungen für Gerichts- und Anwaltskosten aus dem noch nicht abgeschlossenen Beweissicherungsverfahren für die Geltendmachung von Regressansprüchen aus den Fliesenschäden im Funbad von 20,9 T€ wurden beibehalten. Das Verfahren wird unter Verantwortung des Rechtsamtes der Stadt Brandenburg an der Havel als primärer Auftraggeber der Bauinvestition geführt. Die Mängelbeseitigung wurde durch die Stadt Brandenburg an der Havel als Auftraggeber organisiert und finanziert. Der Eigenbetrieb rechnet nicht mit einer Belastung des eingelegten Anlagevermögens. Somit decken die gebildeten Rückstellungen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Wert ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ab.

Liquidität

Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Geschäftsjahr gesichert. Die vorsorglich geplante Kassenkreditlinie von 100 T€ musste nicht in Anspruch genommen werden. Durch die Unterschreitung des geplanten Jahresfehlbetrags um 40,9 T€ per 31.12.2009 ergab sich eine Entlastung für die fristgerechte Finanzierung. Dies dokumentiert sich im Rückgang der Verbindlichkeiten um 96,1 T€ (2009: 289,8 T€; 2008: 385,9 T€) bei o. g. Anwachsen der Rückstellungen um 18,1 T€, denen nur eine Verminderung der flüssigen Mittel um 39,4 T€ (2009: 475,4 T€; 2008: 514,8 T€) gegenüber steht.

Stichtagsbezogen waren somit zum 31.12.2009 die kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen von insgesamt 430,5 T€ durch liquide Mittel vollständig abgedeckt.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Mit dem Abschluss des 2. Bauabschnitts im Geschäftsjahr 2004 wurde der Aufbau des Schwimm- und Erlebnisbades in der Stadt Brandenburg an der Havel beendet. Weitere Investitionen, die zu einer nachhaltigen Erweiterung der Geschäftstätigkeit führen, sind gegenwärtig nicht geplant.

Die aktuellen Angebote, welche sehr gut angenommen werden, werden weiter ausgebaut, um die Einnahmesituation zu stabilisieren. Für das Jahr 2010 wird ein Besucheraufkommen von 360.200 Personen erwartet, wobei die Verweildauer durch sehr unterschiedliche Zeitanteile (Stunden-, 2-Stunden- und Tageskarten) bestimmt wird. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird angestrebt, die Verweildauer auszubauen.

Der Wirtschaftsplan 2010 wurde mit einem geplanten Zuschuss in Höhe von 850,0 T€ zur Bestätigung durch die entsprechenden Gremien eingereicht. Eine Refinanzierung des Anlagenverschleißes aus Einnahmen des Eigenbetriebs kann weiterhin nicht erfolgen. Trotz der geplanten Umsatzerlöse muss mit einem Jahresfehlbetrag von 476,7 T€ gerechnet werden.

Mit dem Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer diverser technischer Anlagegüter ohne Einordnung des entsprechenden Ersatzinvestitionsbedarfs sinken die Abschreibungen. Der Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer konzentriert sich insbesondere in den hoch belasteten Bereichen der Wasseraufbereitung, Gastronomie und Sauna.

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel Rechnung tragend, wird in die mittelfristige Finanzplanung nur ein Ersatzinvestitionsbedarf von 25,0 T€ p.a. eingeordnet. Dem alterungsbedingten Anlageverschleiß soll durch gezielte, die Nutzungsdauer erhöhende Instandhaltungsmaßnahmen begegnet werden.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die nachhaltige Sicherung des Vermögens und der Bestand des Eigenbetriebs direkt von der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung der erforderlichen Betriebskostenzuschüsse und (im Bedarfsfall) der erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen abhängig sind.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Plan Betriebskostenzuschuss 877,0 T€ Ist Betriebskostenzuschuss 800,7 T€ (auf Grund höherer Einnahmen aus den Umsätzen für das Schul- und Vereinsschwimmen, Deckungsring im kommunalen Haushalt) Plan Investitionskostenzuschuss 25,0 T€ Ist Investitionskostenzuschuss 25,0 T€

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	15.764	14.829	13.899
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	1
II. Sachanlagen	15.764	14.829	13.898
B. Umlaufvermögen	785	724	622
I. Vorräte	22	21	17
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	64	189	129
III. Kassenbestand, Guthaben	699	515	475
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5	5	6
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	9.979	9.767	9.157
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	11.494	11.143	10.279
III. Jahresfehlbetrag u. Verlustvortrag des Vorjahres	-1.540	-1.402	-1.148
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.633	5.282	4.940
C. Rückstellungen	645	123	141
D. Verbindlichkeiten	297	386	289
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	16.555	15.558	14.527

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	1.357	1.384	1.502
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.277	1.309	1.189
3. Materialaufwand	-885	-969	-946
4. Personalaufwand	-229	-233	-254
5. Abschreibungen	-1.016	-955	-942
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.372	-1.044	-1.163
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-867	-507	-613
9. außerordentliche Erträge	1	17	0
10. außerordentliche Aufwendungen	0	1	-1
11. Sonstige Steuern	-22	-22	-22
12. Jahresergebnis	-888	-512	-636

III.1.2 Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Grundstücksverwaltung

Firmensitz

Klosterstr. 14
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/58 29 00
Fax: 03381/58 29 04

Gründung

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel wurde gemäß § 1 EigV durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 27. August 2003 und Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Brandenburg an der Havel am 20. Oktober 2003 gegründet.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 50.000 €

Der Eigenbetrieb wird als wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung zu 100 % als Sondervermögen der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Unterbeteiligungen

Der Eigenbetrieb verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Betriebssatzung

Die Betriebssatzung in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 01. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Werkleitung*
- Angelika Köhler (amt. Werkleiterin bis 30.06.2009)
Holger Ulbricht (Werkleiter ab 01.07.2009)

- *Werksausschuss*

Die Zusammensetzung des gemeinsamen Werksausschusses für die Eigenbetriebe im Jahre 2009 ist der Seite 16 zu entnehmen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen. Grundlage für die Arbeit des Eigenbetriebes ist die Vereinbarung eines umfangreichen Nutzungsrechts an Liegenschaften und Gebäuden der Stadt Brandenburg an der Havel. Das Nutzungsrecht erstreckt sich über den Zeitraum vom 01. Januar 2004 bis 31. Dezember 2013.

Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen, Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln.

Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das bisher nicht dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde, wie z. B. von Gebäuden und Liegenschaften zum Zwecke des Denkmalschutzes. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	68%	69%	60%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	30%	29%	20%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	100%	102%	102%
Zinsaufwandquote	2,0%	3,0%	2,0%
Liquidität 3. Grades	101%	106%	102%
Cashflow	910 T€	893 T€	927 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	3%	5%
Umsatz	22.341 T€	21.048 T€	24.278 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	309 T€	317 T€	598 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	17%	19%	12%
Anzahl der Mitarbeiter	91	94	73

Lagebericht des Eigenbetriebes

Im Berichtszeitraum waren die Finanzierungsverhältnisse geordnet und die Liquidität gesichert. Es war sichergestellt, dass der Einzug von Forderungen und die Bedienung von Verbindlichkeiten innerhalb der gesetzten Zahlungsfristen erfolgten. Die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebes war zu jeder Zeit gewährleistet.

Kapitaleinlagen seitens der Stadt Brandenburg an der Havel in das Sondervermögen des Eigenbetriebes erfolgten im Jahr 2009 nicht. GLM realisierte Investitionen in das Anlagevermögen des Eigenbetriebes in Höhe von 81,8 T€. Davon entfielen 30,8 T€ auf zusätzliche aktivierungspflichtige Aufwendungen für den Verwaltungsstandort Klosterstraße

14, die der Eigenbetrieb auf Grund von Nutzeranforderungen zu realisieren hatte. In die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie in immaterielle Vermögensgegenstände (Software) wurden 50,9 T€ (Plan 48,0 T€) investiert. Auf Grund des gegenüber dem Wirtschaftsplan höheren Jahresgewinnes konnten sämtliche Investitionen aus dem Cashflow finanziert werden.

Die Finanzierung des Bereiches der bebauten Liegenschaften war auf Grund der bestehenden Vereinbarungen mit den städtischen Nutzern sowie der Mietverträge mit Dritten gesichert. Für die Bereiche Liegenschaftsmanagement und Forsten erfolgte die Refinanzierung der nicht durch Einnahmen von Dritten gedeckten laufenden Aufwendungen durch einen geplanten Zuschuss der Stadt in Höhe von 450,0 T€.

Der Jahresüberschuss 2009 beträgt 309,1 T€. Geplant war ein Jahresüberschuss in Höhe von 182,6 T€. Somit wurde gegenüber dem Plan ein um 126,5 T€ besseres Ergebnis erzielt.

In erster Linie ist diese Ergebnisverbesserung auf verminderte Aufwendungen für Personal (-218,3 T€), Gebäudeanmietungen für Verwaltungszwecke (-88,4 T€) sowie zusätzliche Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (72,0 T€) zurückzuführen.

Die geplanten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wurden erst im Laufe des Jahres realisiert, so dass die Aufwendungen nicht für das gesamte Jahr anfielen. Die verminderten Anmietkosten resultieren vor allem aus einer geltend gemachten Mietminderung für ein Objekt auf Grund der unzureichenden Erfüllung vereinbarter Standards seitens des Vermieters. Die Auflösung der Rückstellung betraf im Wesentlichen eine Verpflichtung aus einem beendeten Anmietverhältnis; sie konnte aus Gründen der Verjährung ertragswirksam erfolgen.

Auf das Jahresergebnis negativ wirkten gegenüber dem Wirtschaftsplan vor allem zusätzliche Aufwendungen für den Winterdienst (32,0 T€), Gebühren für Niederschlagswasser (159,3 T€) sowie geringere Erlöse aus dem Verkauf von Nutzholz (-69,5 T€).

Der mit dem Jahresüberschuss erwirtschaftete Cashflow wurde – neben der Finanzierung der eigenen Investitionen – für die Tilgung der langfristigen Lieferantenverbindlichkeiten aus den Investitionen an den Standorten Klosterstraße 14 und Altstädtischer Markt 10/11 im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften eingesetzt.

Der Stadt Brandenburg an der Havel wurden im Zusammenhang mit der Genehmigung ihres Haushaltssicherungskonzeptes seitens des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg Auflagen zur Reduzierung von Ausgaben erteilt. Dies führte nach erfolgtem Beschluss des Wirtschaftsplanes 2010 u. a. zu einer einseitigen Senkung der Ausgaben für Mieten und Betriebskosten seitens der Stadt an den Eigenbetrieb und schlägt sich für diesen in einer Erlös- bzw. Einnahmenreduzierung nieder, die der Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2010 durch geeignete Maßnahmen nachhaltig zu kompensieren hat.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der bereits im Jahr 2007 begonnenen Einlage einzelner verwaltungsnotwendiger Immobilien in das Sondervermögen des Eigenbetriebes obliegt dem GLM für diese die volle wirtschaftliche Verantwortung, insbesondere hinsichtlich der Vermietung (Mietpreisrisiko, Leerstandsrisiko), des Betriebes (Instandhaltungs- und Betriebskostenrisiko) sowie des Investitionsbedarfes (Finanzierungsrisiko). Für die Zukunft ist vorgesehen, dem Eigenbetrieb GLM im Wesentlichen den bisher von ihm im Rahmen des Nutzungsrechtes bewirtschafteten gesamten Immobilienbestand – voraussichtlich ab dem Jahr 2011 – wirtschaftlich zuzuordnen.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Wesentliches Ziel des Eigenbetriebes GLM ist die zweckbestimmte Erhaltung und Entwicklung des städtischen Immobilienvermögens und die damit verbundene Erbringung von Dienstleistungen, d. h., eine möglichst kostengünstige Vorhaltung vorgegebener Standards. Die Realisierung von Gewinnen wird dabei nur insoweit angestrebt, wie diese für die Finanzierung langfristiger Verpflichtungen erforderlich sind

Durch die bisher erfolgten bzw. künftig erwogenen Vermögenszuordnungen werden schrittweise die tatsächlichen Gebäudekosten der Verwaltung einschließlich des Substanzverzehrs im kaufmännischen Rechnungswesen des Eigenbetriebes dargestellt. Mit der voraussichtlich ab dem Jahr 2011 wirksamen wirtschaftlichen Zuordnung des wesentlichen Immobilienbestandes in das Sondervermögen des Eigenbetriebes wird das Eigenkapital nachhaltig gestärkt werden. Weiterhin können Erträge aus der Veräußerung nicht verwaltungsnotwendiger Liegenschaften, die dann dem Eigenbetrieb zufließen, zur Finanzierung der Substanzerhaltung des verwaltungsnotwendigen Bestandes beitragen.

Auf Grund des bestehenden Kontrahierungszwanges zwischen der Stadt und dem Eigenbetrieb hat letzterer grundsätzlich Planungssicherheit hinsichtlich der Nutzung der verwaltungsnotwendigen Liegenschaften, wodurch einige der o. g. Risiken (Leerstand, Reparaturen, Betriebskosten) weitgehend kompensiert werden.

Der Fortbestand des Eigenbetriebes GLM für die Zukunft kann unter den dargelegten Voraussetzungen als gesichert angesehen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	500 T€ Gewinnentnahme aus dem Wirtschaftsjahr 2007
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	450 T€ Zuschuss des Haushaltes zur Deckung des Finanzbedarfes aus dem lfd. Geschäft des Sachgebietes Liegenschaften und Forsten.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	13.400	22.583	22.064
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	115	135	112
II. Sachanlagen	13.285	22.448	21.952
B. Umlaufvermögen	9.039	10.847	11.238
I. Vorräte	6.255	7.051	7.159
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.765	2.791	3.733
III. Kassenbestand, Guthaben	1.019	1.005	346
C. Rechnungsabgrenzungsposten	25	21	12
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	4.519	9.666	9.475
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss u. Gewinnvortrag des Vorjahres	598	915	626
III. Allgemeine Rücklage	3.871	8.701	8.799
IV. Gewinnvortrag des Vorjahres	418	598	317
B. Rückstellungen	479	1.066	1.377
C. Verbindlichkeiten	17.322	22.546	22.295
D. Rechnungsabgrenzungsposten	143	173	167
Bilanzsumme	22.463	33.451	33.314

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	24.278	21.048	22.341
2. Bestand an unfertigen Leistungen	71	801	104
3. Sonstige betriebliche Erträge	430	1.025	897
4. Materialaufwand	-19.959	-16.643	-17.245
5. Personalaufwand	-2.857	-3.947	-3.901
6. Abschreibungen	-329	-576	-601
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-532	-871	-754
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	32	32
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-456	-534	-529
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	665	335	344
11. Sonstige Steuern	-67	-18	-35
12. Jahresergebnis	598	317	309

III.2

Eigen- gesellschaften

III.2.1 WOBRA Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel. : 03381/ 75 70
Fax: 03381/ 75 76 41

E-Mail: info@wobra.de
Internet: www.wobra.de

Gründung

Die WOBRA (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die WOBRA ist zu 100 % an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beträgt 332.339,71 €.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Dezember 1991 abgeschlossen worden. Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11. März 1999 ist der Gesellschaftsvertrag neu gefasst worden. Änderungen erfolgten insbesondere im § 3 (Stammkapital) und § 15 (Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Vertretung).

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18.05.1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag von der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nimmt Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Geschäftsjahr 2009 fanden 15 Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Im Berichtsjahr fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2009	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Michael Brandt
Stellvertreterin	Frau Martina Marx
weitere Mitglieder	Herr Walter Kriegs
	Herr Hans-Jürgen Arndt
	Frau Dr. Lieselotte Martius
	Frau Ilona Friedland
	Herr Hartmut Fellenberg

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	82%	80%	78%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20%	19%	18%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	105%	109%	112%
Zinsaufwandquote	10,7%	11,8%	13,1%
Liquidität 3. Grades	129%	162%	187%
Cashflow	1.021 T€	6.936 T€	5.980 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2%	2%	2%
Umsatz	22.314 T€	21.874 T€	21.253 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	141 T€	512 T€	241 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	7%	6%	7%
Anzahl der Mitarbeiter	40	39	39

Lagebericht der Gesellschaft**Geschäftsverlauf**

Der sich in allen gesellschaftlichen Bereichen der Bundesrepublik vollziehende Strukturwandel verbunden mit der Wirtschaftskrise hat sich auch auf die Wohnungsunternehmen ausgewirkt. Trotz eingeleiteter Fördermaßnahmen haben sich weiterhin niedrige Mieten durch Bevölkerungsrückgang, alarmierende Wohnungsleerstände und damit Einnahmeausfälle in vielen Bereichen gezeigt.

Der Wohnungsmarkt im Land Brandenburg ist nach wie vor von hohem Konkurrenzdruck gekennzeichnet. Neben dem Einwohner- und Haushaltszahlenrückgang wirkt sich auch die demografische Entwicklung im Hinblick auf das erhöhte Alter der künftigen Mieter auf die Wohnungsbranche aus.

Die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH hat den vorrangigen Zweck, breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnungen zu versorgen. Auftragsgemäß wurde die von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel geforderte Fortschreibung des Unternehmenssanierungskonzeptes Szenario 5, mit Bezug auf das Konzept der Stadtumbaustrategie der Stadt Brandenburg an der Havel vom November 2009 Anfang 2010 fertig gestellt.

Am 31. Dezember 2009 zählten zum Bestand der WOBRA 4.310 eigene Wohnungen (Vorjahr 4.524), 112 restitutionsbehaftete Wohnungen (Vorjahr 112), 31 Eigentumswohnungen (Vorjahr 31), 118 Gewerbeeinheiten (Vorjahr 124) sowie 905 Garagen bzw. Stellplätze (Vorjahr 817). Des Weiteren verwaltet die WOBRA 1.440 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit im BAVARIA-Bestand. Die Veränderungen des eigenen Bestandes gegenüber dem Vorjahr ergaben sich aus Abrissen von 109 Wohnungen und Verkäufen von 100 Wohnungen und Veränderungen von Wohnungen durch Sanierungen.

Die verwalteten 1.440 Wohnungen BAVARIA wurden 1998 saniert; sie verteilen sich in den Wohngebieten der Stadt Brandenburg an der Havel wie nachfolgend dargestellt:

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	Leerstand der Wohnungen gesamt in %	
		2009	2008
Hohenstücken	799	14,6	9,5
Görden	371	3,8	1,9
Nord	270	1,9	1,8
Summe	1.440	9,4	6,1

Die eigenen Wohnungsbestände der WOBRA verteilen sich im Wesentlichen auf die Innenstadt und die angrenzenden Bezirke.

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	davon sanierte Wohnungen	davon Verwertung (Abriss und Verkäufe)	Leerstand der Wohnungen gesamt in %
Innenstadt	663	487	61	10,7
Ring	700	166	198	55,9
Hohenstücken	929	489	310	21,9
Nord	925	831	25	8,9
Görden	766	766	0	2,7
Sonstige Stadtbezirke	327	181	44	21,7
Summe	4.310	2.920	638	19,5
davon Kernbestand	3.672	2.920	0	12,5
davon Verwertung	638	0	638	59,8
Verwertung bis Ende 2014	548		548	
Verwertung ab 2015 ff	90		90	

Die zum Kernbestand der WOBRA zählenden 3.672 eigenen Wohnungen sind größtenteils saniert, 172 Wohnungen sind teilsaniert und 580 Wohnungen sind noch unsaniert.

Der Leerstand beschränkte sich 2009 – abgesehen von vorübergehenden Leerständen bei Wohnungswechsel oder Baumaßnahmen – vor allem auf die noch nicht modernisierten Wohnungen. In diesem Bestand ist zurzeit keine kostendeckende Vermietung möglich.

Der Leerstand der WOBRA (eigener Wohnungsbestand) per 31.12.2009 in Höhe von 19,5% untergliedert sich wie folgt:

Objekte	Anzahl von Wohnungen		
	Gesamt	Leerstand	Leerstandquote
sanierte Wohnungen	2.920	154	5,3 %
teilsanierte Wohnungen	172	21	12,2 %
unsanierte Wohnungen	580	281	48,4 %
Verwertung	638	383	60,0 %
Summe eigene Wohnungen	4.310	839	19,5 %
restitutionsbehaftete Wohnungen	112	111	99,1 %
BAVARIA Bestand	1.440	136	9,4 %
Eigentumswohnungen	31	1	2,8 %

Der modernisierte Bestand wird am Wohnungsmarkt unverändert stark nachgefragt, was mit der Fertigstellung der Vollsanierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring nachhaltig bestätigt wird. In den neu sanierten Beständen beträgt der Leerstand unter 2 %. Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben - nach unserer Einschätzung auch in der Zukunft - eine kostendeckende Bewirtschaftung. In 2009 wurden Sanierungen in der Werderstraße abgeschlossen; die in 2008 begonnene Maßnahmen in der Blumenstraße, der Jakobstraße und die Franz-Ziegler-Straße werden in 2010 abgeschlossen. Die Plattenbauten direkt am Haupt-

bahnhof sind in 2009 abgerissen worden, an ihrer Stelle entsteht neben einem medizinischen Versorgungszentrum ein Regenerationenhaus.

Jahresergebnis und Ertragslage

Im Geschäftsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 140 T€ (Vorjahr 512 T€) erzielt werden.

Die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie in nachfolgender Tabelle dargestellt. Die Grundsteuern und sonstigen Steuern (518 T€, im Vorjahr 507 T€) wurden in den Betriebsaufwand umgliedert.

	<u>2008</u> T€	<u>2009</u> T€	<u>Veränderung</u> T€
Betriebsleistung	23.313	23.683	370
Betriebsaufwand	20.646	21.263	-617
Betriebsergebnis	<u>2.667</u>	<u>2.420</u>	<u>-247</u>
Finanzergebnis	-2.987	-2.768	219
Betriebsergebnis unter Einbeziehung des Finanzergebnisses	-320	-348	-28
Zinszuschuss der Stadt für Altschulden	1.515	1.394	-121
Neutrales und perioden-Fremdes Ergebnis	383	1.016	633
Ergebnis der Neubewertung	-1.029	-1.922	-893
Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	<u>549</u>	<u>140</u>	<u>-409</u>
Ertragsteuern	37	0	37
Jahresüberschuss	<u>512</u>	<u>140</u>	<u>-372</u>

In den Betriebsleistungen sind Umsatzerlöse in Höhe von 22.313 T€ (Vorjahr 21.874 T€) enthalten. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2009 Mieterlöse in Höhe von 17.673 T€ aus 4.341 eigenen Wohnungen und 1.440 BAVARIA Wohnungen sowie aus 119 Gewerbeeinheiten und sonstigen Miet- und Pachteinheiten erzielt. Im Vorjahr 2008 wurden Mieterlöse in Höhe von 17.780 T€ im Wesentlichen mit insgesamt 5.995 Wohnungen erwirtschaftet.

Der positive Anstieg der Betriebsleistungen gegenüber dem Vorjahr um 370 T€ ist von den sonstigen betrieblichen Erträgen geprägt, die aus erhöhten Fördermitteleingängen für Abriss und Aufwertung resultieren. Ausfälle der Umsatzerlöse aus Vermietung wurden mit erhöhten Umsatzerlösen aus der Betriebskostenabrechnung 2008 ausgeglichen.

Der erhöhte Betriebsaufwand (21.263 T€, Vorjahr 20.646 T€) gegenüber dem Vorjahr ist auf die erhöhten Aufwendungen für Abriss und Aufwertungen von Grundstücken (695 T€, Vorjahr 335 T€) sowie erhöhte Instandhaltungsaufwendungen zurückzuführen. Außergewöhnliche Abschreibungen in Höhe von 1.922 T€ aus dem Abwertungsbedarf des Immobilienvermögens der WOBRA wurden wie im Vorjahr dem Ergebnis der Neubewertung zugeordnet.

Das Ergebnis wird nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -2.768 T€ (Vorjahr -2.987 T€) ergibt sich ein negatives Betriebsergebnis von 348 T€ (Vorjahr -320 T€).

Die Erhöhung des periodenfremden und neutralen Ergebnisses ist im Wesentlichen aufgrund des verbesserten Wohnungsbestandes und der daraus resultierenden Auflösung der Drohverlustrückstellungen zurückzuführen.

Das Ergebnis der Neubewertung betraf im Vorjahr die Bewertung des gesamten Immobilienbestandes der WOBRA. Im laufenden Jahr wurde die Neubewertung auf zwei Objekte, die im Vorjahr aufgrund der Verkaufsabsicht in 2008 und wegen Neuverhandlung von Mietverträgen nicht Neubewertet wurde, beschränkt.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2009 reduzierte sich das Bilanzvolumen um 6.190 T€ was im Wesentlichen auf den Forderungsabbau durch die Stadt Brandenburg an der Havel (-3.995 T€) zurückzuführen ist. Die Stadt Brandenburg an der Havel verrechnete im Geschäftsjahr 2009 ein Darlehen gegenüber der TWB mit Forderungen aus BAVARIA-Verlusten. Der Abbau der Forderungen aus Altschuldenhilfe mit 650 T€ führte gleichermaßen zur Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Altschulden.

Die Veränderung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr betrifft eine Kapitalentnahme für ein Grundstück saldiert mit dem Jahresüberschuss.

Im 4-Jahres-Vergleich stellt sich die Eigenkapitalentwicklung wie folgt dar:

Eigenkapital	2006	2007	2008	2009
- nominal	+29,9 Mio. €	+30,0 Mio. €	+30,6 Mio. €	+ 30,5 Mio. €
- quotal	+18,7 %	+18,2 %	+19,3 %	+ 20,1 %

Die Veränderung der gesamten Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr um 5.440 T€ ist im Wesentlichen auf die planmäßigen Tilgungen (3.158 T€) und Sondertilgungen (5.686 T€) von Krediten saldiert mit den Neuaufnahmen von Darlehen für die Sanierungsmaßnahmen und Aufwandsdarlehen mit 3.339 T€ und Neuaufnahmen von Aufwandsdarlehen zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern (104.580 T€ im Vorjahr T€ 110.085):

	2008	2009
Modernisierungs- und Instandhaltungskredite	T€ 65.116	T€ 63.120
Altschuldenkredite	T€ 28.380	T€ 26.360
<i>davon neue Altschulden T€ 8.643, Vorjahr T€ 8.889</i>		
Neubaukredite	T€ 10.368	T€ 10.011
Aufwendungsdarlehen	T€ 4.089	T€ 4.250
Wendebauten	T€ 2.129	T€ 836
Zinsen	T€ 3	T€ 3

Kurzfristige Kredite wurden für die Wendebauten in Anspruch genommen, diese Kredite wurden zum 31.01.2010 von MBS zur Brandenburger Bank umgeschuldet und haben ab 01.02.2010 eine Laufzeit von 10 Jahren.

Die Finanzlage ist zum 31. Dezember 2009 ausgeglichen. Die Gesellschaft kann ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht unter Ausnutzung von Skontoabzug nachkommen.

Die starke Erhöhung des Eigenkapitals seit 2004 und die über mehrere Geschäftsjahre positiven Jahresergebnisse sowie die vorliegende positive mittelfristige Finanzplanung verbessert das Standing gegenüber den Banken hinsichtlich Bonität und Rating der WOBRA bei den kreditgebenden Banken.

Entwicklung im Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2009 waren durchschnittlich 40 Mitarbeiter (2008: 39), mit Auszubildende beschäftigt.

Personalbestand zum	31.12.2008	31.12.2009
Kaufmännische Angestellte	35	35
Technische Angestellte	2	2
Auszubildende	<u>2</u>	<u>3</u>
Gesamt	<u>39</u>	<u>40</u>

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag mit der TWB gestellt.

Nach der seit 2005 bestehenden Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat verzichten die Angestellten auf 10 % ihres Gehaltes und auf das Urlaubsgeld sowie auf tarifliche Entgeltsteigerungen. Damit konnten die Personalkosten entsprechend eingespart werden. Diese Betriebsvereinbarung konnte bis zum 31.12.2011 verlängert werden.

Umweltschutz

Bei der Realisierung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen wurde bzw. wird nicht nur wegen Gesetzesvorgaben sondern auch aufgrund des Umweltbewusstseins der WOBRA auf die Erzielung von Energieeinsparungen, umweltfreundliche und ressourcenschonende Maßnahmen geachtet.

Neben Wärmedämmungsmaßnahmen, wie die Modernisierung von Gebäudehüllen, Erneuerungen von Heizungsanlagen und Einsatz von Einzelraumregelungen zur Energieeinsparung, dem Umbau von Niederschlagswassereinleitungen an bestehenden Objekten, um die Versickerung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück zu realisieren, ist hier noch die Wärmeversorgung eines Objektes mit einer Pelletanlage zu nennen. Durch die aktive Beteiligung der WOBRA am Stadtumbau werden neue Grünflächen angelegt und somit Freiräume geschaffen. Der Einbau von Wasserzählern hat einen positiven Einfluss auf das Nutzerverhalten der Mieter und führt somit zur Senkung des Wasser- und Abwasserverbrauchs.

Die WOBRA sieht in der umweltverträglichen Abfallentsorgung die Schwerpunkte Abfallvermeidung und Maximierung der Wiederverwendung und Verwertung. Durch einen effektiven Einsatz der Gefäße wird die getrennte Erfassung und Verwertung von Bio- und Grünabfällen, Altglas, Altpapier, Leichtverpackungen, Metalle und Elektroschrott gefördert und somit wertvolle Rohstoffe gespart.

Die Mieter werden zum Energiesparen durch Nutzerverhaltensänderung informiert und erhalten vom Amt für Umwelt Informationsbroschüren.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für den bewussten Umgang mit ihren Risiken hat die WOBRA ein umfassendes Risikomanagementsystem eingeführt, dass im Jahr 2009 weiter ausgebaut wurde. Es stellt eine systematische Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken sicher, um rechtzeitig geeignete Maßnahmen vorbereiten und bedrohlichen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Die Leerstandsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Die realisierten Rückbaumaßnahmen sind wesentlicher Grund für die erfolgreiche Verbesserung der Leerstandsquote von mehr als 30 % in 2004 auf unter 20 % zum Jahresende 2009. Eine weitere Senkung der leerstehenden Wohnungsbestände wird durch den Verkauf von unrentablen Objekten und der bedarfsorientierten Sanierung des Kernbestandes verwirklicht.

Die Bevölkerungsentwicklung ist im Jahr 2009 gegenüber 2008 leicht rückläufig. Als Risiken werden die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit hohen Arbeitslosenzahlen sowie die geringer werdenden verfügbaren Nettoeinkommen der Bevölkerung gesehen. Weiterhin werden die steigenden Kosten für Ver- und Entsorgungsleistungen als Risiko eingeschätzt. Mit geeigneten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden die Wohnungsbestände energiesparend ausgerichtet und im erforderlichen Maße der Entwicklung der Altersstruktur angepasst.

Die WOBRA als städtische Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel hat entsprechend dem Gesellschaftszweck neben der Gewinnrealisierung auch auf die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit Wohnungen zu beachten. Hierzu ist ein Angebot preisgünstiger und zugleich attraktiver Mietobjekte erforderlich, was mit der Nutzung von Fördermitteln und dem Sparkurs sowohl im Investitionsbereich als auch im operativen Geschäft umgesetzt werden.

Das Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring mit 409 Wohnungen zeigt bei einem Vermietungsstand von mehr als 98 %, dass diese Maßnahme richtig war. Weitere Modernisierungsmaßnahmen wurden in 2008 in der Bahnhofsvorstadt und in 2009 am Ring begonnen. Die WOBRA wird das Angebot an Wohnraum kontinuierlich und vor allem zielgruppenspezifisch, beispielsweise für Senioren, weiterentwickeln und dabei das Stadtbild verschönern.

Die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ersetzt ab dem Geschäftsjahr 2010 die bisher gezahlten Kapitaldienstleistungen für die Altschulden durch Zahlungen in Höhe von 1.500 T€, die ausschließlich zur Reduzierung der Forderungen aus BAVARIA-Verlusten zu verwenden sind. Die Gesellschaft geht davon aus, dass trotz der Reduzierung der Leistungen durch die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel mit der vertraglich geregelten Übernahme der BAVARIA-Verluste durch die Gesellschafterin ein positives Ergebnis erzielt wird.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	<p>Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)</p>	<p>WOBRA/Stadt Brandenburg an der Havel: In den Jahren 2007 bis 2008 erfolgten weder Kapitaleinlagen noch Kapitalentnahmen durch die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel, im Geschäftsjahr 2009 wurde von der Stadt Brandenburg an der Havel ein Grundstück im Wert von 206.448,00 € entnommen.</p> <p>WOFÜ/WOBRA: Im Geschäftsjahr 2007 wurde seitens der WOBRA eine Ausschüttung aus den Rücklagen der WOFÜ in Höhe von 8.687.002,29 € beschlossen. Der Ausschüttungsbetrag wurde vollständig mit dem Beteiligungswert verrechnet. In den Jahren 2008 und 2009 erfolgten keine Kapitalzuführungen oder -entnahmen.</p>
b.	<p>Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche</p>	<p>Die Jahresüberschüsse der WOBRA der Jahre 2007 bis 2009 wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Im Geschäftsjahr 2009 erfolgte eine Ausschüttung der WOFÜ an die WOBRA. Die Ausschüttung erfolgte aus dem Jahresüberschuss der WOFÜ des Geschäftsjahres 2008.</p>
c.	<p>Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen</p>	<p>Vertrag über die gesamtschuldnerische Haftung für wohnungswirtschaftliche Altschulden mit der Stadt Brandenburg an der Havel</p>
d.	<p>Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können</p>	<p>Zwischen der WOBRA und der Stadt Brandenburg an der Havel besteht neben der Vereinbarung eines abstrakten Schuldanerkenntnis über die Übernahme der Bewirtschaftungsverluste aus "BAVARIA" eine Vereinbarung für die Übernahme des Kapitaldienstes für die Altschulden. Die Weiterberechnung der BAVARIA-Verluste an die Stadt wirkte sich forderungserhöhend und gleichzeitig ertragserhöhend auf die Vermögens- und Ertragslage der WOBRA aus. Der Kapitaldienst für die Altschulden wurde in den Jahren 2007 bis 2009 liquiditätswirksam von der Stadt übernommen, allerdings führten lediglich die anteilig übernommen Zinsen für Altschuldendarlehen, die als Zinszuschuss reduzierend dem Zinsaufwand zugeordnet waren, zur Verbesserung der Ertragslage. Mit dem anteilig übernommenen Tilgungsanteil der Stadt für die Altschulden wurden die Forderungen aus BAVARIA der WOBRA gegenüber der Stadt reduziert. Dienstleistungsvereinbarungen bestehen zwischen der WOBRA und WOFÜ zu marktüblichen Konditionen.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	129.702	125.963	125.163
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9	14	21
II. Sachanlagen	128.154	124.242	123.436
III. Finanzanlagen	1.539	1.707	1.707
B. Umlaufvermögen	35.252	31.735	26.360
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	6.446	6.816	6.757
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.790	12.224	7.764
III. Kassenbestand, Guthaben	15.016	12.696	11.839
C. Rechnungsabgrenzungsposten	366	391	394
Passivseite			
A. Eigenkapital	30.096	30.609	30.543
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	2.240	2.240	2.033
III. Gewinnrücklagen	79	79	79
IV. Verlustvortrag	1.972	2.213	2.725
V. Jahresüberschuss	241	512	141
B. SoPo Investitionszuschüsse	548	644	640
C. Rückstellungen	4.290	4.613	4.100
D. Verbindlichkeiten	127.683	119.630	114.191
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.702	2.592	2.443
Bilanzsumme	165.320	158.088	151.917

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	21.253	21.874	22.314
2. Bestandsänderung	21	382	-59
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	7.235	8.049	3.445
5. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-13.086	-13.420	-14.076
6. Personalaufwand	-1.498	-1.530	-1.606
7. Abschreibungen	-8.620	-10.610	-5.830
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.407	-1.895	-2.048
9. Erträge aus Beteiligung	0	0	200
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	773	1.049	777
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.791	-2.571	-2.378
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	880	1.328	740
13. Außerordentliche Erträge	0	0	0
14. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
15. Sonstige Steuern	-639	-815	-600
16. Jahresergebnis	241	512	141

III.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Schubertstraße 15
14772 Brandenburg
Tel.: 03381/ 72 97 0
Fax: 03381/ 72 97 22

email: wohnen@wofue.de
Internet: www.wofue.de

Gründung

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (WOBRA) eingebracht. Die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ hat ihren Geschäftsanteil an der Wofü in Höhe von 7,7 % am 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 gekündigt. Mit notariellem Vertrag vom 16.06.2008 wurde der Geschäftsanteil der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ auf die WOBRA übertragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. 08 / 2008 der WOBRA vom 24.06.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Wofü der Anteilsrückgabe der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ vom 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 zugestimmt. Damit wurde die WOBRA rückwirkend zum 31.12.2007 Alleingesellschafterin des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 332.339,72 €

Die Stammeinlagen verteilen sich auf die Gesellschafter wie folgt:

WOBRA 100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist mit einem Geschäftsanteil von 900 € an der GVV-Gesellschaft für Versicherungsvermittlung und Vermögensbildung mbH, Berlin, beteiligt.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag wurde von der SVV mit Beschluss Nr. 555/98 bestätigt, durch die Gesellschafterversammlung am 11.03.1999 beschlossen und am 16.03.1999 unter der Nummer 0583 für 1999/b-KH notariell beurkundet.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2009 fanden vier Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2009
--

Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH: vertreten durch Herrn Klaus Deschner, Geschäftsführer
--

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Wofü hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	1%	1%	1%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	76%	64%	53%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	17338%	11656%	7302%
Zinsaufwandquote	0,1%	0,0%	18,1%
Liquidität 3. Grades	1942%	939%	652%
Cashflow	9 T€	173 T€	-25 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	13%	12%	45%
Umsatz	535 T€	615 T€	7.502 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	530 T€	501 T€	505 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	79%	82%	8%
Anzahl der Mitarbeiter	14	14	16

Lagebericht der Gesellschaft**Verlauf des Wirtschaftsjahres****Hausbewirtschaftung**

Die Wofü hat mit notariellem Kaufvertrag vom 19.06.2007 ihren Immobilienbestand an die FORDINVEST (Brandenburg) Erste/Zweite/Dritte Immobilien GmbH veräußert. Anschließend hat die FORDINVEST der Wofü mit Verwaltervertrag vom 19.06.2007/01.07.2007 die Verwaltung dieses Immobilienbestandes übertragen. Der Bestand umfasst am 31.12.2009 1775 Wohnungen, 19 Gewerbe und 399 sonstige Vermietungen (Stellplätze, Garagen, Pachten und Gärten).

Weiterhin verwaltet die Wofü zum 31.12.2009 195 Wohneinheiten, 56 Stellplätze und 37 Pachtverhältnisse.

Durch die Übernahme der Fremd- und Eigentumsverwaltung der Gesellschafterin Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (WOBRA) kamen ab 01.01.2008 106 Wohneinheiten, 37 Pachtverhältnisse und 16 Stellplätze zur Verwaltung hinzu.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die insgesamt 202,2 T€ Miet- und 108,8 T€ Umlagenforderungen sind mit 310,9 T€ einzelwertberichtigt.

Von den 155,0 T€ der sonstigen Vermögensgegenstände betreffen unter anderem 38,1 T€ Kapitalertragssteuern und 77,7 T€ wurden als Wertguthaben aus Altersteilzeit gemäß § 8a Altersteilzeitgesetz abgesichert.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes

	2008 (T€)	2009 (T€)
Stand 1. Januar	3.771,2	3.944,1
Veränderung des Liquiditätssaldos	<u>172,9</u>	<u>- 195,3</u>
Stand 31. Dezember	<u>3.944,1</u>	<u>3.748,8</u>

Finanzlage

Eigenkapital

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 76,2 % (3.002,1 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	2004 T€	2005 T€	2006 T€	2007 T€	2008 T€	2009 T€
Eigenkapital nominal	14.079,9	14.173,2	11.078,1	2.176,6	2.672,3	3.002,1
Quote	25,35%	26,08%	21,62%	53,03%	63,58%	76,2 %

Die Finanzlage zum 31.12.2009 ist ausgeglichen. Die Gesellschaft kam ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit fristgerecht nach. Skonto wurde, sofern mit den Vertragspartnern vereinbart, stets gezogen.

Ertragslage

Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung betreffen nur das in der Wofü verbliebene Grundstück, welches an eine Gartensparte verpachtet ist.

Aus der Betreuungstätigkeit realisierte die Gesellschaft 472,5 T€ Hieraus resultieren 438,5 T€ aus den Verwalterverträgen für den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der restliche Ertrag in Höhe von 34,0 T€ konnte aus der oben genannten Wohneigentums- bzw. Fremdverwaltung erwirtschaftet werden.

Die Leistungen der Hausmeister der Wofü werden als Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen erfasst. Die Hausmeister erbrachten Leistungen in Höhe von 61,9 T€, wovon 44,9 T€ die Gesellschafterin WOBRA betreffen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 492,8 T€ sind 402,4 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten. Diese umfassen im Wesentlichen, aufgrund des Ausscheidens von zwei Hausmeistern, die Auflösung der Rückstellung für die Hausmeisterabteilung in Höhe von 168,3 T€. Die Inanspruchnahme dieser Rückstellung beträgt 116,6 T€. Weiterhin konnten für 2009 96,0 T€ aus der Rückstellung für den Verwaltervertrag aufgelöst werden.

Aus der im Geschäftsjahr 2007 gebildeten Rückstellung für Herstellung der im Rahmen des Immobilienverkaufes zugesicherten Eigenschaften, konnten 115,5 T€ ertragswirksam aufgelöst werden, da alle Verpflichtungen nunmehr erfüllt sind. Die ursprünglich vorsichtig eingeschätzten Kosten wurden unterschritten.

Im Geschäftsjahr 2009 konnte die Gesellschaft 104 T€ Zinserträge erreichen.

Das Wirtschaftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 530 T€ abgeschlossen.

Entwicklung im Personalbereich

Zum Erhalt der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, wurde im Geschäftsjahr 2009 eine neue Vereinbarung zwischen Geschäftsführung und Belegschaft zur Inanspruchnahme der Öffnungsklausel abgeschlossen und von den zuständigen Gewerkschaften sowie dem Arbeitgeberverband bestätigt.

Danach erhalten die Arbeitnehmer seit dem 01.07.2009 bis zum 31.12.2011 eine monatliche Tarifvergütung von 90,0 % und kein Urlaubsgeld. Die Mitarbeiter verzichteten ebenfalls auf tarifvertragliche Erhöhungen während der Laufzeit der Öffnungsklausel. Eine Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat zur Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit mit voller linearer Kürzung der Vergütung wurde bereits im Geschäftsjahr 2008 abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft weiter die Ausbildung von Immobilienkaufleuten durchgeführt.

Im Geschäftsjahr 2009 schieden zwei Mitarbeiter der Hausmeisterabteilung freiwillig aus dem Unternehmen aus.

Am 01.08.2009 begann eine Mitarbeiterin der Verwaltung die Arbeitsphase der Altersteilzeit.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Risikobericht

Die Geschäftsführung hat ein umfassendes Risikomanagement entwickelt. Elemente des Risikomanagements sind:

- Risikohandbuch
- Risikoerfassung und Risikobewertung
- Risikokennzahlen mit Festlegung von kritischen Werten
- Mittelfristige Finanz- und Erfolgspläne, die unter Veränderung von Prämissen analysiert werden
- Regelmäßige Berichterstattung an die Gesellschafterin (Erstellung von Quartalsberichten)

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch dieses System alle relevanten Risiken frühzeitig erkannt werden können.

In Zusammenarbeit mit den Beauftragten des Hauptauftraggebers der Wofü wurde das monatliche Reporting fortgeführt und angepasst.

Künftige Risiken

Da die Verwaltervergütung des Hauptauftraggebers teilweise an die Entwicklung des Leerstandes des Bestandes gebunden ist, könnten sich bei einer Steigerung der Leerstandsquote weitere Minderdeckungen aus dem Verwaltervertrag ergeben. Aus der Weiterbeschäftigung der Hausmeister erwartet die Gesellschaft weiterhin Verluste. Die defizitäre Hausmeisterabteilung soll im Geschäftsjahr 2010 aufgelöst werden.

Aus den vorgenannten Gründen wurden in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 Rückstellungen gebildet, welche in den Folgejahren je nach Bedarf in Anspruch genommen oder ertragswirksam aufgelöst werden.

Ausblick und Chancen

Die Wohnungsunternehmen und -verwalter sind langfristig nur noch wettbewerbsfähig, wenn sie marktorientiert geführt werden.

Von der kundenorientierten Produktpolitik, der Preis- und Konditionspolitik bis hin zur marktausgerichteten Vertriebsorganisation, muss die Bedürfnisbefriedigung jeder Zielgruppe Ausgangspunkt aller Überlegungen sein.

Unter dem Motto „einfach wohlfühlen“ und durch die Umsetzung der aufgeführten Tatsachen konnte und kann sich die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH auch zukünftig als ein konkurrenzfähiger Partner auf dem Brandenburger Wohnungsmarkt behaupten.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Kapitalentnahme 2008 der WOBRA in Höhe von 8.687.002,29 €
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2008 der Wofü in Höhe von 200.000,00 € an die WOBRA im Geschäftsjahr 2009
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Dienstleistungsverträge zwischen der WOBRA und der Wofü werden zu marktüblichen Konditionen erbracht.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	48	32	21
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13	7	0
II. Sachanlagen	34	25	20
III. Finanzanlagen	1	1	1
B. Umlaufvermögen	4.047	4.170	3.919
I. Vorräte	3	2	3
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	273	224	167
III. Kassenbestand, Guthaben	3.771	3.944	3.749
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	2.172	2.673	3.002
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	0	1.839	2.140
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.839	501	530
B. Rückstellungen	1.680	1.340	768
C. Verbindlichkeiten	244	190	171
Bilanzsumme	4.095	4.203	3.941

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	7.262	0	0
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	171	475	473
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	69	140	62
4. Bestandsänderung	-2.585	0	3
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	362	345	493
7. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	-2.201	-10	-3
8. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0	-29	-9
9. Personalaufwand	-598	-502	-423
10. Abschreibungen	-795	-16	-14
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-935	-81	-134
12. Erträge aus Beteiligungen	4	2	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82	203	104
14. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.357	0	0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-521	528	551
17. Außerordentliche Erträge	1.558	0	0
18. Außerordentlicher Aufwand	-364	0	0
19. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-60	-27	-21
20. Sonstige Steuern	-108	0	0
21. Jahresergebnis	505	501	530

III.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus

Firmensitz

Hochstraße 29

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 20 00

Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: skb@klinikum-brandenburg.de

Internet: www.klinikum-brandenburg.de

Gründung

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören zwei Tochtergesellschaften mit über 300 Mitarbeitern und der Beteiligung an der AGKAMED Holding GmbH. Die Beteiligung ist Ergebnis einer organisatorischen Umstrukturierung der Einkaufsgemeinschaft AGKAMED (Arbeitsgemeinschaft Kardiologie und medizinischer Sachbedarf), der das Klinikum bereits als Mitglied seit 1997 angehört:

Beteiligungen	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51 %)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100 %)
Name:	AGKAMED Holding GmbH
Sitz:	Essen
Stammkapital:	€ 75.000
Anteil:	€ 500 (1 %)

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 1. Dezember 2005.

Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 30. März 2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

- *Gesellschafterversammlung*

Seit dem 17.12.2003 nimmt die Vertretung Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2009 sieben Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat kam in 2009 zu vier Sitzungen zusammen.

Aufsichtsratsmitglieder 2009
Aufsichtsratsvorsitz Herr Steffen Scheller
Stellvertreterin Frau Dr. Margit Spielmann
weitere Mitglieder Herr Thomas Krüger
Herr Dr. Christian Siegl
Herr Alfredo Förster
Herr Hans-Joachim Kynast
Herr Bernd Köhler
Frau Marita Lickert
Herr Andreas Kutsche

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß LKGBbg (Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	48,9%	44,1%	41,4%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	21,1%	20,1%	18,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	115%	115%	113%
Zinsaufwandquote	0,42%	0,60%	1,17%
Liquidität 3. Grades	673%	445%	420%
Cashflow	6.617 T€	7.211 T€	7.216 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,20%	1,85%	1,18%
Umsatz	75.537 T€	74.796 T€	71.140 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1.800 T€	2.790 T€	1.681 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	59%	58%	58%
Anzahl der Mitarbeiter	991	965	959

Lagebericht der Gesellschaft

Allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat gemäß dem Landeskrankenhausplan die Aufgabe eines Krankenhauses der qualifizierten Regelversorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel und Umgebung.

Mit dem Bau des neuen Bettenhauses konnte im Frühsommer 2008 begonnen werden. Die Fertigstellung wird zum jetzigen Zeitpunkt auf das Jahr 2011 terminiert.

Geschäftsverlauf in 2009 und aktuelle Entwicklung

Leistungsentwicklung

Die Fallzahl aus stationärer Behandlung ist mit 23.605 Fällen bis zum 31. Dezember 2009 im Vergleich zum letzten Jahr (23.749) um 144 Fälle gesunken, die Zahl der ambulanten Operationen stieg um 178 Eingriffe.

Der Landesbasisfallwert betrug im Berichtsjahr 2.867,69 € (2008: 2.767,76 €). Der Krankenhausindividuelle Basisfallwert für das Klinikum lag damit unter dem Landesbasisfallwert. Im Jahr 2010 werden die Leistungen erstmals mit einem einheitlichen Landesbasisfallwert berechnet.

Im Rahmen der Pflegesatzverhandlung 2009 wurde die Anzahl der vereinbarten DRG-Fälle ohne Überlieger mit 23.153 um 637 DRG im Vergleich zum Vorjahr (23.790) nach unten angepasst. Der Erfüllungsstand bis zum 31. Dezember 2009 liegt mit 23.392 Fällen bei 101,0 Prozent und damit leicht über dem Planniveau.

Ebenso liegt die Erfüllung zu der mit 23.355 geplanten Summe der Bewertungsrelationen (ohne Überlieger) mit 23.455 bei 100,4 Prozent und damit geringfügig über dem Plan.

Der Case-Mix-Index lag zum 31. Dezember 2009 bei 1,003 (2008: 1,007) und damit leicht unter dem vereinbarten Wert von 1,009.

Im ambulanten Bereich konnten die Erlöse nur partiell gesteigert werden. Die Zahl der ambulanten Operationen erhöhte sich um 178 gegenüber dem Vorjahr. Durch die Ausgliederung der Abteilung Pathologie und Nuklearmedizin zum 01.07. 2010 sowie den Rückgang von Leistungen in der Telemedizin musste hier im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Erlöse um rund T€500 verzeichnet werden.

Personalsituation

Mitarbeiterzahl

Im Vergleich zum 31. Dezember 2008 hat sich die Zahl der Vollkräfte von 749,88 um 2,62 auf 747,26 verringert. Die Vollkräfteanzahl entsprach 991 Gesamtbeschäftigte (2008: 965) im Unternehmen.

Im Wirtschaftsjahr 2009 wurden insgesamt 127 Auszubildende (2008: 93) beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 12,8 Prozent an der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Tarifverhandlungen

Der Tarifvertrag mit Verdi für die nichtärztlichen Mitarbeiter ist zum Jahresende 2009 ausgelaufen. Die Tarifverhandlungen wurden Ende 2009 aufgenommen und am 25. 05. 2010 zum Abschluss gebracht. Die Laufzeit des Tarifvertrages endet am 31.03. 2012.

Entwicklung der Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen weisen zum 31. Dezember 2009 mit 44.219 T€ eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 808,0 T€ auf. Der Anstieg resultiert in erster Linie aus der erfolgten Tarifanpassung insbesondere der neu vereinbarten Bereitschaftsdienstregelung.

Teilweise kompensiert werden diese Anstiege durch eine Reduzierung der Mitarbeiteranzahl in den Bereichen Med.-Technischer Dienst und Funktionsdienst.

Die Funktionsbereiche Pathologie, Nuklearmedizin und Zentralsterilisation wurden zum 01. Juli 2009 in die Tochtergesellschaften Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH bzw. KSC - Klinik Service Center GmbH ausgegliedert.

Krankenhausneubau (II. Bauabschnitt)

Insgesamt liegen zum Krankenhausneubau, II. Bauabschnitt, Fördermittelbescheide mit Gesamtkosten in Höhe von 75.793.087 € vor. Vom Klinikum ist hiervon ein Trägeranteil von 7.576.700 € zu erbringen. Zusätzlich entfallen auf das Klinikum Finanzierungskosten, weil das Land die Fördermittel nicht entsprechend den Rechnungslegungen nach Baufortschritt zur Verfügung stellen kann.

Die Inbetriebnahme des Hauses 3 (Bettenhaus) ist weiterhin für das Jahr 2011 vorgesehen.

Die Vorfinanzierung der Fördermittel für die Jahre 2011 und 2012 wird über zwei modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Brandenburg an der Havel abgesichert, diese brauchten bisher aber nicht in Anspruch genommen zu werden.

Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof

Die Gesellschafterversammlung hat am 22. September 2009 dem Neubau eines Gesundheitszentrums im Bahnhofsumfeld durch die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH zugestimmt. Nach der aktuellen Planung liegen die Investitionskosten incl. Grundstückskosten bei 14.814 T€. Mit den ersten vorbereitenden Arbeiten wurde zum Jahresanfang 2010 begonnen. Die Inbetriebnahme erfolgte am 1. April 2011.

Weitere Investitionen

Neben der Einzelmaßnahme Klinikneubau wurden partiell Instandsetzungsmaßnahmen in einzelnen Klinikbereichen durchgeführt.

Die zusätzlich aus Eigenmitteln geplanten Beschaffungen von medizinischen Großgeräten (Mammografieeinheit, Gammakamera und zwei Linksherzkathetermessplätze) konnten zum Jahresende abgeschlossen werden. Die Geräte wurden im Laufe des zweiten Halbjahres in Betrieb genommen (Investitionsvolumen 1.900 T€).

Im Jahr 2009 wurde ein Investitionsvolumen von insgesamt 8.641 T€ (2008: 9.946 T€) realisiert.

Darstellung der wirtschaftlichen Lage

Ertragslage

Das Städtische Klinikum Brandenburg hat im Geschäftsjahr 2009 einen Jahresüberschuss von 1.800 T€ (2008: 2.790 T€) erwirtschaftet.

Das betriebliche Ergebnis lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen:

	<u>2009</u>	<u>2008</u>
	€	€
<u>Aufwendungen</u>		
Personalkosten	- 44.219.135	- 43.411.082
Sachkosten	- 37.895.986	- 35.581.845
Gesamtaufwendungen	- 82.115.121	- 78.992.927
<u>Erträge</u>		
Betriebsleistung	76.640.920	75.354.819
Sonstige Erträge	7.273.884	6.427.930
Gesamterträge	83.914.804	81.782.749
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.799.683	2.789.822

Der Anstieg der Erträge resultiert in erster Linie aus um 1.286 T€ auf 76.641 T€ gestiegenen Erlösen aus Krankenhausleistungen.

Bei den Sachkosten kam es strukturell zu keinen Veränderungen zu den Vorperioden. Sie enthalten im Wesentlichen Materialaufwendungen in Höhe von 27.810 T€ (2008: 26.503 T€), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 9.392 T€ (2008: 9.577 T€) sowie Zinsaufwendungen von 314 T€ (2008: 447 T€).

Finanzergebnis

Unter Berücksichtigung des Zinsertrags im Rahmen der Bilanzierung des Erbbaurechtsvertrags, der Zinsaufwendungen aus den Darlehensverbindlichkeiten und des Zinsaufwands aus den Rückstellungen für Altersteilzeit ergibt sich ein positives Finanzergebnis von 30,7 T€.

Vermögenslage

Die Vermögenslage zum 31. Dezember 2009 ist geprägt von vorgenommenen Investitionen. Darüber hinaus ergeben sich keine wesentlichen strukturellen und inhaltlichen Veränderungen zum Vorjahr.

Im Bereich des Anlagevermögens konnten 2009 Investitionen von 12.698 T€ realisiert werden. Nach Abzug planmäßigen Abschreibungen ergibt sich ein Zuwachs von 8.641 T€

Die Verminderung im Umlaufvermögen ist in erster Linie Resultat der auf Basis des Fördermittelbescheids des MASGF vom 27. Dezember 2007 erfassten Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht. Die wird gemäß den zugesagten Finanzierungsscheiben bis zum Jahr 2012 wieder abgebaut. Die vom Krankenhausneubau nicht betroffenen Bilanzpositionen weisen gegenüber den Vorjahren keine größeren Veränderungen auf.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr erheblich erhöht. Hier wird nach Steuerrückstellungen in Höhe von 55 T€ und sonstigen Rückstellungen in Höhe von 3.614 T€ unterteilt. Sie erhöhten sich insgesamt um 1.984 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 6.669 T€ (2008: 7.395 T€). Die Höhe des Liquiditätsbestandes wird wesentlich durch die geplante Mittelabforderung beim MASGF in Höhe von 2.500 T€ per Dezember 2009 bestimmt. Diese Mittel sind zweckgebunden und nur für die Baumaßnahme einzusetzen. Mit Erhalt des Fördermittelbescheides ist die Gesamtfinanzierung in Jahresscheiben bis 2012 gesichert.

Die ausgewiesenen flüssigen Mittel enthalten in Höhe von 2.844 T€ (2008: 5.338 T€) zweckgebundene Mittel aus Pauschalfördermitteln, Einzelfördermitteln und der Finanzierung des Eigenanteils des Krankenhausneubaus.

Während der dreijährigen Bauzeit muss je nach Baufortschritt vorfinanziert werden. Hierzu gibt es eine Finanzierungszusage des Bankenkonsortiums Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam und InvestitionsBank des Landes Brandenburg in Höhe von jeweils 50 Prozent, welche die Finanzierung auf Euribor-Basis abdeckt. Um die Zinsbelastung weiter zu senken, hat die Stadt Brandenburg an der Havel mit Bürgschaftsurkunden vom 17.09.2010 gegenüber der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg bis zum Höchstbetrag von jeweils 22,75 Mio. € modifizierte Ausfallbürgschaften übernommen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die kurzfristige Liquidität des Hauses hat sich erheblich verbessert. Zur Sicherstellung der mittelfristigen Liquidität ist grundsätzlich die Erwirtschaftung eines tendenziell positiven Betriebsergebnisses Voraussetzung, um den auf das Klinikum durch den zweiten Bauabschnitt zukommenden Zinsaufwand, insbesondere für die Vorfinanzierung der Baumaßnahmen, und die Finanzierung des Gesundheitszentrums am Hauptbahnhof mit 25% Eigenanteil leisten zu können.

Für das Wirtschaftsjahr 2010 wird bei Umsatzerlösen von 76,4 Mio. € ein Jahresüberschuss von 200 T€ geplant. Die Planungen für 2011 sehen Umsatzerlöse von 77,3 Mio. € und ein ausgeglichenes Ergebnis unter Berücksichtigung einer geplanten Zinsbelastung von 843 T€ vor. Auch für die Jahre 2012 bis 2014 wird laut vorliegendem Wirtschaftsplan von im Wesentlichen ausgeglichenen Jahresergebnissen ausgegangen.

Trotz einer fundierten Zukunftsplanung sind negative Entwicklungen und Auswirkungen, insbesondere aus den Bereichen Krankenhausneubau (z.B. Überschreitung der geförderten Investitionen) und der Entwicklung der Erlöse und der Personalkosten, auf die Vermögens-Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nicht ausgeschlossen. Jedoch wird davon ausgegangen, die anstehenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Neben den aufgezeigten Risiken und Planungsunsicherheiten eröffnet das Bauvorhaben eine langfristige Zukunftssicherung für das Klinikum. Der Neubau bietet eine verbesserte Versorgung bei effizienteren Strukturen sowie verbesserte Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüber der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg vom 17.09.2010 bis zum Höchstbetrag in Höhe von jeweils 22,75 Mio. €
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	73.276	77.381	86.022
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	269	180	220
II. Sachanlagen	72.968	77.163	85.149
III. Finanzanlagen	38	38	653
B. Umlaufvermögen	86.913	79.467	70.393
I. Vorräte	2.446	2.098	2.799
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	76.285	69.974	60.925
III. Kassenbestand, Guthaben	8.181	7.395	6.669
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	11.807	13.529	13.823
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.178	5.153	5.554
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	32.438	35.227	37.027
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	686	2.367	5.157
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	1.681	2.790	1.800
B. Sonderposten zur Finanzierung des AV	55.121	60.743	65.727
C. Rückstellungen	1.684	1.685	3.669
D. Verbindlichkeiten	87.931	77.875	69.369
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	177.174	175.530	175.792

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	71.860	75.109	76.641
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.036	6.220	6.929
3. Personalaufwand	-41.050	-43.411	-44.219
4. Materialaufwand	-25.581	-26.503	-27.810
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	68.781	6.769	5.579
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-63.863	-1.045	-1.184
11. Abschreibungen	-5.325	-4.419	-4.673
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.455	-9.832	-9.392
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	403	454	345
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-834	-447	-314
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.971	2.895	1.903
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-290	-105	-103
17. Jahresergebnis	1.681	2.790	1.800

III.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Beteiligungsverhältnisse	€	%
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750	51%
Dussmann Beteiligungsgesellschaft mbH	6.250	25%
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500	14%
Caritas Krankenhilfe Berlin e. V.	2.500	10%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung der KSC GmbH stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere der Bereich der Speiserversorgung, das Gebäudemanagement sowie die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und fer-

ner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und dem Bedarf der Stadt steht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	15,1%	10,7%	20,6%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20,3%	12,8%	15,4%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	135%	119%	75%
Zinsaufwandquote	0,14%	0,24%	0,33%
Liquidität 3. Grades	106,0%	107,0%	101,4%
Cashflow	62,5 T€	114,1 T€	88,1 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2,69%	5,00%	4,76%
Umsatz	10.960 T€	9.853 T€	9.673 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	13 T€	53 T€	12 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	67,3%	71,4%	72,9%
Anzahl der Mitarbeiter	328	306	307

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KSC - Klinik Service Center GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Zum 01.Juli 2009 konnte die Abteilung Zentralsterilisation des Klinikums erfolgreich in die KSC Klinik-Service-Center GmbH eingegliedert werden.

Aufgrund der Verbindung mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH sind die Umsätze sehr stark von der Beauftragung durch das Klinikum abhängig. Der Anteil der Innenumsätze betrug im Geschäftsjahr 2009 87,1 %.

Entwicklung der Gesamtleistung

Für das Jahr 2009 stellt sich der Gesamtumsatz untergliedert nach den Geschäftsbereichen wie folgt dar:

Geschäftsbereich	2009 T€	2008 T€	Veränderung %
Catering	2.427,7	2.424,1	+ 0,1
Gebäudereinigung	1.973,3	2.057,6	- 4,1
Wirtschaftsdienste	3.712,6	3.385,5	+ 9,7
Technik	2.846,1	1.983,0	+ 43,5
nicht zurechenbar	0,4	2,3	- 82,6
Gesamt	10.960,1	9.672,8	+ 11,2

Die Umsatzerlöse erreichten mit 10.960 T€ einen neuen Höchststand. Bei einem gegenüber dem Planansatz (10.387 T€) um 573 T€ erhöhten Umsatzvolumen schließt das Jahr 2009 mit einem Jahresüberschuss von 13 T€ ab. In den Planungen wurde von einem Jahresüberschuss von 20 T€ ausgegangen.

Der Umsatz teilt sich wie folgt auf:

	2009 T€	Anteil %
Umsatzerlöse gegenüber Klinikum	9.551,7	87,1
Außenumsätze	1.408,4	12,9
Gesamt	10.960,1	100,0

Erlössituation

Die Umsätze mit dem Klinikum konnten um 1.129 T€ gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Die Umsätze gegenüber Dritten konnten 2009 nicht erhöht werden. Ein signifikanter Umsatzrückgang durch die Kurzarbeit bei Heidelberger Druck konnte durch Erlössteigerungen gegenüber dem Marienkrankenhaus fast ausgeglichen werden. Hier führte die Einführung der Kurzzeitpflege zu einer Steigerung der Beköstigungstage.

Kostensituation

Der Materialaufwand liegt mit 1.183 T€ leicht unter den Planansätzen für 2009 von 1.209 T€. Ursächlich ist der niedrigere Wareneinsatz für die Versorgung im Bereich der Außenumsätze.

Dagegen liegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen mit 1.966 T€ um 505 T€ über den geplanten Werten. Ursächlich hierfür sind die geplanten und abgewickelten Baumaßnahmen für das Klinikum, die über die ursprünglichen Ansätze hinausgingen.

Die Personalkosten liegen mit 322 T€ deutlich über dem Planansatz. Die Überschreitung ist auf diverse Leistungserweiterungen für das Klinikum zurückzuführen. Durch die zusätzliche Einstellung einer Dokumentationsassistentin in der KSC konnte eine sonst notwendige Stelle für das ärztliche Medizincontrolling vermieden werden. Auch im Schreibdienst, in den Stationssekretariaten und im Krankentransport mussten Mitarbeiter eingestellt werden.

Die Abschreibungen, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie die Zinsaufwendungen haben für die Ertragslage der Gesellschaft nur eine untergeordnete Bedeutung.

Liquidität

Durch eine Umstellung bei den Zahlungsterminen des Klinikums (Zahlung 14 Tage nach Rechnungslegung) verbesserte sich die Liquidität erheblich. Der Kontokorrentkredit in Höhe von 500 T€ konnte im vierten Quartal 2009 in vollem Umfang zurückgeführt werden.

Jahresergebnis

Zum 31.12.2009 wird ein Jahresergebnis von 12,6 T€ ausgewiesen.

Investitionen

Die im Geschäftsjahr 2009 getätigten Investitionen von 40 T€ (2008: 35 T€) betreffen im Wesentlichen die Anschaffung eines Fahrzeugs für den Fuhrpark sowie diverse Arbeitsgeräte für die Abteilung Technik.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl (inkl. Azubi) im Jahr 2009 betrug 328 (Vorjahr 306), das entsprach 262,80 Vollkräften. Der damit verbundene Personalaufwand betrug 7.373 T€

Aus- und Weiterbildung:

Im Jahr 2009 wurden 14 Auszubildende (7 Technik und 7 Wirtschaftsdienste) beschäftigt.

Darstellung der LageVermögenslage

Die Vermögenslage und Kapitalstruktur stellt sich zum Jahresabschluss 2009 wie folgt dar:

Struktur der Bilanzpositionen:Aktiva

Anlagevermögen	T€	155,8	15,1 %
Vorräte	T€	12,0	1,2 %
Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	T€	105,3	10,2 %
Forderungen gegenüber Gesellschafter	T€	682,8	66,2 %
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	T€	0,8	0,1 %
Sonstige Vermögensgegenstände	T€	22,5	2,2 %
Flüssige Mittel / Wertpapiere	T€	44,5	4,3 %
Rechnungsabgrenzungsposten	T€	7,7	0,7 %
	T€	<u>1.031,4</u>	<u>100,0 %</u>

Passiva

Eigenkapital	T€	209,6	20,3 %
Rückstellungen	T€	59,0	5,7 %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	T€	226,8	22,0 %
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	T€	42,9	4,2 %
Verbindlichkeiten gegen verbund. Unternehmen	T€	0,0	0,0 %
Sonstige Verbindlichkeiten	T€	493,1	47,8 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	T€	0,0	0,0 %
	T€	<u>1.031,4</u>	<u>100,0 %</u>

Finanzlage

Die Finanz- und Liquiditätslage des Geschäftsjahres 2009 stellt sich im Vergleich zu 2008 wie folgt dar:

Liquiditätskennzahlen:

	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Liquidität 1. Grades	7,4 %	7,4 %
Liquidität 2. Grades	15,1 %	15,1 %
Liquidität 3. Grades	16,2 %	16,2 %

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2009 wird ein Jahresüberschuss vor Steuern von 20 T€ ausgewiesen.

	2009	2008
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu Eigenkapital	9,6%	37,8%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu Gesamtleistung	0,2%	0,8%
Materialaufwand zu Gesamtleistung	28,6%	22,1%
Personalaufwand zu Gesamtleistung	67,0%	71,3%

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die KSC erbringt weiterhin den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Im Jahr 2009 betrug der Anteil der Innenumsätze 87,1% an den Umsatzerlösen. Hier wird für 2010 mit einem gleich bleibenden Anteil geplant.

Wesentliche Risiken für die Entwicklung der KSC Klinik Service Center GmbH sind nicht erkennbar. Ein beherrschbares Risiko sind die Belegungsschwankungen und die Verschiebung von Fällen aus dem stationären Bereich in den Bereich ambulantes Operieren in der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Primärziel bleibt weiterhin der Ausbau bestehender und die Akquisition neuer Geschäftsfelder durch die Leitungsebenen aller Bereiche.

Aber auch zukünftig bleibt die Entwicklung der Gesellschaft in einem starken Maße von der Beauftragung durch den Organträger abhängig.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	193	165	156
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	1
II. Sachanlagen	192	165	155
B. Umlaufvermögen	742	1.370	867
I. Vorräte	27	13	12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	563	1.262	811
III. Kassenbestand, Guthaben	151	94	44
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	8
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	144	197	210
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	107	119	172
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	12	53	13
B. Rückstellungen	61	64	58
C. Verbindlichkeiten	732	1.277	763
Bilanzsumme	937	1.538	1.031

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	9.673	9.853	10.960
2. Sonstige betriebliche Erträge	60	17	42
3. Personalaufwand	-7.051	-7.039	-7.373
4. Materialaufwand	-2.196	-2.183	-3.149
5. Abschreibungen	-76	-61	-50
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-338	-489	-395
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-32	-24	-15
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	42	74	20
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-30	-21	-8
11. Jahresergebnis	12	53	13

III.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Medizinisches Versorgungszentrum

Firmensitz

Hochstr. 29
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinikbereich (KB) - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18. Dezember 2007.


Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2007 und Eintragung in das Handelsregister vom 28. Dezember 2007 ist der Gesellschaftsvertrag, insbesondere § 2 Abs.1 (Gegenstand des Unternehmens) und § 3 (Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit), neu gefasst worden.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Wilhelm Geue

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Der Geschäftsführer wird von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.

Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH Hochstraße 29 14770 Brandenburg an der Havel 	
Geschäftsführung Hans-Wilhelm Geue 03381 / 41 - 2002	
 	MVZ Kanalstraße Kanalstraße 8/9 14776 Brandenburg an der Havel
	Orthopädie Dr. med. Christoph Kloth 03381 / 22 41 78
	HNO Michael Schmitz 03381 / 22 44 21
	Physikalische und rehabilitative Medizin Dr. med. Gabriele Voigt / Dr. med. Kerstin Endler 03381 / 52 25 52 oder 20 99 278
	MZ Geschwister-Scholl-Straße (§ 311 SGB V-Einrichtung) Geschwister-Scholl-Str. 36 Haus G 14776 Brandenburg an der Havel
	Innere Medizin SP Rheumatologie Dr. med. Gabriele Zeidler / Jens Bernoth 03381 / 793 78 90
	Allgemeinmedizin Dieter Hartmann 03381 / 52 20 70
	Kinder- und Jugendmedizin Karsten Kördel 03381 / 22 99 88
	Allgemeinmedizin Dr. med. Birgit Jeske 03381 / 30 14 89
	MVZ Hohenstücken Walther-Ausländer-Str. 4 14772 Brandenburg an der Havel
	Chirurgie Silvia Rudolph 03381 / 70 34 29
	Haut- und Geschlechtskrankheiten Dr. med. Bernd Bickel 03381 / 70 34 99
MVZ Hochstraße Hochstraße 29 14770 Brandenburg an der Havel	
Pathologie Dr. med. Roland Pauli 03381 / 41 - 2500	
Nuklearmedizin Uta Fohmeister / Dr. med. Ute Rüdig 03381 / 41 - 2450	
Innere Medizin SP Endokrinologie Dr. med. Katharina Zumbusch 03381 / 41 - 2450	

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck**Öffentlicher Zweck**

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 3 Abs. 2 GO (Gemeindeordnung) u.a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Fallzahlen	MZ Geschw.-Scholl-Str.				Summe
	Rheumatologie	Kinderpraxis	Allg.med. I	Allg.med. II	
I / 08	769	-	-	-	769
II / 08	751	-	-	-	751
III / 08	800	776	-	-	1.576
IV / 08	815	983	995	766	3.559
I / 09	929	1.030	849	729	3.537
II / 09	880	990	889	736	3.495
III / 09	922	964	918	822	3.626
IV / 09	886	1.215	821	756	3.678

Fallzahlen	MVZ Kanalstraße			Summe
	Orthopädie	HNO	Physikalische Rehabilitation	
I / 08	nur als Summe ausgewiesen			4.078
II / 08				3.873
III / 08				3.671
IV / 08				4.162
I / 09	1.493	1.365	1.493	4.351
II / 09				3.790
III / 09	1.269	1.190	1.424	3.637
IV / 09	1.484	1.211	1.497	3.955

Fallzahlen	MVZ Hohenstücken		Summe
	Chirurgie	Dermatologie	
I / 08			2.311
II / 08	805	0	805
III / 08	750	0	750
IV / 08	662	0	662
I / 09	745	0	745
II / 09	802	1.687	2.489
III / 09	730	1.074	1.756
IV / 09	831	1020	1.851

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	59,2%	54,8%	63,8%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	4,5%	7,0%	6,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	107%	104%	98%
Zinsaufwandquote	1,27%	1,84%	1,90%
Liquidität 3. Grades	111,1%	116,0%	97,0%
Cashflow	56,4 T€	84,3 T€	80,8 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3,33%	6,74%	19,75%
Umsatz	2.536 T€	1.279 T€	781 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	13 T€	23 T€	59 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	81,9%	80,0%	76,1%
Anzahl der Mitarbeiter	67	36	19

Lagebericht der Gesellschaft

Allgemeine Angaben

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (GZB) mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein zu 100 % im Besitz der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH stehendes Tochterunternehmen mit den Fachbereichen HNO, Orthopädie, Physikalische Medizin und Rehabilitation, Chirurgie, Dermatologie, Kinder- und Jugendmedizin, Innere Medizin mit Schwerpunkt Endokrinologie, Augenheilkunde und Radiologie.

Entwicklung

Der Aufsichtsrat des Klinikums hat in den Sitzungen am 14. Juli 2008, am 15. Oktober 2008 und am 07. Dezember 2009 den Ankäufen folgender Praxen

- Herr Dipl.- Med. Lüke, Allgemeinmedizin
- Herr Dr. med. Schröder, Endokrinologie / Nuklearmedizin
- Frau Dr. med. Hirsch, ½ Praxissitz Radiologie

für die Jahre 2008 / 2009 zugestimmt. Im Zuge der Praxisübernahmen wurde am Standort Hochstr. 29, 14770 Brandenburg an der Havel, ein weiteres Medizinisches Versorgungszentrum gegründet. In das zum 01. Juli 2009 neu gegründete MVZ Hochstr. wurden folgende Bereiche eingegliedert:

- die Abteilung Nuklearmedizin des Städtischen Klinikums Brandenburg mit zwei Zulassungen
- die Abteilung Pathologie mit einer Zulassung
- Praxisübernahme Herr Dr. med. Schröder mit einer Zulassung
- Praxisübernahme Frau Dr. med. Hirsch mit einer geteilten Zulassung zum 01.01. 2010

Personal

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 67 Arbeitnehmer (2008: 36), dies entspricht 44,19 Vollkräften beschäftigt. Die Zahlen teilen sich wie folgt auf die Dienstarten auf:

	2009			2008		
	<u>Arbeitnehmer</u>	<u>Azubi</u>	<u>VK</u>	<u>Arbeitnehmer</u>	<u>Azubi</u>	<u>VK</u>
Ärztlicher Dienst	19		13,09	10		7,72
Med. - Techn. Dienst	44		30,41	24		18,72
Wirtschaftsdienst	4		0,69	2		0,53
Gesamt	67		44,19	36		26,97

Vermögenslage

Die Gesellschaft ist gemäß § 267 Abs. 1 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft.

Alle Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr bis fünf Jahre beträgt 128 T€, mit einer Restlaufzeit größer fünf Jahre 19 T€.

Die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 291 T€ sind durch die Abtretung aller gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen gegen die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg besichert. Als weitere Sicherheit dient eine selbstschuldnerische Bürgschaft der Muttergesellschaft Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH vom 22.07. 2006 in Höhe von 80 T€.

Die Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von 797 T€ resultiert aus von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH zum marktüblichen Zinssatz von 5% in Anspruch genommenen Darlehen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse enthalten in erster Linie Praxiserlöse, wobei die Restzahlung der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg für das IV. Quartal 2009 geschätzt wurde.

Die Praxiserlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt und stellen sich untergliedert nach den Praxisbereichen wie folgt dar:

Praxisbereich	2009 T€	2008 T€	Veränderung %
MVZ Kanalstraße	722,6	702,0	+ 2,4
MZ Geschw. - Scholl - Straße	710,6	384,6	+ 84,8
MVZ Hohenstücken	277,3	192,5	+ 44,1
MVZ Hochstr.	825,9	-	+ 100,0
Gesamt	2.536,4	1.279,1	+ 98,3

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von 459 T€ (2008: 178 T€) realisiert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wesentliche Risiken für die Entwicklung der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH bestehen in der unzureichenden Finanzierung durch die Kassenärztliche Vereinigung.

Durch weiteres motiviertes und engagiertes Arbeiten der Ärzte (Leistungsausdehnung, Fallzahlerhöhungen) wird es möglich sein, die Praxen weiter erfolgreich zu betreiben.

Die Verlagerung der Praxen in das Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof (Neubau) an einem Standort wird mittelfristig zu weiteren Kosteneinsparungen führen.

Für 2010 kommt es darauf an, die Geschäftsfelderweiterung mit der Eingliederung weiterer Praxen erfolgreich umzusetzen und Anlaufverluste zu vermeiden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	238	379	799
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	177	300	703
II. Sachanlagen	61	78	96
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	135	311	548
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	135	311	548
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Passivseite			
A. Eigenkapital	26	49	61
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	-58	1	24
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	59	23	12
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	6	6	18
D. Verbindlichkeiten	342	635	1.270
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	374	690	1.349

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse		781	1.279	2.536
2. Sonstige betriebliche Erträge		50	78	48
3. Personalaufwand		-594	-1.023	-2.076
4. Materialaufwand		-18	-23	-97
5. Abschreibungen		-22	-29	-44
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-120	-237	-322
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	1	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-15	-24	-32
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		62	23	13
10. Außerordentliche Erträge		0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-3	0	0
12. Jahresergebnis		59	23	13

III.2.3 Brandenburger Theater GmbH

Geschäftsbereich

Theater

Firmensitz

Grabenstraße 14

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 51 11 0

Fax: 03381/ 51 11 60

e-mail: sekretariat@brandenburgertheater.de

Internet: www.brandenburgertheater.de

Gründung

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

Bis Ende 1995 wurde das Theater unter dem Namen „Städtische Bühnen“ als Regiebetrieb im Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung und Intendant*

Christian Kneisel

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2009 fanden fünf Gesellschafterversammlungen statt.

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17. Dezember 2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2009 fünfmal gemeinsam mit der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder 2009	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Jan Penkawa
Stellvertreterin	Frau Birgit Patz
weitere Mitglieder	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Gesellschaftervertreterin)
	Herr Florian Schmidt
	Herr Dr. Hans-Peter Jung
	Herr Klaus Hoffmann
	Herr Tim Freudenberg

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb überwiegend mit angestellten Künstlern Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinenützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich jedoch lediglich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht in § 2 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

Spielstätten des Brandenburger Theaters	
Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	33%	36%	27%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	46%	48%	30%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	141%	135%	125%
Zinsaufwandquote	0,1%	0,1%	1,0%
Liquidität 3. Grades	157%	149%	113%
Cashflow	280 T€	273 T€	434 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-5%	2%	14%
Umsatz	644 T€	637 T€	645 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-96 T€	43 T€	242 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	789%	764%	767%
Anzahl der Mitarbeiter	98	98	98

Lagebericht der Gesellschaft

Zur Entwicklung der Theaterlandschaft

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Theater vorrangig und in etwa je hälftig durch die Kommunen und die Bundesländer finanziert. Im Land Brandenburg besteht ein Theaterverbundvertrag, mit welchem die Kooperation zwischen den Einrichtungen und der Öffentlichen Hand geregelt ist. Im Dezember 2007 wurde der Vertrag erneuert. Die Laufzeit des Vertrages hat sich bis Ende 2011 verlängert. Bis dahin ist die Finanzierung der hierdurch verbundenen Brandenburger Theater insoweit bereits bekannt.

Neben den Zuwendungen der Öffentlichen Hand finanzieren sich die Theater zu einem geringeren Anteil aus den Einnahmen der Kartenverkäufe. Wesentliche Rückgänge bei den Umsätzen, die auf erhebliche Preissteigerungen in den Vorjahren oder auf die weltweite Finanzkrise zurückzuführen sind, können bisher noch nicht festgestellt werden. Allerdings ist der Trend zu Einzelkarten anstelle von Abonnement-Karten auffällig.

Geschäftsablauf im Berichtsjahr

Die Brandenburger Theater GmbH hat insgesamt 725 Veranstaltungen (Vorjahr: 727) durchgeführt. Etwa 75.000 Besucher konnte das Brandenburger Theater in der Stadt Brandenburg an der Havel ansprechen. Inklusive der auswärtigen Veranstaltungen konnten insgesamt sogar 94.176 Besucher erreicht werden. Die durchschnittliche Auslastung lag geringfügig über dem Vorjahresniveau bei 86,7 % (Vorjahr 81 %).

Unter anderem aufgrund des Abschlusses eines neuen Flächentarifvertrags für Kulturorchester ergab sich eine zusätzlich Belastung mit Personalkosten in Höhe von 100 T€ Da das Theater wie auch alle anderen im Land aus eigenem Vermögen einen solchen Mehraufwand nicht alleine verkraften kann, wurde die Refinanzierung der zusätzlichen Belastung bereits im Zuwendungsbescheid des Landes Brandenburg unter der Bedingung der hälftigen Übernahme durch die Stadt vorgesehen. Die Unterzeichnung des Flächentarifvertrages erfolgte dann erst am 16.12.2009.

Das Vermietungsgeschäft gestaltet sich aufgrund der zunehmenden Konkurrenz innerhalb der Stadt Brandenburg an der Havel, wie z.B. Pauli-Kloster, Technologie- und Gründerzentrum und Audimax der Fachhochschule Brandenburg sowie in der näheren Umgebung durch Hotels mit sehr kostengünstigen bzw. kostenfreien Tagungsräumen zunehmend schwierig und liegt wiederum unter dem Vorjahresniveau.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Umsatzerlöse blieben bis zum Jahresende unter dem Planwert (-41 T€, -6 %). Aufgrund des Wegfalls des Musiktheaterangebots an die Verbundpartner wurde in der Planung für das Jahr 2009 davon ausgegangen, dass deutlich mehr Konzerte der Brandenburger Symphoniker an Veranstaltungsorten außerhalb der Stadt verkauft werden können. Demzufolge enthielt der Plan eine Steigerung gegenüber den Ergebnissen des Jahres 2008 um 7,5 %. Hier konnte lediglich eine Steigerung um 1 % erreicht werden.

Eine weitere Ursache sind die unter den Erwartungen liegenden Erlöse aus dem Kartenverkauf für Produktionen des Theaterverbunds (-22 %) im eigenen Haus. Die Umsatzsteigerungen in anderen weiteren Bereichen konnten die Reduzierungen nicht ausgleichen. Damit hat sich ein Trend stabilisiert, dass erhebliche Besucherrückgänge unseres wichtigsten Verbundpartners nicht nur in dessen Haus zu beklagen sind sondern auch bei den Abnehmern festzustellen ist. Diese Entwicklung ist vom Brandenburger Theater, wenn überhaupt, nur langfristig zu beeinflussen.

Seit 2007 beobachten wir eine Umorientierung des Publikums weg von längerfristigen Vorausbuchungen hin zum kurzfristigen Kartenkauf an der Abendkasse.

Die Erträge aus Zuschüssen liegen über den Erwartungen. Schließlich wurden zum Jahresende Personalkostensteigerungen aus Tariferhöhungen vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) in Höhe von insgesamt 50.000 € teilweise übernommen.

Zudem wurde außerplanmäßig eine zweckgebundene Zuwendung über 83.000 € von der Ilse-Holzappel-Stiftung für die Aufführungen des Rolf-Hochhuth-Stücks „Wessis in Weimar“ gezahlt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um 34,9 T€ unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Auflösung von Rückstellungen.

Der Bereich der Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (Material, Kostüme, Bühnenbilder) und der Aufwendungen für bezogene Leistungen (Gäste, Einkauf Gastspiele etc.) ist insgesamt wiederum überplanmäßig (+ 11,7 %, Vorjahr: + 7,5 %). Im Vergleich zum Vorjahr betrug die Abweichung + 101,8 T€ bzw. + 6,1 %.

Der Kostendeckungsgrad I liegt über dem Vorjahresniveau. Durch Korrekturen im Spielprogramm konnte er von 44 % im Vorjahr zumindest auf 46 % erhöht werden. Bei den externen Spielstätten z.B. im Pauli-Kloster oder im Industriemuseum wirken sich die durch höhere Einrichtungs- und Betreuungskosten und Mieten entstandenen Kosten negativ auf den Kostendeckungsgrad aus.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verbessert. Das Eigenkapital weist jetzt eine Quote von 57,7 % aus und ist damit weiter gestiegen.

Langfristige Kreditverpflichtungen bestehen nicht.

Der Anlagendeckungsgrad (Eigenkapital / Anlagevermögen) bestätigt mit 141 % nun eine fristenkongruente Finanzierung, was in den letzten Jahren nicht immer der Fall war. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen steigt auf 33 %, der Anteil der langfristigen Finanzierung steigt auf 58 %. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 236 T€ sind vollständig durch Mittel im kurz- und mittelfristigen Bereich (1.103 T€) gedeckt.

Für Investitionen standen in 2009 171 T€ (2008: 114 T€) zur Verfügung. Mittel- bis langfristig ergibt sich ein erheblicher Investitionsbedarf (überwiegend Ersatzbeschaffungen). Dieser soll durch den Investitionszuschuss seitens der Stadt Brandenburg an der Havel in den nächsten Jahren gedeckt werden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Jahr 2009 und bis zum jetzigen Zeitpunkt jederzeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Theaterverbundvertrag hat sich wegen Fristablaufs um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2011 verlängert.

Ein durch den aktuellen Verbundvertrag nur aufgeschobener Aspekt der anstehenden Entwicklung besteht in der Klärung der Orchesterfragen im Land Brandenburg. Hierfür müssen alle Orchester tragenden Städte und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Vorschläge erarbeiten.

Unsere Brandenburger Symphoniker befinden sich bereits in einem Prozess der Neuprofilierung bzw. in einer Erweiterungsphase ihrer künstlerischen „Alleinstellungsmerkmale“ (Stichworte: a) Pflege des klassisch-romantischen Repertoires, b) Erweiterung der Aktivitäten im zeitgenössischen Bereich, c) Stärkung der Crossover-Aktivitäten im Bereich der Jazz-, Rock- und so genannten Weltmusik, d) Fortführung und Akzentuierung des Kindermusiktheaters). Hierfür sind Konzerte zu organisieren, zu denen eine angemessene Nachfrage beim Brandenburger Publikum bisher noch nicht ausreichend entwickelt werden konnte. Zusätzliche finanzielle Mittel zum Ausgleich des erhöhten Absatzrisikos sind bisher nicht vorgesehen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss Stadt zur Erhaltung des Spielbetriebs: 3.595.400 € Zuschuss Stadt zum Betrieb der Brennabor Galerie: 50.000 € Investitionszuschuss Stadt: 86.000 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse

	2006 €	2007 €	2008 €	2009 €
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	3.673.400	3.681.400	3.672.400	3.595.400
Zuschuss Land Brandenburg	1.560.000	1.556.000	1.521.368	1.480.000
Zuschuss FAG (Finanzausgleichsgesetz)	1.475.000	1.475.000	1.475.000	1.475.000
Sonderzuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	50.000	50.000	50.000	50.000
Sonstige projektabhängige Zuschüsse	0	0	59.000	86.000
Gesamt	6.758.400	6.762.400	6.777.768	6.686.400

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	772	669	570
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11	7	10
II. Sachanlagen	762	662	560
B. Umlaufvermögen	2.054	1.192	1.155
I. Vorräte	3	4	8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62	64	43
III. Kassenbestand, Guthaben	1.989	1.123	1.103
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8	8	13
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	859	902	806
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnvortrag	591	833	876
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	242	43	-96
abzüglich nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. SoPo Investitionszuschüsse	152	168	196
C. Rückstellungen	427	423	418
D. Verbindlichkeiten	390	287	236
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.007	89	82
Bilanzsumme	2.834	1.869	1.738

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	645	637	644
2. Erträge aus Zuschüssen	6.798	6.762	6.741
3. Sonstige betriebliche Erträge	114	111	76
4. Inszenierungsaufwand	-1.401	-1.667	-1.566
5. Personalaufwand	-4.944	-4.873	-5.083
6. Abschreibungen	-228	-213	-240
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-759	-745	-673
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	33	7
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7	0	-1
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	244	43	-95
11. Sonstige Steuern	-2	0	-1
12. Jahresergebnis	242	43	-96

III.2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg
Tel.: 03381/ 62 97 0
Fax: 03381/ 62 97 23

e-mail: gf@twb-brb.de

Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

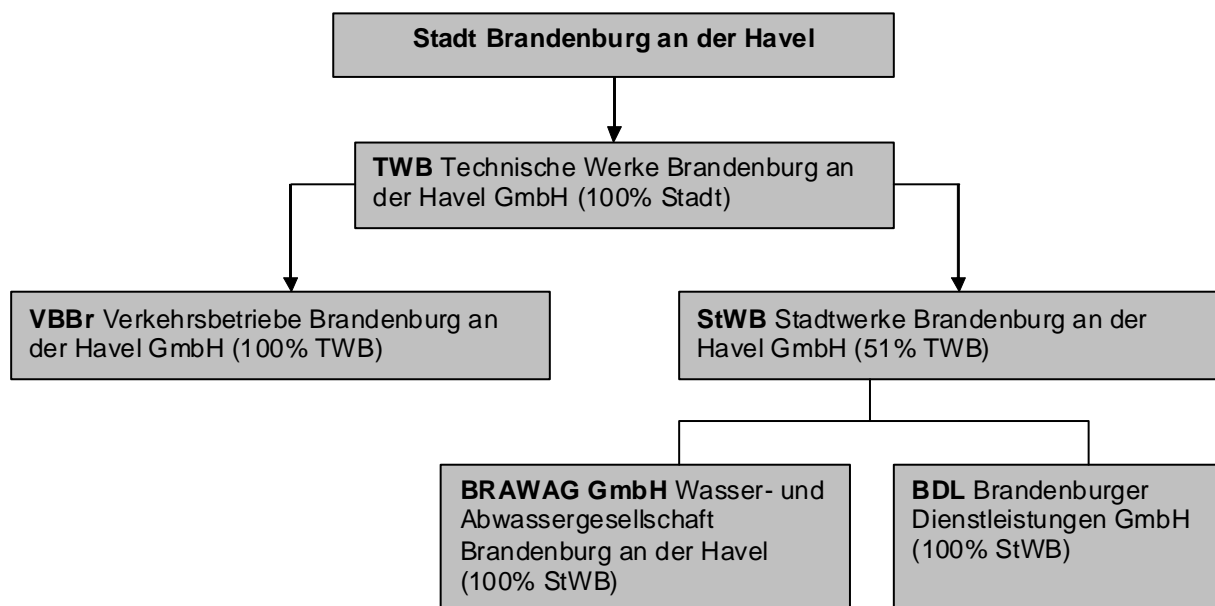
Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.



Verbundene Unternehmen (Stand 31.12.2009)				
<u>Name und Sitz</u>	<u>Stammkapital der jeweiligen Gesellschaft in T€</u>	<u>Anteil am Stammkapital in T€</u>	<u>Kapitalanteil in %</u>	<u>Gegenstand</u>
a.) Unmittelbare Beteiligungen				
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB)	8.181,0	4.172,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr)	1.971,0	1.971,0	100,0	Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen
b.) Mittelbare Beteiligungen				
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung
Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL)	434,0	221,0	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung

Die StWB stellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 08.07.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Die Gesellschafterversammlung trat im Jahr 2009 zu 15 ordentlichen Sitzungen zusammen.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern. Die Oberbürgermeisterin ist kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

Aufsichtsratsmitglieder 2009

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Herbert Nowotny
weitere Mitglieder	Herr Martin Simon
	Herr Walter Paaschen
	Herr Klaus-Peter Fischer
	Frau Britta Kornmesser
	Herr Renè Kretzschmar
	Herr Uwe Trütschler
	Herr Gerhard Zapf

Im Geschäftsjahr 2009 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften. Diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

Gegenstand des Unternehmens

- Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen
- Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften
- Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen, die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings.

Die TWB als reine Verwaltungs- und Finanzholding hat die Aufgabe der wirtschaftlichen Verwaltung und Steuerung ihrer Tochterunternehmen, die insbesondere Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen sind.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	76%	78%	89%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	99%	98%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	131%	126%	111%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	1669%	1706%	531%
Cashflow	-2.406 T€	-2.750 T€	-1.986 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-7%	-6%	-6%
Umsatz	0	0	121 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-2.153 T€	-2.141 T€	-2.085 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	259%
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die Entwicklung der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB) als Beteiligungsholding der Stadt Brandenburg an der Havel wird durch zunehmende Marktöffnungstendenzen auf den Gebieten der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen in erheblichem Maße beeinflusst. Demzufolge hat sie die notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Beteiligungsunternehmen, insbesondere mit der Neuordnung und Straffung der Beteiligungsstruktur, kontinuierlich fortgesetzt.

Der Stadtumbau und die Entwicklung der Bevölkerung in der Stadt Brandenburg an der Havel führen zu Verschiebungen in den Versorgungsstrukturen und beeinflussen somit das Geschäft sowohl im Energie- und Wasserversorgungs- als auch im Abwasserentsorgungsbereich und dem öffentlichen Nahverkehr und fließen in die Instandhaltungs- und Netzausbaustrategie ein.

Das operative Ergebnis bei der StWB (Teilkonzern) beläuft sich bei Umsatzerlösen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen betrieblichen Erträgen von 131,6 Mio. Euro und Betriebsaufwand von 119,5 Mio. Euro auf 12,1 Mio. Euro und liegt damit leicht über dem Vorjahresniveau.

Der Rückgang der Bevölkerungszahlen im Versorgungsgebiet, wenn auch deutlich abgeschwächt, und der anhaltende Wettbewerb am Energiemarkt beeinflussen die Marktstellung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH. Auffällig gewachsen ist das Erdgasangebot in der Stadt Brandenburg an der Havel. Die Anzahl der Wettbewerber hat sich in 2009 von vier auf 16 vervierfacht und es ist anzunehmen, dass weitere folgen werden. Im Strombereich haben sich neben StWB in der Havelstadt mittlerweile 58 Anbieter aufgestellt.

Aufgrund der im Vorjahr gemeinsam mit den Aufsichtsgremien festgelegten Unternehmensstrategie wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein so genannter Bürgerfonds in Form einer Inhaberschuldverschreibung aufgelegt. Die Wertpapiere mit einer Stückelung von 1.000,- € und einem Zinssatz von 4 % wurden den Kunden der StWB Mitte September 2009 angeboten. Innerhalb kürzester Zeit war ein Gesamtvolumen von 2,9 Mio. € gezeichnet. Damit wurde die Kundenbindung erhöht und gleichzeitig dem Unternehmen Mittel zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung gestellt. Die Presseresonanz war einstimmig positiv und der damit verbundene Imagegewinn enorm.

Trotz der leicht rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel stieg die verkaufte Trinkwassermenge im Stadtgebiet Brandenburg an der Havel um 0,04 Mio. m³ bzw. 1,2 %. Infolge der Sanierungsarbeiten im Trinkwassernetz sind die Netzverluste rückläufig. Inklusive Umland betrug die Steigerung sogar 2,7 %. Geringere Niederschlagsmengen führten unter anderem dazu, dass die auf die Kläranlage aufgeleiteten Mengen um knapp 5 % gegenüber dem Vorjahr gesunken sind.

Die Qualität des in den Wasserwerken der BRAWAG aufbereiteten und an die Kunden gelieferten Wassers entsprach ganzjährig den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

Die Ablaufwerte der Kläranlage Brandenburg-Briest entsprechen bis auf geringfügige und ganz kurzfristige Überschreitungen infolge planmäßiger Wartungsarbeiten den festgelegten

Überwachungswerten. In dem jährlich durchgeführten DWA-Leistungsvergleich kommunaler Kläranlagen steht die Kläranlage Briest mit Abbaugraden zwischen 92 % und 99 % wieder an der Spitze im bundesweiten Vergleich.

Eine Herausforderung war die Umstellung der Verbrauchsabrechnung für die Geschäftsbereiche Strom, Gas und Fernwärme von rollierender auf stichtagsbezogene Abrechnung. Für die Ablesung mussten neue Abläufe definiert, vorbereitet und umgesetzt werden.

Zwischen der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH, der Stadt Brandenburg an der Havel und der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH wurde im Geschäftsjahr eine Verkehrsvereinbarung mit einer Laufzeit vom 01.12.2009 bis zum 31.05.2025 abgeschlossen. Gegenstand dieser Vereinbarung ist die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen, Kraftomnibussen, Taxen sowie mit der Fähre Neuen-dorf ausschließlich in der Stadt Brandenburg an der Havel. Die Stadt Brandenburg an der Havel gewährt der VBBr für die Dauer dieser Vereinbarung, unabhängig von personenbeförderungsrechtlichen Bestimmungen, ein ausschließliches Recht für den Betrieb der vertragsgegenständlichen Linien.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2009 konnte der Bilanzverlust von 2,2 Mio. € entsprechend dem des Vorjahresergebnisses gehalten werden. Das Jahresergebnis 2009 war entsprechend der Aufgaben einer Holding vom Beteiligungsergebnis geprägt; die Aufwendungen aus der Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV der Stadt Brandenburg a. d. H. von 4,4 Mio. € (im Vorjahr 4,5 Mio. €) übersteigen die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 2,4 Mio. € (im Vorjahr 2,3 Mio. €).

Die Entwicklung der Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

	2006 T€	2007 T€	2008 T€	2009 T€
Betriebsergebnis	-353	-302	-322	-386
Finanzergebnis	-2.365	-1.799	-1.821	-1.774
<i>davon Verlustübernahme ÖPNV</i>	<i>5.317</i>	<i>4.661</i>	<i>4.504</i>	<i>4.408</i>
Neutrales Ergebnis	11	16	2	7
Jahresfehlbetrag	2.707	2.085	2.141	2.153

In der Vermögens- und Finanzlage der TWB reduzierten sich die langfristigen sonstigen Ausleihungen aufgrund einer Forderungsabtretung an die Stadt Brandenburg an der Havel für ein Darlehen an die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH in

Höhe von 3,5 Mio. €. Die Alleingesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel verrechnete diese Forderungsabtretung mit einer Kapitalentnahme in Höhe von 3,5 Mio. €.

Das Eigenkapital veränderte sich im Geschäftsjahr durch zweckgebundene Einlagen für den ÖPNV (4,7 Mio. €) saldiert mit Entnahmen (6,0 Mio. €) und dem Jahresfehlbetrag (2,2 Mio. €) um 3,5 Mio. €. Die Bilanzsumme verringerte sich von 34,4 Mio. € im Vorjahr auf 30,9 Mio. € im Geschäftsjahr.

Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) resultieren aus den nicht verbrauchten zweckgebundenen Zuwendungen des Aufgabenträgers für den öffentlichen Personennahverkehr aus Vorjahren.

Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 98,7 % (im Vorjahr 98,9 %) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Die an die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH in Höhe von 3,5 Mio. € ausgereichte sonstige Ausleihung wurde gemäß Gesellschafterbeschluss TWB Nr. 06/2009 vom 23.04.2009 in Verbindung mit Gesellschafterbeschluss Nr. 10/2009 vom 30.06.2009 an die Stadt Brandenburg an der Havel abgetreten. Die Stadt Brandenburg an der Havel verrechnete die abgetretene Forderung mit der Kapitalentnahme der Stadt aus der Kapitalrücklage der TWB.

Primäre Einnahmequelle der TWB ist das Ausschüttungspotenzial der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, das jedoch nach gegenwärtigem Stand die Aufwendungen für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nicht nachhaltig decken kann.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der verbundenen Unternehmen

Der rückläufige Trend der Bevölkerungszahlen im Versorgungsgebiet scheint etwas gebremst. Die Anzahl der Einwohner sank gegenüber dem Vorjahr nur leicht.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen wird durch den zunehmenden Wettbewerb beeinflusst. Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen durch die brandenburgische Kommunalverfassung auf dem Gebiet der Kommune wirkt sich zusätzlich hemmend auf die Unternehmensaktivitäten aus.

Den hieraus erwachsenden Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Teilkonzern Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Die Geschäftsführung der StWB sieht die wesentlichen Risiken im stärker werdenden Wettbewerb um Strom-, Gas- und Nahwärmekunden, den Auswirkungen des voranschreitenden Stadtumbaus, den steigenden bürokratischen Aufwendungen der Netzregulierung sowie den Aktivitäten des Kartellamtes im Bereich Gas- und Fernwärmeversorgung.

Im Geschäftsbereich Wasser und Abwasser werden insbesondere Risiken in den Bereichen Absatz, Instandhaltung und Entsorgung sowie aus einer geringen Auslastung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserbrauchs gesehen.

Im Geschäftsjahr 2010 sollen die optimierten Arbeitsabläufe im Gebäudemanagement und den sonstigen Dienstleistungen weiter gefestigt werden. Der unwirtschaftliche Postdienst wird zum 01.02.2010 eingestellt und dafür werden mehr rentable kleine Zusatzaufträge akquiriert. Zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit soll das Angebot komplexer technischer Dienstleistungen aus einer Hand ausgebaut werden.

Chancen sind im Wesentlichen aufgrund der Energieeinsparverordnung und der Förderungsbedingungen der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) im weiteren Ausbau der Wärmeversorgung auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung, durch Projekte im Bereich regenerative Energien sowie durch Kooperationen in den Bereichen Abrechnung, Bilanzierung und Kundenwechselprozesse zur Senkung notwendiger Prozesskosten.

Die Geschäftsführung plant daher auch für die kommenden zwei Geschäftsjahre mit einem weiterhin konstant guten Geschäftsergebnis.

Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Die VBBr bleibt auch im Jahr 2011 abhängig von den Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, der Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin, die TWB, erhält.

Zur Sicherung des ÖPNV und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte haben die vier Gebietskörperschaften Stadt Brandenburg an der Havel, Landeshauptstadt Potsdam, Landkreis Havelland und Landkreis Potsdam-Mittelmark ein Gutachten in Auftrag gegeben, um zu analysieren, welche verkehrlichen und betriebswirtschaftlichen Kooperationen der Nahverkehrsunternehmen in dieser Region untereinander mittelfristig zu besseren wirtschaftlichen Ergebnissen führen. Die VBBr beriet sich hierzu bereits mit der Verkehrsgesellschaft Belzig mbH mit dem Ziel, durch die gemeinsame Nutzung des Betriebshofes der VBBr die Kooperationsintensität weiter zu vertiefen und für beide Unternehmen dadurch finanzielle Vorteile zu erzielen.

Als Risiko schätzt die VBBr insbesondere die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV durch den Aufgabenträger Stadt Brandenburg an der Havel, das Land Brandenburg und den Bund ein. Weitere finanzielle Risiken ergeben sich aus der ausstehenden Einnahmeaufteilung des VBB.

Chancen und Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Mit den im Geschäftsjahr und in den Vorjahren vollzogenen Kapitalentnahmen ist der Liquiditätsbestand der TWB reduziert worden.

Eventuell erforderliche Investitionsmittel für strukturelle Maßnahmen waren in der Wirtschaftsplanung 2010 auf Grund der noch erforderlichen Entscheidungen des Aufsichtsrats und des Gesellschafters der TWB nicht enthalten.

Zur Sicherung der VBBr ist der Ausgleich des in der Wirtschaftsplanung 2010 mittelfristig definierten Zuschussbedarfes durch die Stadt Brandenburg an der Havel, wie in der Verkehrsvereinbarung geregelt, erforderlich.

Die TWB hat sich gegenüber der Brandenburger Dienstleistungen GmbH, Brandenburg an der Havel, verpflichtet, Sanierungsaufwendungen für die Altlasten auf Grundstück und Gebäude in der Gutenbergstraße 33 zu übernehmen. Aufgrund der früheren Nutzung als chemische Reinigung werden umweltschädigende Stoffe verschiedener Art vermutet. Eine abschließende Beurteilung des Umfangs der Kontamination ist derzeit nicht möglich. Für eine mögliche Inanspruchnahme aus der Verpflichtung wurde entsprechend aktuellem Erkenntnisstand eine Rückstellung gebildet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	<p><u>2007</u>: Kapitaleinlagen 4.820.804,37 € Kapitalentnahmen: -7.706.500,89 € <u>2008</u>: Kapitaleinlagen: 4.760.848,30 € Kapitalentnahmen: -6.114.362,30 € <u>2009</u>: Kapitaleinlagen: 4.664.839,54 € Kapitalentnahmen: -8.103.307,82 €</p> <p>Die Einlagen wurden von der Gesellschafterin zur Finanzierung der Zuschüsse der TWB GmbH an die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH für die Stützung des ÖPNV und die Fähre Neuendorf geleistet. Die Entnahmen betreffen den Ausgleich des Bilanzverlustes der Vorjahre sowie Bar-entnahmen der Gesellschafterin.</p>
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>1. Vertragsbeziehungen bestehen neben dem TWB-Konzern mit unmittelbaren städtischen Betrieben: Dienstleistungsverträge mit der PEK, der TGZ, dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel sowie dem Zweckverband BUGA 2015 über die Durchführung der Buchführung und die Erarbeitung des Jahresabschlusses, der Quartals- und Wirtschaftspläne; Verkehrsvereinbarungen zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBBr sowie der TWB zu erteilten Linienkonzessionen in der Stadt Brandenburg an der Havel.</p> <p>2. Dienst- und Leistungsbeziehungen bestehen zwischen der TWB und WOBRA (Hausmeistervertrag, Mietvertrag, Managementleistungen, Bilanzbuchhaltung, Revision).</p> <p>3. Darlehensvertrag mit der WOBRA mit Forderungsabtretung an die Stadt Brandenburg an der Havel und Verrechnung der Forderungen mit der Kapitalentnahme der Stadt.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	32.005	26.892	23.388
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	1
II. Sachanlagen	32	27	23
III. Finanzanlagen	31.973	26.865	23.364
B. Umlaufvermögen	3.464	6.724	6.616
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.000	1.173	1.262
III. Kassenbestand, Guthaben	2.464	5.551	5.354
C. Rechnungsabgrenzungsposten	582	768	933
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	35.400	33.990	30.540
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102
II. Kapitalrücklage	37.382	36.029	32.590
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
VI. Bilanzverlust	-2.085	-2.141	-2.152
B. Rückstellungen	153	155	162
C. Verbindlichkeiten	499	239	234
Bilanzsumme	36.052	34.384	30.936

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	121	0	0
2. Bestandsänderungen	-88	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	185	176	162
4. Materialaufwand	-19	0	0
5. Personalaufwand	-313	-316	-337
6. Abschreibungen	-13	-8	-5
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-157	-171	-198
8. Erträge aus Beteiligungen	2.295	2.295	2.424
9. Erträge aus Ausleihungen	351	203	44
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	216	185	166
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.661	-4.504	-4.408
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.084	-2.141	-2.152
14. Sonstige Steuern	-1	0	0
15. Jahresergebnis	-2.085	-2.141	-2.153

III.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Öffentlicher Personennahverkehr

Firmensitz

Upstallstr. 18
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/53 41 00
Fax: 03381/53 41 01
e-mail: info@vbbr.de
Internet: www.vbbr.de

Gründung

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

Unterbeteiligungen

Aktuelles Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Werner Jumpertz

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Die Gesellschafterversammlung trat im Geschäftsjahr 2009 zu acht Sitzungen zusammen.

- *Beirat*

Im Geschäftsjahr 2009 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2009	
Beiratsvorsitz	Herr Ralf Viertel
weitere Mitglieder	Herr Michael Kilian
	Frau Anett Schulze
	Herr Andreas Martin
	Herr Uwe Trütschler

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind
- Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit um dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, dass in einer

bestimmten Taktdichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	91%	91%	91%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	23%	21%	20%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	102%	102%
Zinsaufwandquote	6%	7%	9%
Liquidität 3. Grades	108%	127%	125%
Cashflow	1.336 T€	992 T€	1.331 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0	0	0
Umsatz	4.864 T€	4.893 T€	4.563 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	107%	109%	117%
Anzahl der Mitarbeiter	143	144	147

Lagebericht der Gesellschaft

Verordnung (EG) über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße

Am 03.12.2009 trat die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des

Rates in Kraft. In Erfüllung dieser Verordnung schlossen am 02.12.2009 die Stadt Brandenburg an der Havel und die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH unter Einbeziehung der Alleingesellschafterin der VBB, der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH, eine Verkehrsvereinbarung mit einer Laufzeit vom 01.12.2009 bis zum 31.05.2025.

Gegenstand der Vereinbarung ist die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen, Kraftomnibussen, Taxen sowie mit der Fähre Neuendorf ausschließlich in der Stadt Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage der vom Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg erteilten Linienkonzessionen. Hierzu gewährt die Stadt Brandenburg an der Havel der VBB für die Dauer dieses Dienstleistungsvertrages, unabhängig von Personenbeförderungsrechtlichen Bestimmungen, ein ausschließliches Recht für den Betrieb der vertragsgegenständlichen Linien.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

2009 wurden 497 T€ investiert, davon 346 T€ für Infrastrukturmaßnahmen. Eine Kreditaufnahme war nicht erforderlich.

Die Darlehen haben sich daher wie folgt entwickelt:

Stand 01.01.2009	6.699 T€
Tilgung	1.238 T€
Endstand 31.12.2009	5.461 T€

Ein Darlehen (Teilfinanzierung Betriebshof) in Höhe von 618 T€ wurde nach Zinsbindungsende vollständig getilgt.

Die von der Stadt ausgestellte Bürgschaftsurkunde wurde damit gegenstandslos. Für ein weiteres Darlehen in Höhe von 2.283 T€ (Teilfinanzierung Betriebshof) wurde nach Zinsbindungsende eine günstigere Zinskondition erzielt.

Die Grundsuld für das Betriebshofdarlehen wurde von ehemals 4,1 Mio € auf 2,8 Mio € reduziert.

Die Besicherung der für die Beschaffung von Omnibussen aufgenommenen Kredite erfolgt über eine Sicherungsübereignung.

Darlehensaufnahmen und –tilgungen sind Bestandteil der Wirtschaftsplanung und diese bedarf der Bestätigung des Gesellschafters. Die Darlehen dienen der langfristigen Finanzierung des Vermögens.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG sind für den Straßenbahnbetrieb bis 31.05.2025 und für den Stadtomnibusbetrieb bis 31.05.2016 und für die Nachtlinien bis 10.01.2014 erteilt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme fällt gegenüber dem Vorjahr um 1.942 T€ geringer aus. Das resultiert hauptsächlich aus der Abnahme des Anlagevermögens (Abschreibungen 2.295 T€ und

notwendige Investitionen 497 T€). Dem stehen auf der Passivseite ein geringerer Sonderposten (Auflösung 1.159 T€, Investzuschuss 257 T€) und geringere Kreditverbindlichkeiten (planmäßige Kredittilgung von 620 T€, außerplanmäßige Kredittilgung von 618 T€) gegenüber.

Das langfristige gebundene Vermögen wird vollständig durch langfristige Mittel abgedeckt.

Das Nettoumlaufvermögen (Umlaufvermögen minus kurzfristige Fremdmittel) hat sich um 340 T€ verringert.

Die langfristige Strategie der VBBr, die hohen Kreditverbindlichkeiten kontinuierlich zu senken, wurde auch 2009 fortgesetzt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 23,3 % (Vorjahr 21,4 %) und unter Berücksichtigung des Sonderpostens 67,6 % (Vorjahr 66,0%).

Kapitalflussrechnung

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein positiver Cashflow von 1.336 T€ erzielt. Dieser dient zur Finanzierung von Investitionen und teilweise zur Tilgung von Krediten.

Ertragslage

Der um 99 T€ niedrigere Fehlbetrag im Jahr 2009 gegenüber 2008 ist hauptsächlich auf die Reduzierung der Aufwendungen zurückzuführen. Der geplante Jahresfehlbetrag wurde eingehalten.

2009 wurden 283 T€ mehr Beförderungsentgelte im Linienverkehr erzielt, wobei aber für zukünftige Einnahmeaufteilungen (2007-2009) Rückstellungen von 324 T€ gebildet wurden.

Materialaufwand

Der Materialaufwand ist um 110 T€ höher als 2008, liegt aber mit 59 T€ unter dem Plan, was durch die Entwicklung des Dieselpreis bestimmt war (Durchschnittspreis 2009 - 0,84 €/Liter, 2008 – 1,05 €/Liter).

Beim Fahrstrom hingegen sind die Energiekosten (variabler Teil des Stromlieferungsvertrages für Netznutzungsentgelte sowie EEG) von 12,28 cent/kWh (12,06 cent/kWh ohne Umlage EEG) auf 13,73 cent/kWh gestiegen (38 T€). Ein Mehrverbrauch von 169 MWh = 23 T€ gegenüber 2008 ergab sich durch längeren Bedarf der Fahrzeug- und Weichenheizungen Januar und Februar 2009. Auch außerplanmäßige Sanierungsarbeiten waren nach der Winterperiode im Gleisnetz notwendig.

Personal

Der Personalaufwand liegt 2009 mit 146 T€ niedriger als 2008. Drei Mitarbeiter wechselten in 2009 in die Freistellungsphase des Altersteilzeit Blockmodells. Des Weiteren wurde das Bereitschaftssystem neu gestaltet, was zu einer Einsparung von 25 T€ führte.

Die Zahl der Beschäftigten betrug zum 31.12.2009 143 (31.12.2008: 144 Mitarbeiter), davon befinden sich drei Mitarbeiter in der Freistellungsphase Altersteilzeit. Im Durchschnitt waren 2009 144 Arbeitnehmer beschäftigt.

Der Krankenstand der Gesamtbelegschaft betrug 2008 5,76 % (Vorjahr 5,82 %). Ohne Dauerkrankte liegt der Krankenstand im Durchschnitt bei 4,59 % (Vorjahr 4,39 %). Das entspricht einer durchschnittlichen Krankheitsdauer von rund 15 Tagen je Mitarbeiter, einschließlich insgesamt 413 Tage (512 – Vorjahr) ohne Lohnfortzahlung.

Die VBBR ist anerkannter Ausbildungsbetrieb. Im Jahr 2009 befanden sich vier Industriemechaniker, vier Berufskraftfahrer sowie drei Bürokaufleute bei der VBBR in Ausbildung, wobei drei überbetrieblich ausgebildet werden.

Leistungserbringung

Die VBBR bedient das Stadtgebiet Brandenburg an der Havel mit Straßenbahnen und Omnibussen. Im Bedienegebiet hat sich die Einwohnerzahl von 81.490 Einwohnern (Stand 30.06.1998) auf 72.516 (Stand 31.12.2009) verringert.

Beförderte Personen

Beförderte Personen	2009	2008	Veränderung	
	in 1000	in 1000	in 1000	in %
Gesamt	7.091,1	6.820,0	+271,1	+4,0
dar. Linienverkehr § 42 PBefG	7.031,2	6.766,0	+265,2	+3,9

Betriebsleistung und Fahrzeuge

	2009	2008	Veränderung	
	in 1000 km	in 1000 km	in 1000	in %
Betriebsleistung – gesamt	1.925	1.909	+16	+0,8
Linienverkehr § 42 PBefG	1.906	1.884	+22	+1,2
Straßenbahn	675	673	+2	+0,3
Omnibus(einschl. Linientaxi)	1.231	1.211	+20	+1,7

Die Ermittlung der beförderten Personen erfolgt anhand der verkauften Fahrausweise (bei der VBBR) und der durchschnittlich ermittelten Fahrtenhäufigkeit. Die Ergebnisse der Verbunderhebung 2007 liegen den Verkehrsunternehmen zur Prüfung vor. Nach Freigabe erfolgt die Einnahmearteilungsberechnung für 2007.

Der Kostendeckungsgrad, bezogen auf die Umsatzerlöse, liegt bei 51,6% gegenüber 51,2% im Vorjahr. Der Gesamtkostendeckungsgrad (einschließlich periodenfremder Einflüsse) liegt bei 53,7% (Vorjahr 53,3%).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Zur Erfüllung der Erfordernisse, hat die VBB ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, welches auch 2009 überarbeitet wurde.

Zielsetzung des Risikomanagements ist es, zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und fortlaufend zu überwachen, um die langfristige Anpassung des Unternehmens an sich stetig verändernde Umweltbedingungen und die nachhaltige Existenzsicherung des Unternehmens sicherzustellen.

Ein kritisches Risiko für die VBB ist hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV's zu einem aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der Havel und zum anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen. Weitere Risiken ergeben sich aus den offenen Einnahmeaufteilungsrechnungen des Verkehrsverbundes und dem auslaufenden Tarifvertrag TV-N zum 31.12.2012; was eine mittelfristige Personalplanung erschwert.

Schwerpunkt 2010 wird der geplante Fahrplanwechsel nach Fertigstellung der Homeybrücke am 28.03.2010 sein. Einige Buslinien erhalten eine Neuführung direkt über den Hauptbahnhof als bedeutenden Umsteigepunkt zur DB Regio. Neu eingeführt wird die Linie L zur Erschließung des Wohngebietes Klingenberg. Alle Maßnahmen stehen im Fokus der weiteren Sicherung der Einnahmen aus der Beförderung.

Der konsequente Umgang mit den Aufwandspositionen führte mit einer Ergebnisverbesserung von 99 T€ und einem Gesamtkostendeckungsgrad von 53,7 % zu einer weiteren Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Es ist sowohl eine Erhöhung der Beförderungsentgelte als auch der Beförderungsfälle gelungen. Da allerdings die Einnahmeaufteilung der Jahre 2007 bis 2009 aussteht (Risiko), wurde die bereits vorhandene Rückstellung auf insgesamt 495 T€ aufgestockt.

Die Gebietskörperschaften Stadt Brandenburg an der Havel, Landeshauptstadt Potsdam, Landkreis Havelland und Landkreis Potsdam-Mittelmark haben Untersuchungen in Auftrag gegeben zu analysieren, welche verkehrlichen und betriebswirtschaftlichen Kooperationen der Verkehrsunternehmen in der Region untereinander mittelfristig zu besseren wirtschaftlichen Ergebnissen führen. Die VBB hat daraufhin die bereits 2006/2007 geführten Gespräche mit der Verkehrsgesellschaft Belzig (Betriebsteil Brandenburg) wieder aufgenommen, mit dem Ziel, durch die gemeinsame Nutzung des Betriebshofes der VBB die Kooperationsintensität weiter zu vertiefen und für beide Unternehmen dadurch finanzielle Vorteile zu erzielen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss ÖPNV 2009 = 4.363,4 T€ Zuschuss Invest 2009 = 256,7 T€

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	24.557	22.709	20.909
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23	16	34
II. Sachanlagen	24.531	22.691	20.872
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen	2.338	2.307	2.165
I. Vorräte	235	239	237
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	336	448	435
III. Kassenbestand	1.767	1.620	1.493
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	5.366	5.366	5.366
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.395	3.395	3.395
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	12.061	11.141	10.239
C. Rückstellungen	695	740	865
D. Verbindlichkeiten	8.563	7.546	6.386
E. Rechnungsabgrenzungsposten	211	223	218
Bilanzsumme	26.896	25.016	23.074

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	4.563	4.893	4.864
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.204	4.642	4.544
3. Materialaufwand	-1.667	-1.735	-1.845
4. Personalaufwand	-5.324	-5.332	-5.186
5. Abschreibungen	-2.585	-2.341	-2.295
Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse	1.251	1.164	1.159
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-1.145	-967	-961
7. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24	25	11
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-394	-352	-281
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10	10	10
11. Sonstige Steuern	-10	-9.556	-10
12. Jahresergebnis	0	0	0

III.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Energieversorgung

Firmensitz

Upstallstr. 25
 14772 Brandenburg an der Havel
 Tel.: 03381/75 20
 Fax: 03381/75 23 18
 e-mail: info@stwb.de
 Internet: www.stwb.de

Gründung

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise erfolgende Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 8920 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 16.000 TDM (umgerechnet 8.181 T€)

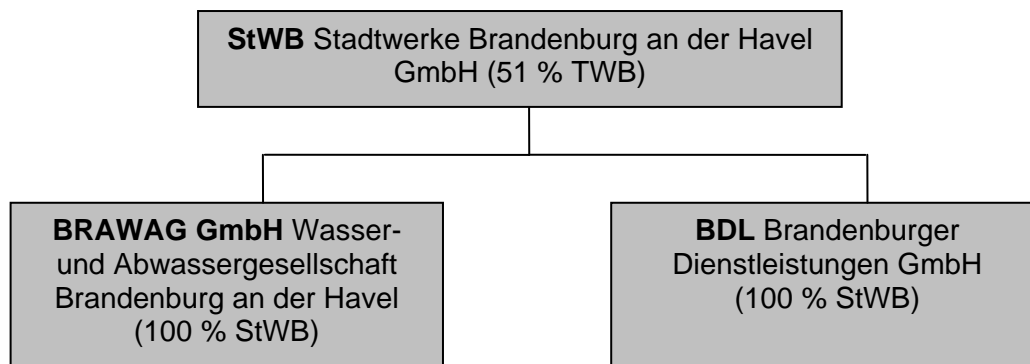
Beteiligungsverhältnisse:

<u>Beteiligungsverhältnisse</u>	
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH, (TWB)	51,00% (8.160 TDM)
E.ON edis Aktiengesellschaft Fürstenwalde	36,75% (5.880 TDM)
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25% (1.960 TDM)

Die Umstellung der Kapitalanteile in Euro ist 2009 noch nicht erfolgt.

Unterbeteiligungen

Unterbeteiligungen	
BDL (Brandenburger Dienstleistungen GmbH)	100%
BRAWAG GmbH (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel)	100%



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftervertrag datiert vom 21.06.2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller (kaufmännisches Ressort)

Wolfgang Michael Schwarz (technisches Ressort)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Stammkapital.

Im Geschäftsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat einen aus neun Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Im Jahr 2009 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2009

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Bernd Dubberstein
weitere Mitglieder	Herr Klaus Deschner (bis 21.01.2009)
	Herr Tobias Dietrich (seit 20.01.2009)
	Herr Alfredo Förster
	Frau Heike Friedrichs
	Herr Hans Hellmuth (bis 31.03.2009)
	Herr Manfred Paasch (seit 01.04.2009)
	Herr Stephan Gothe (bis 14.04.2009)
	Herr Dr. Andreas Reichel (seit 15.04.2009)
	Herr Peter Reimann (bis 20.01.2009)
	Herr Norbert Langerwisch (seit 20.01.2009)
	Herr Dr. Eberhard M. Richter

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlamm Entsorgung dienen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Versorgungsgebiet:

Brandenburg an der Havel mit Ausnahme der Stadtteile Göttin, Gollwitz, Mahlenzien, Klein Kreuz, Schmerzke und Wust

Einwohnerzahl im Versorgungsgebiet: 68.929

Fläche in km² im Versorgungsgebiet: 167,2

Kunden (Netznutzung):

Strom:	47.000
Wärme (versorgte Wohnungen):	11.000
Gas:	19.000

Stromabsatz in MWh:

Absatz gesamt:	228.415
Tarifkunden:	104.753
Sondervertragskunden:	123.662

Gasabsatz in MWh:

801.442
261.827
539.615

Wärmeabsatz in MWh:

Absatz gesamt:	172.897
Fernwärme:	124.396
Nahwärme:	48.501

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	81%	85%	86%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	18%	18%	16%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	66%	71%	76%
Zinsaufwandquote	1,1%	1,6%	1,8%
Liquidität 3. Grades	40%	37%	39%
Cashflow	11.749 T€	12.834 T€	11.650 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	5%	7%	6%
Umsatz	98.935 T€	90.337 T€	86.457 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	4.607 T€	5.754 T€	4.997 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	8%	8%	9%
Anzahl der Mitarbeiter	132	132	138

Lagebericht der Gesellschaft

Die StWB haben auch in 2009 wieder ein positives Ergebnis erreicht. Der Jahresüberschuss betrug 4,6 Mio. € (Vorjahr 5,7 Mio. €). In- und externe Faktoren beeinflussen das Geschäft wesentlich.

Zu den externen Einflussfaktoren gehören immer noch der sich abschwächende Rückgang der Bevölkerung im Versorgungsgebiet sowie der anhaltende Wettbewerb auf dem Energiemarkt.

Nachdem die Rohölpreise das Jahr 2008 mit dem Tiefststand von 40 US \$ pro Barrel abgeschlossen, fand ein allmählicher Anstieg in 2009 in den Frühjahrsmonaten statt.

Neue Wettbewerber nutzten die Chance, sich mit Gasprodukten zu attraktiven Marktpreisen einzudecken, um so neue Absatzgebiete aquirieren zu können. Strom konnte in 2009 für die Folgejahre zu günstigeren Konditionen eingekauft werden, wird jedoch weiterhin durch jährliche Erhöhungen der Umlage für Erneuerbare-Energien (EEG) belastet.

Zu den internen Einflussfaktoren zählt der Bürgerfonds, der in Form einer Inhaberschuldverschreibung 2009 aufgelegt wurde. Die Wertpapiere mit einer Stückelung von 1.000,- € und einem Zinssatz von 4 % wurden den Kunden der StWB angeboten. Dies führte in 2009 zur Zeichnung von 2,9 Mio. €, die zur Erhöhung der Kundenbindung beitragen, aber auch zur Finanzierung von zukunftssträchtigen Investitionen verwendet werden.

Investitionen

In 2009 ist ein Zugang zum Sachanlagevermögen in Höhe von 5,8 Mio. € zu verzeichnen (Vorjahr 2,8 Mio. €).

Im 4. Quartal 2009 wurde ein Blockheizkraftwerk (BHKW) in der Zauchestraße mit einer Leistung von < 2 MW in das Fernwärmenetz eingebunden. Die Inbetriebnahme des zweiten BHKW in der Warschauer Straße erfolgt im 2. Quartal 2010.

Drei neue Nahwärmeobjekte konnten ebenfalls in Betrieb genommen werden. In allen Objekten fand eine Kombination von regenerativen Energieträgern und klassischer Brenntechnik statt. Dieses Marktsegment wird aufgrund gesetzlicher Vorschriften immer anspruchsvoller. Zuschläge erhält nur der Anbieter, der individuelle Lösungen preisgünstig anbieten kann.

Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Die Vermögensstruktur wird weiterhin wesentlich durch den Wert des Anlagevermögens bestimmt. Die Anlagenintensität beträgt 81,2 % in 2009 und hat sich gegenüber dem Jahr 2008 um 3,6 % verringert. Die Minderung des Anlagevermögens um 1.3 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen auf die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen mit 7,0 Mio. € (Vorjahr 7,3 Mio. €) sowie aus Anlagenabgängen, denen nur Investitionen in Höhe von 5,8 Mio. € (Vorjahr 2,8 Mio. €) gegenüberstehen.

Der Rückgang des Eigenkapitals spiegelt sich in der Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) wieder. Die Eigenkapitalquote von 17,5 % (Vorjahr 18,2 %) resultiert aus dem geringeren Jahresüberschuss gemindert um die im laufenden Geschäftsjahr getätigte Ausschüttung an die Gesellschafter (4,8 Mio. €).

Aufgrund steuerlich nicht anerkannter Aufwendungen ergibt sich gegenüber 2008 eine höhere Steuerlast. Der Jahresüberschuss 2009 (4,6 Mio. €) liegt deshalb um 1,2 Mio. € unter dem Ergebnis des Vorjahres (5,7 Mio. €).

Im Geschäftsjahr bestanden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 24,4 Mio. €, im Jahr 2008 waren es noch 27 Mio. €. Die Kredit- und Darlehensbelastung konnte wesentlich verringert werden. Die Zinsaufwandsquote verringerte sich damit auf 1,2 %.

Die Liquidität 3. Grades lag 2009 bei 40,0 % (Vorjahr 37,3 %). Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2008 um 4,3 Mio. €.

Der Cashflow wird wesentlich bestimmt durch das Jahresergebnis, die Abschreibungen und die Veränderungen der langfristigen Rückstellungen. In 2009 verringert sich der Cashflow auf 11,7 Mio. € (Vorjahr 12,8 Mio. €) da das Jahresergebnis mit 4,6 Mio. € unter dem des Vorjahres liegt (5,7 Mio. €) und die Abschreibungen sich ebenfalls verringert haben.

Die Gesamtkapitalrentabilität wird bestimmt durch den Jahresüberschuss und die Höhe der Fremdkapitalzinsen. Sie liegt damit zwangsläufig mit 5,4 % unter der des Vorjahres (7,1 %).

Die Umsatzerlöse lagen mit 99 Mio. € um 8,7 Mio. € über denen des Vorjahres (90,3 Mio. €). Im Geschäftsbereich Strom ist dies zurückzuführen auf das höhere Preisniveau in den Sonderverträgen, auf die Preisanpassung für die Tarifkunden zum 01.01.2009 und die Kooperationsvereinbarungen mit anderen Stadtwerken.

Die Umsatzerlöse in der Gasversorgung sind trotz niedriger Ölpreisnotierungen und gewährten Rabattierungen aufgrund des Anstieges der Absatzmengen ebenfalls leicht angestiegen. Die Inanspruchnahme des StWB-Stromnetzes durch fremde Händler stieg um 14 GWh, die Inanspruchnahme des Gasnetzes um 3,6 GWh.

Beteiligungserträge in Höhe von 1,8 Mio. € resultieren aus der Beteiligung an der BRAWAG GmbH (Vorjahr 1,8 Mio. €).

Die Personalaufwandsquote blieb mit 8 % gegenüber dem Vorjahr unverändert, ebenso wie die durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 132.

Stichtagsbedingt sind die flüssigen Mittel angestiegen. Die flüssigen Mittel betragen am Ende des Geschäftsjahres 1,1 Mio. € (Vorjahr 0,7 Mio. €). Zusätzliche finanzielle Mittel wurden über die Inhaberschuldverschreibung (Bürgerfond) in Höhe von 2,9 Mio. € bereitgestellt.

Die aktuelle Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zeigt, dass die Stadtwerke Brandenburg an der Havel gut aufgestellt sind. Aufgrund der mit den Hausbanken vereinbarten Kreditlinien und der Inhaberschuldverschreibung (Bürgerfond) ist die Finanzierung der geplanten Investitionen gesichert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war auch im Jahr 2009 leicht rückläufig (0,5 %).

Wesentliche Risiken sieht die StWB weiterhin in dem immer aggressiver werdenden Wettbewerb um Strom-, Gas- und Nahwärmekunden, der Kampf auf dem Energiemarkt hält an. Die Zahl der Anbieter im Netzgebiet erhöht sich. Die Bereitschaft der Kunden, den Anbieter zu wechseln wird sich deshalb auch zukünftig nicht verhindern lassen. Hinzu kommen Auswirkungen des Stadtumbaus, ein ständig steigender bürokratischer Aufwand für die Netzregulierung flankiert von Aktivitäten des Kartellamtes bezüglich der Gas- und Fernwärmeversorgung. Mit geeigneten Maßnahmen wird diesen Risiken entgegnet, um sie, wenn möglich, abzuwenden oder zumindest abzumildern.

Im Hinblick auf den Wettbewerb ist Kundenbindung bzw. der Ausgleich der Kundenverluste ein wichtiges Unternehmensziel. Die StWB wird den Trend zum Anbieterwechsel weiterhin mit Kundenbindungsmaßnahmen, neuen Serviceangeboten und -qualitäten im Strom- und

Gasbereich aufhalten. Mit konkurrenzfähigen Produkten wird der Konzern seine Position als erfolgreicher und vor allem kundenorientierter Energieversorger weiter ausbauen.

Chancen sieht die Geschäftsführung aufgrund der Energieeinsparverordnung und Förderbedingungen der KfW im weiteren Ausbau der Wärmeversorgung im Stadtgebiet auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Realisierung von Projekten im regenerativen Energiebereich.

Auch Kooperationen vielfältigster Art, insbesondere im local-Verbund eröffnen die Chance, die notwendigen finanziellen Belastungen auf mehrere Partner zu verteilen.

Schlanke Geschäftsprozesse in Verbindung mit einem hohen Mitarbeiterpotential garantieren auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit in dem immer schwieriger werdenden Wettbewerbs- und Bürokratiumfeld. Die StWB plant daher auch für die kommenden zwei Jahre ein konstant gutes Geschäftsergebnis.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Vortrag von 1.000 T€ nicht ausgeschütteter Gewinn aus 2008 gemäß Gesellschafterbeschluss.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 5.754 T€ Ausschüttung an die Gesellschafter 4.754 T€, Rest von 1.000 T€ war vorzutragen auf neue Rechnung.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	93.292	88.666	87.402
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	310	265	249
II. Sachanlagen	62.028	57.446	56.187
III. Finanzanlagen	30.955	30.955	30.966
B. Umlaufvermögen	14.822	15.678	19.944
I. Vorräte	196	598	658
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.561	14.398	18.182
III. Kassenbestand, Guthaben	4.066	682	1.104
C. Rechnungsabgrenzungsposten	264	232	319
Passivseite			
A. Eigenkapital	17.763	19.017	18.870
I. Gezeichnetes Kapital	8.181	8.181	8.181
II. Kapitalrücklage	3.662	3.662	3.662
III. Gewinnrücklagen	429	429	429
IV. Gewinnvortrag	495	991	1.991
V. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.997	5.754	4.607
B. SoPo mit Rücklagenanteil	13.868	12.079	10.351
C. SoPo für Investitionszulagen	2.652	2.448	2.240
D. Baukostenzuschüsse	11.972	11.395	10.505
E. Rückstellungen	16.644	22.823	29.002
F. Verbindlichkeiten	45.480	36.814	36.697
Bilanzsumme	108.379	104.576	107.665

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	86.457	90.337	98.935
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.644	9.287	13.917
3. Materialaufwand	-65.029	-66.365	-81.844
4. Personalaufwand	-7.742	-7.434	-8.190
5. Abschreibungen	-6.347	-7.282	-6.999
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.824	-9.745	-6.450
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	113	203	88
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.603	-1.665	-1.173
9. Erträge aus Beteiligungen	1.950	1.800	1.800
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.617	9.134	10.084
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2.267	-2.937	-5.047
12. Sonstige Steuern	-354	-444	-430
13. Jahresergebnis	4.997	5.754	4.607

III.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/54 30
Fax: 03381/54 31 99
Internet: www.brawag.de

Gründung

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarben die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt.

Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995, war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz

(UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (= 6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB 100% (ab 12.12.2005)

Durch Anteilskaufvertrag vom 12. Dezember 2005 sind die durch RWE Energy gehaltenen Anteile am Stammkapital der BRAWAG (32,45%) an die StWB veräußert worden.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 07. Februar 2006.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22P eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2009 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 3 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 3 Abs. 2 GO auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebührensatzung.

zung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

Gegenstand des Unternehmens

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	98%	98%	97%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	32%	30%	28%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	68%	71%	75%
Zinsaufwandquote	7,1%	8,7%	9,2%
Liquidität 3. Grades	5%	6%	8%
Cashflow	6.213 T€	5.817 T€	5.706 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	4%	4%
Umsatz	19.727 T€	19.604 T€	19.624 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.254 T€	1.977 T€	1.892 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	12%	11%	12%
Anzahl der Mitarbeiter	47	50	49

Lagebericht der Gesellschaft

Externe Einflussfaktoren

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit ca. 0,5 % nur noch leicht rückläufig.

Neu abgeschlossene Wasserlieferungsverträge für die Ortsteile Rietz/Prützke führen zum Anstieg um 2,7 %.

Im Geschäftsjahr konnte das von der Landesinvestitionsbank geförderte Vorhaben „Sanierung Hochbehälter Marienberg“ erfolgreich abgeschlossen werden.

Zur Nutzung regenerativer Energiequellen wurde im Wasserwerk Mahlenzien eine Photovoltaikanlage als Freilandanlage mit einer Leistungsfähigkeit von 20,3 Kilowatt-Peak (kWp) errichtet.

Interne Einflussfaktoren

Die Qualität des in den Wasserwerken der BRAWAG aufbereiteten und an die Kunden gelieferten Wassers entsprach ganzjährig den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

Die Ablaufwerte der Kläranlage Brandenburg-Briest entsprechen bis auf geringfügige und kurzfristige Überschreitungen infolge planmäßiger Wartungsarbeiten den festgelegten Überwachungswerten. In dem jährlich durchgeführten DWA-Leistungsvergleich kommunaler Kläranlagen steht die Kläranlage Briest mit Abbaugraden zwischen 92 % und 99 % wieder an der Spitze im bundesweiten Vergleich.

Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich durch Auflösung von nicht in voller Höhe verbrauchten Instandhaltungsrückstellungen, insbesondere für die Kläranlage Kirchmöser, gegenüber dem Vorjahr.

Die betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. € gestiegen. Hauptursache hierfür sind vorsorglich zurückgestellte Mittel für Instandhaltungen für Anlagen, Leitungen und Betriebsmittel.

Die Personalaufwendungen sind im laufenden Jahr gegenüber Vorjahr um ca. 9,5% gestiegen, die Personalaufwandsquote lag bei 11,78 %. Ursache hierfür sind im Wesentlichen Mehraufwendungen für Personalarückstellungen und Tarifsteigerungen.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 2,2 Mio. €. Davon sollen 1,8 Mio. € an die Muttergesellschaft ausgeschüttet werden. Die Gesamtkapitalrentabilität lag bei 4,5 %, stieg gegenüber den Vorjahren aufgrund der positiven Entwicklung des Jahresüberschusses und der Senkung der Fremdkapitalzinsen 2009 1.403 T€ (2008 1.707 T€).

Umsatz und Absatzmengen

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr in Höhe von 19,7 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % gestiegen.

Die Umsätze aus Trinkwasserverkauf in Höhe von 7,8 Mio. € sind mengenbedingt gegenüber dem Vorjahr (7,6 Mio. €) um 1,5 % gestiegen.

Das Betreiberentgelt ist gegenüber dem Vorjahr leicht (0,8 %) gestiegen. Die Erhöhung der Erlöse für Betriebsführung gegenüber dem Vorjahr um 10 % ist auf zusätzliche Rohrnetzspülungen und Leistungen, die nicht jährlich erfolgen, zurückzuführen.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Vermögen der BRAWAG setzt sich zu 98 % aus dem Anlagevermögen zusammen. Es beinhaltet die Trink- und Abwassernetze, die Wassergewinnungs-, -aufbereitungs-, -speicherungsanlagen, Pumpwerke und Kläranlage sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Geschäftsjahr 2009 wurden insgesamt 2,5 Mio. € investiert, davon 1,6 Mio. € im Trinkwasserbereich und 0,9 Mio. € im Abwasserbereich.

Die Investitionen im Trinkwasserbereich betrafen schwerpunktmäßig den Hochbehälter Marienberg, Maßnahmen in der Kirchhofstraße, St.-Annenstraße, Mühlentorstraße, Friesenstraße, Gördenallee und Platz der Einheit. Im Abwasserbereich erfolgte die Schmutzwasserschließung in Klein Kreutz, die Sanierung der Schmutzwasseranlage in der Seelenbinderstraße und der Mischwasserleitung in der Bauhofstraße.

Die Anlagenintensität lag 2009 bei 98,13 % und hat sich gegenüber dem Jahr 2008 leicht erhöht. Die Minderung des Anlagevermögens um 1.311 T€ resultiert im Wesentlichen aus der den planmäßigen Abschreibungen auf die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen mit 3.752 T€ (Vorjahr 3.833 T€) sowie aus Anlagenabgängen (43 T€), denen nur Investitionen in Höhe von 2.484 T€ (Vorjahr 2.926 T€) gegenüberstehen.

Der Anlagendeckungsgrad betrug 2009 68,4 % und ist damit gegenüber dem Vorjahr (2008 70,8 %) rückläufig. Ursache hierfür ist ein tilgungsbedingter Rückgang des Fremdkapitals.

Die Eigenkapitalquote der BRAWAG GmbH stieg um 2 % auf 32,18 % in 2009 aufgrund der positiven Gewinnentwicklung sowie der Einbehaltung der Konzessionsabgabe.

Der Cashflow für die Jahre wird bestimmt durch das jeweilige Jahresergebnis, die Abschreibungen und die Veränderung der langfristigen Rückstellungen. In 2009 lag der Cashflow bei 6.213 T€. Das entspricht einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 6,81 %.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2009 waren bei der BRAWAG 47 Mitarbeiter beschäftigt, im Vorjahr waren es 50 Mitarbeiter.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Risiken sieht die Geschäftsführung insbesondere in den Absatz-, Instandhaltungs- und Entsorgungsrisiken sowie in Risiken aus zu geringer Auslastung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserverbrauchs.

Der Vertrag zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und dem Trink- und Abwasserzweckverband Freies Havelbruch wurde zum Mai 2010 gekündigt. Derzeit laufen Vertrags-

verhandlungen, diesen Vertrag über die Abnahme der in dem Gebiet des Zweckverbandes anfallenden Abwassers und dessen Reinigung in der Kläranlage Briest zu übernehmen. Des Weiteren hat die BRAWAG GmbH die Betriebsführung der Anlagen zur Schmutzwasserentsorgung im Ortsteil Gollwitz Anfang Januar 2010 von der AWEG übernommen.

In diesem Zusammenhang hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel beschlossen, auf die Kündigungsmöglichkeit des bestehenden Betreibervertrages zum 31.12.2018 zu verzichten. Damit verlängert sich der Betreibervertrag um weitere fünf Jahre bis zum 31.12.2023.

Der zwischen der BRAWAG und der Stadt Brandenburg an der Havel am 31. August 1995 abgeschlossene „Konzessionsvertrag für die Lieferung von Wasser“ endet am 30. Juni 2014. Die Stadt hat die Neuvergabe des Konzessionsvertrages ab 2014 öffentlich bekannt gemacht. Nachdem lediglich die BRAWAG ihr Interesse hieran fristgerecht bekundet hat, ist der Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages mit der BRAWAG für den Zeitraum von 2014 bis 2034 beabsichtigt.

Im Rahmen des Stadtumbaukonzeptes der Stadt Brandenburg a. d. H. entsteht am Hauptbahnhof der Neubau des Gesundheitszentrums. Die BRAWAG wird 2010 dafür in die Trink-, Schmutz- und Regenwassererschließung ca. 240 T€ investieren.

Als weitere Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der BRAWAG sind für 2010 die Sanierungen der Fassungsanlagen in Mahlenzien und des Mischwasserbeckens der Kläranlage Briest mit einem Eigenanteil von ca. 1,4 Mio € zu nennen. Hierfür werden Fördermittel bei der ILB beantragt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Zuführung 803 T€ aus Konzessionsabgabe 2008 gemäß Vertrag. Einstellung Rest vom Jahresabschluss 2008 177 T€ in die Gewinnrücklage.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Ausschüttung 1.800 T€ aus Jahresüberschuss 2009 an die StWB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betreiberentgelt seitens der Stadt Brandenburg an der Havel an die BRAWAG gemäß Betreibervertrag vom 12.01.1999 in Höhe von 13.534 T€ für das Jahr 2009.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	83.951	82.986	81.675
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	644	535	428
II. Sachanlagen	83.307	82.451	81.246
B. Umlaufvermögen	1.947	1.435	1.322
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.333	1.223	1.038
III. Kassenbestand, Guthaben	614	211	284
C. Rechnungsabgrenzungsposten	251	264	232
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	24.487	25.475	26.783
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	15.923	16.734	17.537
III. Gewinnrücklagen	26	26	202
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	92	92
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	1.892	1.977	2.305
B. Sonderposten	7.100	7.264	7.533
C. Rückstellungen	13.496	14.180	14.347
D. Verbindlichkeiten	40.978	37.680	34.483
E. Rechnungsabgrenzungsposten	88	85	83
Bilanzsumme	86.149	84.685	83.229

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	19.624	19.604	19.727
2. Aktivierte Eigenleistungen	55	3	1
3. Sonstige betriebliche Erträge	433	1.712	2.501
4. Materialaufwand	-4.650	-5.632	-7.268
5. Personalaufwand	-2.281	-2.122	-2.324
6. Abschreibungen	-3.862	-3.833	-3.752
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.930	-4.400	-4.146
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	37	31	23
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.817	-1.707	-1.403
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.609	3.656	3.359
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.689	-1.654	-1.080
12. Sonstige Steuern	-27	-25	-25
13. Jahresergebnis	1.892	1.977	2.254

III.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH

Geschäftsbereich

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

Firmensitz

Am Industriegelände 7
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/797 24 00
Fax: 03381/797 24 29

e-mail: info@bdl-brb.de
Internet: www.bdl-brb.de

Gründung

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB NR. 365P seit dem 10. August 1990 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	434.600,00 €
StWB (seit 01.06.2001)	100%

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB); oberstes Mutterunternehmen sind die Technischen Werke Brandenburg an der Havel GmbH.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Lars Büchner

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Ge-

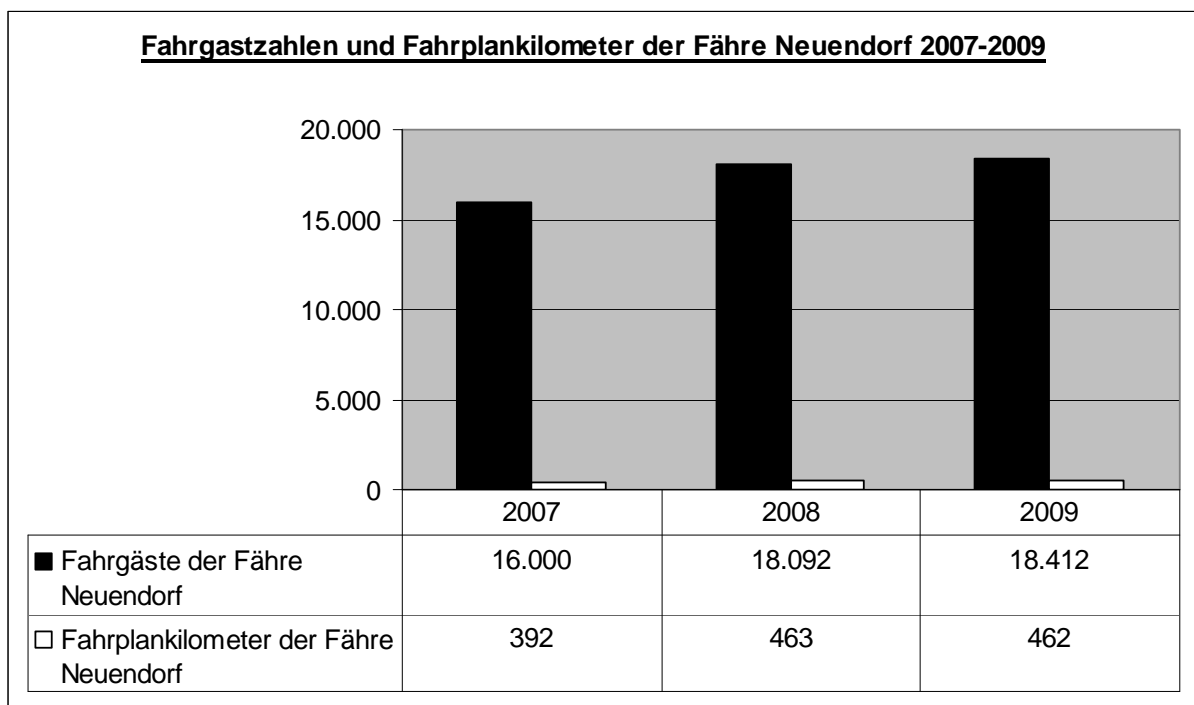
schäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2009 haben 2 Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

Gegenstand des Unternehmens

- Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- Übernahme von Werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- Betrieb und Wartung von Heizungs- und Sanitäreanlagen im eigenen Namen für Dritte
- Betreiber der Fähre Neuendorf



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	49%	40%	38%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	64%	72%	61%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	130%	179%	162%
Zinsaufwandquote	0,2%	0,2%	0,4%
Liquidität 3. Grades	140%	215%	160%
Cashflow	231 T€	251 T€	236 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	10%	12%	9%
Umsatz	2.331 T€	2.083 T€	1.961 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	116 T€	107 T€	71 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	65%	63%	64%
Anzahl der Mitarbeiter	58	52	47

Lagebericht der Gesellschaft

Der Schwerpunkt der Arbeit der Brandenburger Dienstleistungen GmbH im Geschäftsjahr 2009 wurde auf die wirtschaftliche Umsetzung der im Jahr 2008 abgeschlossenen langfristigen Verträge gesetzt. Sowohl die Optimierung der Arbeitsabläufe als auch die Analyse der Kosten in allen Bereichen stand auf der Tagesordnung.

Zum 01.01.2009 wurden alle Techniker in der Abteilung Technische Dienste zusammengefasst. Das Ziel, die Mitarbeiter besser auszulasten, wurde zum Einen durch diese Umstrukturierung und der sich daraus ergebenden größeren Auftragsmenge innerhalb dieser einen Abteilung und zum Anderen durch eine bessere Auftragsvorbereitung erreicht. Diese Neuaus-

richtung gab der BDL die Möglichkeit, weitere Dienstleistungen um den Zähler anzubieten.

Eine Herausforderung an das Unternehmen war die Umstellung der Verbrauchsabrechnung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH von rollierender Abrechnung auf Stichtagsabrechnung. Für die Ablesung mussten neue Abläufe definiert, vorbereitet und umgesetzt werden.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr gliederte sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in folgende Abteilungen:

- **Hauswirtschaft und Gebäudemanagement** mit den Arbeitsbereichen Glas- und Gebäudereinigung, Freiflächenpflege und Winterdienst, Bautechnische Dienstleistungen, Containerdienst, Graffiti-Entfernung und Betrieb der Fähre Neuendorf
- **Wasser- und Abwassertechnik** mit den Arbeitsbereichen Rohr- und Kanalreinigung und Wartung von Abwasserpumpwerken
- **Technische Dienste** mit den Arbeitsbereichen Postdienst, Zählerwesen (Plantausch, Ablesung, Lager, Inkasso) der Medien Strom, Gas und Wasser sowie Hauswartleistungen
- **Wärme- und Betriebskostenabrechnung** mit den Arbeitsbereichen Vermietung und Ablesung der Wohnungswasser- und Wärmezähler sowie Heizkostenverteiler und Erstellung der verbrauchsabhängigen Abrechnung

Der ausgewiesene Gewinn für das Geschäftsjahr 2009 wurde kontinuierlich über den gesamten Berichtszeitraum erwirtschaftet.

Der Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr wurde durch zusätzliche Aufträge in der Abteilung Wasser- und Abwassertechnik sowie durch die zum Teil zweifache Ablesung auf Grund der Stichtagsablesung erwirtschaftet.

Ertragslage

Die geplante Betriebsleistung in Höhe von 2.172 T€ konnte mit 308 T€ überschritten werden. Der Jahresüberschuss beträgt im Geschäftsjahr 116 T€. Das gegenüber dem Vorjahr um 9 T€ erhöhte Ergebnis konnte durch ein strenges Kostenmanagement, die Verbesserung der Arbeitseffektivität und durch die Optimierung von Arbeitsprozessen erzielt werden.

Vermögens- und Finanzlage

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (373 T€) konnten durch Mittelzuflüsse aus der Finanzierungstätigkeit (175 T€) und durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (231 T€) vollständig gedeckt werden.

Die Aufnahme eines Darlehens bei der Berliner Bank (200 T€) zur Finanzierung der Ersatzanschaffung eines Saug-Spül-Fahrzeuges war notwendig.

Die Liquidität betrug zum 31. Dezember 2009 244 T€, was eine Erhöhung zum Vorjahr zum Vorjahr um 33 T€ darstellt.

Die Vermögenslage per 31. Dezember 2009 ist durch die Erhöhung des Eigenkapitals von 654 T€ auf 770 T€ gekennzeichnet.

Das Eigenkapital beläuft sich auf 63,5 % der Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten und Rückstellungen sind sämtlichst kurzfristig (443 T€) und werden durch flüssige Mittel (244 T€) und kurzfristige Forderungen (376 T€) gedeckt. Eine Ausnahme bildet das Darlehen zur Finanzierung der Ersatzanschaffung des Saug-Spül-Fahrzeuges, welches mit einem Teilbetrag von 75 T€ im Jahr 2011 getilgt wird.

Auf der Basis der aktuellen Finanz-, Vermögens- und Ertragslage kann zur wirtschaftlichen Lage die Einschätzung getroffen werden, dass die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in ihrem Markt gut aufgestellt ist und somit gute Voraussetzungen dafür bestehen, dass die Gesellschaft ihre Finanz-, Vermögens- und Ertragsziele weiterhin erreichen kann. Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH wird ihre Position als ein erfolgreicher und kundenorientierter Dienstleister im Konzern der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH entsprechend der Planung weiter ausbauen.

Investitionen

Die Gesellschaft tätigte in 2009 Investitionen in Höhe von 373 T€. Schwerpunkte des Investitionsgeschehens waren:

- die Ersatzanschaffung eines Saug-Spül-Fahrzeuges (200 T€)
- der planmäßige Ersatz und die Neuanschaffung von Liegenschaften mit Meßeinrichtungen im Bereich Wärme- und Betriebskostenabrechnung (77 T€),
- der Ersatz von Fahrzeugen aus dem Fuhrpark des Unternehmens (79 T€)

Die Überschreitungen des Investitionsplanes resultieren aus der Notwendigkeit zusätzlicher Ersatzbeschaffungen im Kfz-Bereich (42 T€) und nicht geplanten Neuanschaffungen von Liegenschaften im Bereich Wärme- und Betriebskostenabrechnung (30 T€).

Personal

Die Mitarbeiteranzahl betrug per 31. Dezember 2009 insgesamt 63 Angestellte (inklusive des Geschäftsführers und einer Auszubildenden), über den Jahresdurchschnitt 58 Mitarbeiter (inklusive des Geschäftsführers und einer Auszubildenden). Zusätzlich wurden im monatlichen Mittel 26 Hilfskräfte beschäftigt. Bestandteil der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen mit den Mitarbeitern sind ein bestehender Hausmantel-Tarifvertrag und bestehende Betriebsvereinbarungen.

Allen Mitarbeitern wurde ein Modell für eine zusätzliche Altersversorgung auf der Basis der Pensionskasse vorgestellt, das von ca. 90 % der Mitarbeiter genutzt wird.

Risikobericht

Das Risikomanagement ist in der Brandenburger Dienstleistungen GmbH als fester Bestandteil in die Unternehmensführung und die Gestaltung der Geschäftsprozesse eingebunden. Es erfolgt eine fortlaufende Überwachung und Bewertung der wesentlichen Geschäftsrisiken. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen werden in einem angemessenen Berichtswesen der Gesellschafterin kommuniziert.

Aus dem Vertrag zur Übernahme des Geschäftsfeldes der Wärme- und Betriebskostenab-

rechnung besteht die Möglichkeit der Forderung einer Nachzahlung durch die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, die zu einen einmaligen Ergebnisrückgang im Jahr 2011 führen kann.

Besondere Risiken in Bezug auf Finanzinstrumente (Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) werden in der Gesellschaft nicht gesehen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2010 sollen die optimierten Arbeitsabläufe in den bestehenden Geschäftszweigen weiter gefestigt werden. Das Geschäftsergebnis soll durch die Einstellung des unwirtschaftlichen Postdienstes zum 01.02.2010 sowie durch die Akquisition rentabler kleiner Zusatzaufträge weiter verbessert werden.

Trotz zahlreicher Ersatzbeschaffungen ist der Fuhrpark der Brandenburger Dienstleistungen GmbH noch immer stark veraltet. Auch im Geschäftsjahr 2010 muss daher mit zusätzlichen Investitionen für Technik in der Abteilung Hausbetreuung und Gebäudemanagement gerechnet werden, da einige Fahrzeuge den Anforderungen der technischen Überprüfungen nicht mehr genügen.

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit steht weiterhin die Verbesserung der Kundenzufriedenheit. Das Unternehmen unterscheidet sich durch eine hervorragende Kundenorientierung vom Wettbewerb. Das Angebot komplexer technischer Dienstleistungen aus einer Hand soll in den kommenden Jahren ausgebaut werden.

Für die nächsten beiden Geschäftsjahre wird mit weiterhin positiven Jahresergebnissen gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Die Jahresüberschüsse der Jahre 2007 bis 2009 wurden auf neue Rechnung vorgetragen, im Geschäftsjahr 2007 erfolgte eine Gewinnausschüttung 2006 an die Gesellschafterin StWB in Höhe von 150 T€.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der BDL und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen vertraglich geregelte Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Preisen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	338	365	593
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	25	15	7
II. Sachanlagen	313	350	586
B. Umlaufvermögen	558	541	620
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	324	330	376
III. Kassenbestand, Guthaben	234	211	244
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	547	654	770
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435
II. Gewinnrücklagen	0	71	178
III. Gewinnvortrag	41	41	41
IV. Jahresüberschuss	71	107	116
B. Rückstellungen	70	103	127
C. Verbindlichkeiten	278	149	316
Bilanzsumme	896	906	1.213

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	1.961	2.083	2.331
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	92	90	148
4. Materialaufwand	-207	-254	-310
5. Personalaufwand	-1.261	-1.318	-1.516
6. Abschreibungen	-140	-135	-145
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-332	-293	-338
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8	-3	-5
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	106	169	166
11. Sonstige Steuern	-35	-61	-50
12. Jahresergebnis	71	107	116

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Margitta Scholz

- *Beirat*

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat.

Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2009 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2009	
Beiratsvorsitz	Herr Rohde (Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege)
weitere Mitglieder	Frau Dr. Tiemann (Oberbürgermeisterin Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Arndt (Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus Brandenburg an der Havel)
	Frau Schöbe (Amt für Jugend, Soziales und Wohnen Brandenburg an der Havel)
	Frau Köppe (Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel)
	Frau Scholz (Geschäftsführerin BAS GmbH)
	Herr Meier (Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Mischker (Handwerkerschaft Brandenburg/Belzig)
	Herr Dr. pol. Helmstädter (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
	Herr Baer (Deutscher Gewerkschaftsbund)
	Herr Raddatz (Bundesverband mittelständische Wirtschaft)
	Herr Krüger (Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH)
	Herr Karg (Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V.)
	Frau Hofmann (Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH)
	Frau Taege (Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind, zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

Die BAS leistet somit einen Beitrag zur:

- Förderung der Integration in den regulären Arbeitsmarkt
- Erhöhung der Kaufkraft
- Erhöhung des Steueraufkommens
- Sicherung von Arbeitsplätzen in Handwerk und Gewerbe
- Schaffung von Entlastungspotenzialen im kommunalen Haushalt
- Verbesserung des kommunalen Leistungsangebotes
- Stabilisierung und Integration von aus der Arbeitsgesellschaft Ausgegrenzten

Gegenstand des Unternehmens

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung, Beschäftigung mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelnen Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

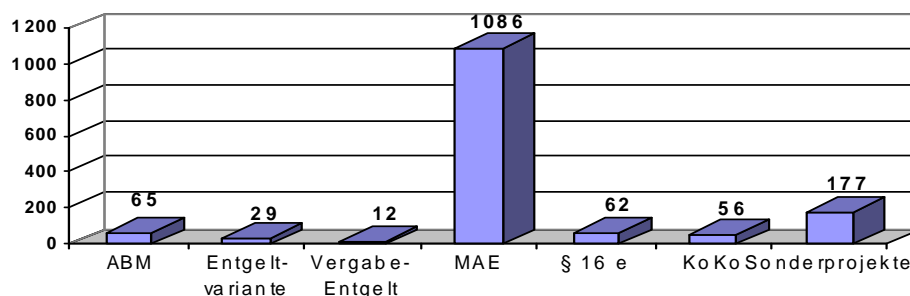
Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen Qualifizierung, mit der Arbeitsverwaltung, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

Arbeitslosigkeit in der Stadt Brandenburg an der Havel ¹

	Dez. 2002	Dez. 2003	Nov. 2004	Dez. 2005	Dez. 2006	Dez. 2007	Dez. 2008	Dez. 2009
Arbeitslosenquote	23,4 %	22,4 %	20,3 %	20,6 %	20,1 %	18,6 %	13,9 %	14,0 %
Arbeitslosenquote Frauen	22,6 %	21,7 %	19,8 %	19,4 %	19,8 %	17,8 %	13,6 %	12,7 %
davon:								
Jugendl. < 25 J.	11,5 %	9,8 %	10,4 %	15,9 %	13,4 %	10,8 %	10,6 %	10,9 %
älter als 55 Jahre	13,0 %	10,1 %	10,8 %	9,5 %	10,5 %	10,9 %	14,9 %	16,6 %
Langzeitarbeitslose	45,7 %	50,7 %	47,9 %	44,7 %	46,7 %	45,2 %	36,6 %	34,5 %

¹Quelle: Statistikstelle Stadt Brandenburg an der Havel, Statistische Berichte

Erreichte TeilnehmerInnen im Jahr 2009



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	15%	10%	12%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	2%	8%	9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	21%	101%	94%
Zinsaufwandquote	0,03%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	103%	112%	113%
Cashflow	-100 T€	62 T€	94 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-6,2%	Die BAS weist keinen Gewinn und FK Zinsen aus	Die BAS weist keinen Gewinn und FK Zinsen aus
Umsatz	4.048 T€	3.799 T€	2.644 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-154 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	85%	75%	74%
Anzahl der Mitarbeiter (Stammpersonal)	13	13	13

Lagebericht der Gesellschaft

Die Ausrichtung des Wirkens der BAS GmbH orientierte sich auch im Jahre 2009 weiterhin an den Leitlinien, Konzepten und Vorhaben der Stadt Brandenburg an der Havel.

Im Geschäftsjahr waren 1.487 Teilnehmer in 82 Beschäftigungsmaßnahmen tätig. Die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung waren mit 1.086 Teilnehmern das bedeutsamste Beschäftigungsfeld der BAS GmbH. Die erreichten Vermittlungsergebnisse werden unter den Bedingungen von Vermittlungseinschränkungen (gesundheitliche Einschränkungen, Resignation der Teilnehmer u. a.) als positiv angesehen. Insgesamt konnten 95 Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

Die BAS GmbH verbindet und verzahnt Beschäftigungsförderung mit kommunaler Wertschöpfung. Die Beschäftigungsmaßnahmen sind Unterstützungsleistungen für die Initiative „Saubere Stadt“ sowie Aktivitäten zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur (Gestaltung des Slawendorfes u. a.) und im Bereich Soziales.

Die BAS GmbH hatte im Geschäftsjahr 2009 mehr Zuschüsse zu verzeichnen als im Plan vorgesehen. Diese verursachten im Gegenzug allerdings auch Aufwendungen in entsprechender Höhe.

In 2009 wurde ein Betriebskostenzuschuss der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 192 T€ verbraucht. Durch die Kürzung des geplanten Zuschusses (Plan: 364 T€) entstand ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 154 T€, der durch die Entnahme aus der Gewinnrücklage kompensiert wird.

In 2009 wurde das neue Standortkonzept beschlossen.

Die Vermögens- und Kapitalstrukturkennzahlen gemäß § 61 Nr.2 KomHKV zeigen, dass es sich bei der BAS GmbH um eine typische Arbeitsförderungsgesellschaft handelt. Die Gesellschaft ist branchentypisch durch eine geringe Anlagenintensität (2009: 15%; 2008: 10%) und eine niedrige Eigenkapitalquote (2009: 2%; 2008 8%) gekennzeichnet.

Das Anlagevermögen ist branchentypisch aus Fördermitteln, Zuweisungen, Zuschüsse oder Zuwendungen Dritter finanziert. Dem Anlagevermögen (2009: 359,1 T€, 2008: 258,1 T€) steht in gleichlautender Höhe ein Sonderposten gegenüber.

Die Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV zeigen, dass die Gesellschaft infolge des Jahresfehlbetrages von 154 T€ einen negativen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von -100 T€ zu verzeichnen hatte.

Die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr war jederzeit gegeben. Eine Aufnahme von Krediten war nicht erforderlich.

Hinsichtlich der Kennzahlen zum Rentabilität und Geschäftserfolg gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV ist anzumerken, dass die BAS GmbH eine Gesellschaft ist, die hauptsächlich für Ihre Geschäftstätigkeiten rückzahlbare und nicht rückzahlbare Zuschüsse verschiedenster Fördermittelgeber erhält. Der im Berichtsjahr erzielte Jahresfehlbetrag von 154 T€ beruht vorrangig auf einer Kürzung des Betriebskostenzuschusses der Stadt Brandenburg an der Havel. Es wurde aufgrund des Jahresfehlbetrages eine negative Gesamtkapitalrentabilität von -6,23% erzielt. Der Jahresfehlbetrag wurde durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgeglichen.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit als Arbeitsfördergesellschaft ist der Geschäftsbetrieb durch eine hohe Anzahl an Mitarbeitern (2009: 220; 2008: 161) gekennzeichnet. Aufgrund dessen ist die Personaufwandsquote (2009: 85%, 2008: 75%) branchentypisch hoch.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die hohe Abhängigkeit von den politischen Entscheidungen und den damit in der Regel einhergehenden kurzfristigen Unwägbarkeiten der Finanzierung werden als größtes und bestandsgefährdendes Risiko betrachtet.

Die fortlaufende Änderung der Rahmenbedingungen in Verbindung mit Kürzungen der Fördermittel für die Realisierung von Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen birgt Risiken für die BAS GmbH hinsichtlich der Sicherstellung ausreichender Liquidität und Geschäftstätigkeit. Mit der Auflösung der Betriebsmittelrücklage wird dieses Risiko verstärkt.

Chancen

In der Zunahme Sozialversicherungspflichtiger öffentlich geförderter Beschäftigung in langfristige Förderdauer wird die Chance gesehen, die TeilnehmerInnen marktnäher zu qualifizieren und die Funktion der BAS GmbH als Arbeitgeber wieder zu stärken.

Neue Beschäftigungsprogramme wie zum Beispiel "Beschäftigungszuschuss nach § 16a SGB II" sowie das Bundesprogramm "Kommunal-Kombilohn" bieten der Gesellschaft Chancen, die Geschäftstätigkeit in dem bisherigen bzw. erweiterten Umfang ausführen zu können.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss (BKZ) Stadt 122 T€, Sonder- BKZ zur Durchführung Beschäftigungszuschuss+ Kommunalkombi 417 T€, ARGE 933 T€ (ca. 50% der Gesamterlöse der ARGE), 556 T€ Regionalbudget, 139 T€ Soziale Stadt, 45 T€ Bürgerhaus, 92 T€ Dienstleistungen für Stadt

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	278	258	359
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	10
II. Sachanlagen	276	257	349
B. Umlaufvermögen	1.989	2.311	2.066
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	603	726	548
II. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	1.386	1.585	1.518
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11	10	21
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	215	215	61
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	190	190	35
III. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	278	258	359
C. Rückstellungen	194	226	240
D. Verbindlichkeiten	1.592	1.880	1.786
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	2.279	2.579	2.446

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	2.644	3.799	4.048
2. Sonstige betriebliche Erträge	118	101	130
3. Materialaufwand		-145	-14
4. Personalaufwand	-1.985	-2.853	-3.395
5. Abschreibungen	-94	-62	-53
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-718	-865	-869
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	29	7
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-1
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	3	-147
10. Sonstige Steuern	-2	-3	-7
11. Jahresergebnis	0	0	-154

III.2.6 PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH

Geschäftsbereich

Verwertung und Verwaltung von Grundstücken

Firmensitz

Am Südtor 1 B

14774 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 – 80 43 550

Telefax: 03381 - 80 01 77

Internet: www.kirchmoeser-pek.de

Gründung

Die PEK (Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH) wurde im Jahre 1992 unter anderem Namen und mit anderem Gesellschaftszweck gegründet. Am 29. April 1993 hat die Gesellschafterversammlung die Änderung der Firma in „Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH“ und die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen.

Mit dem Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 30. Juni 2003 (UR-Nr. CS 130/2003 des Notars Christian Steinke, Berlin) hat die Stadt Brandenburg an der Havel den einzigen Geschäftsanteil an der PEK GmbH mit Wirkung zum 01. Januar 2003 erworben.

Die PEK GmbH ist im Handelsregister (HRB 6777) beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600,00 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Mit dem Geschäftsanteilskauf durch die Stadt Brandenburg an der Havel (UR-Nr. CS 130/2003 des Notars Christian Steinke, Berlin) vom 30. Juni 2003 wurde die Satzung neu gefasst. Es gilt nunmehr der Gesellschaftsvertrag vom 11. Juli 2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Unternehmen ist mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel-Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	1%	2%	2%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	14%	8%	12%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	1571%	538%	626%
Zinsaufwandquote	0,2%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	115%	107%	112%
Cashflow	-18 T€	-136 T€	-305 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	-7%	0%
Umsatz	188 T€	194 T€	232 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	23 T€	-43 T€	-2 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	131%	160%	123%
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat auch im Jahre 2009 ihre Arbeit im Rahmen des Gesellschaftsvertrages fortgesetzt. Die Gesellschaft ist Dienstleister des 100 % Eigentümers Stadt Brandenburg an der Havel im Ortsteil Kirchmöser und hat im Rahmen des bestehenden Verwaltervertrages auch im Jahre 2009 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha zzgl. ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen.

Die Gesellschaft finanziert sich weiterhin fast ausschließlich aus der im vorgenannten Verwaltervertrag festgelegten Verwaltervergütung, die nach der vorhandenen Leistungsbeschreibung auch für das Jahr 2009 auf Grund der eingetretenen Veränderung des Verwaltungsobjektes neu festzulegen war. Hier machten sich wiederum leicht sinkende Einnahmen aus der Verwaltervergütung aufgrund von Grundstücksveräußerungen bemerkbar.

Zur Kostensenkung bei Kleinstreparaturen und gärtnerischen Maßnahmen konnte durch Gesellschafterbeschluss erreicht werden, dass seit September 2007 ein Hausmeister auf 400 € Basis bei der Gesellschaft beschäftigt ist.

Ferner führte die Gesellschaft für die Gesellschafterin die Fördermaßnahme „Regionalmanagement der Stadt Brandenburg für das bahnaffine Gewerbe“ mit zwei Personen gegen Erstattung aller Kosten in 2009 fort.

Entsprechend der Kerngeschäftsfelder der Gesellschaft, die Verwaltung, Vermietung von Büro- und Produktionsflächen, Garagen und Gartenpachtverträge die Sicherung der Liegenschaften und die Unterstützung der Stadt Brandenburg an der Havel bei der Vermarktung des vom Bundeseisenbahnvermögens übernommenen Areals sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte war im Geschäftsjahr 2009 wesentlicher Aufgabenbereich. Hauptaufgabe war die Optimierung des Areals und einzelner Gebäude.

Schwerpunkt in 2009 war die hohe Verkaufstätigkeit und die damit verbundenen Unterstützungshandlungen der Gesellschaft, die fortschreitende Revitalisierung der Gewerbe- und Industriegebiete Kirchmöser Nord und Süd (GI) im Zusammenhang mit der Neuerschließung aller Medien. Hier ist die Gesellschaft auf Grund des verwalteten Immobilienbesitzes und die ebenfalls damit einhergehende Neuansbindung der verwalteten Objekte sehr stark eingebunden.

Zur Teilherrichtung der verwalteten noch nicht sanierten Objekte, insbesondere Fassade, Dach u. ä. nach denkmalrechtlichen Vorschriften erforderliche Maßnahmen sowie die immer noch notwendige Beräumung/Rückbau des Areals und die pflegerische Instandhaltung wurde in 2009 fortgesetzt. Hierbei wurde eine Vergabe-Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit der örtlichen ARGE/Agentur für Arbeit zur Beräumung/Rückbau größerer Vermarktungsflächen genutzt.

Die Sicherung von Miet- und Pachteinnahmen der verwalteten Objekte und das strikte Forderungsmanagement wurden konsequent umgesetzt. Wesentliche offene Forderung zum Ende des Geschäftsjahres 2009 bestanden nicht. Freigezogene Mietobjekte konnten relativ kurzfristig wieder vermietet werden.

Mit den abgeschlossenen Infrastrukturmaßnahmen im GI-Nord sowie den Infrastrukturmaßnahmen im GI-Süd und den anhaltenden guten Vermarktungserfolgen wird sich auch im Jahre 2010 der flächenmäßige Umfang des Verwaltungsareals weiter reduzieren. Es wird ein ausgeglichenes Ergebnis im Geschäftsjahr 2010 angestrebt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Verwaltung der noch nicht veräußerten Immobilienbestände der Stadt Brandenburg an der Havel sollen zum Jahresende 2010 dem zentralen Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel zugeordnet werden. Damit fällt die wesentliche Geschäftsgrundlage der Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH zum Jahresende 2010 weg.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und der PEK besteht seit dem 2. September 2003 ein Verwaltervertrag. Die PEK verwaltet, bewirtschaftet und verwertet die in Anlage 1 des Verwaltervertrages aufgeführten Grundstücke und Gebäude, die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen erworben hat. Der Verwaltervertrag wurde zum 31.12.2010 gekündigt. Alle Mietzahlungen aus den zu verwaltenden Objekten sowie die für diese Objekte anfallenden Aufwendungen werden über die Bankkonten der PEK GmbH abgewickelt. Die PEK hat ihren Sitz in von der Stadt Brandenburg an der Havel angemieteten Räumen. Der Mietvertrag vom 01.07.2003 wurde zum 31.12.2010 gekündigt. Ab 01.04.2004 wurde der PEK GmbH der Bereich Regionalmanagement zugeordnet. Es handelt sich um einen zu 100 % geförderten Bereich (80 %ige Förderung durch die ILB InvestitionsBank des Landes Brandenburg; 20 %ige Förderung durch die Stadt Brandenburg an der Havel)

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	15	9	5
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	0
II. Sachanlagen	11	8	5
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	729	572	524
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	97	76	47
III. Kassenbestand, Guthaben	632	495	477
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	92	49	72
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Andere Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinn-, Verlustvortrag	68	66	23
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2	-43	23
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	6	6	5
D. Verbindlichkeiten	647	527	452
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	745	582	529

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	232	194	188
2. Sonstige betriebliche Erträge	300	285	199
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-285	-309	-247
5. Abschreibungen	-8	-6	-5
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-243	-205	-111
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4	-42	25
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	2	-1	-1
11. Sonstige Steuern	-1	-1	-1
12. Jahresergebnis	-2	-43	23

III.3

Beteiligungsgesellschaften

III.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Telefax: 03381 - 38 10 02

e-mail: info@tgz-brb.de

Internet: www.tgz-brb.de

Gründung

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam. Die letzte Eintragung ist datiert mit dem 13. November 2006.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 51.129,19 €

Beteiligungsverhältnisse 2009	€	%
Stadt Brandenburg an der Havel	26.587,18	52
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	5.112,92	10
RFT radio-television Brandenburg GmbH	5.112,92	10
Fachhochschule Brandenburg	4.601,63	9
Manfred Villmann	2.556,46	5
REMONDIS Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Ost	1.533,88	3
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
Börner Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH	511,29	1
PERKERS SRS GmbH	511,29	1
HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG	511,29	1
Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH	511,29	1
Hoch- und Ingenieurbau GmbH Brandenburg	511,29	1
Honeywell GmbH	511,29	1
Ingenieurbüro Helgo Friedrichs	511,29	1
Gewerbeverein Brandenburg e.V.	511,29	1

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Die derzeit aktuelle Fassung des Gesellschaftsvertrages ist datiert vom 12.08.1997. Die letzte Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 27. Januar 2010.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Im Jahr 2009 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Im Berichtszeitraum fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Beiratsmitglieder 2009	
Beiratsvorsitzende	Frau Diana Deinert (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Frau Anne Slonina (Creditreform Brandenburg)
	Frau Yvonne Moebius (Referat 20, Ministerium für Wirtschaft)
	Herr Peter Effenberger (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg)
	Herr Wilfried Meier (IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Ingo Borkenhagen (Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
	Frau Sandra Stahl (Agentur für Arbeit Brandenburg)
	Frau Petra Kaulisch (call & surf factory, Dienstleistungszentrum für Telemedien GmbH)
	Herr Uwe Rudolphi (IAT Rudolphi & Rau GmbH)
	Herr Ralf Koppe (Insolvenzverwalter)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung.

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistung u.a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) bearbeiten und Firmen, die einen Beitrag zur Entwicklungshilfe im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Be-

triebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern sowie erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	16%	17%	9%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	13%	16%	16%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	106%	196%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,1%
Liquidität 3. Grades	104%	112%	108%
Cashflow	87 T€	9 T€	99 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	423 T€	411 T€	451 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	34%	27%	24%
Anzahl der Mitarbeiter	5	4	4

Lagebericht der Gesellschaft

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ GmbH) konnte im Jahr 2009 zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur einen wesentlichen Beitrag durch Ansiedlung weiterer Firmen im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) leisten. Entsprechend des Gegenstandes des Unternehmens legte das TGZ seinen Schwerpunkt auf die Unterstützung von technologieorientierten Unternehmen und Existenzgründern und suchte u. a. weiterhin die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Brandenburg. Insbesondere durch die Vermietung an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum sowie durch die Erleichterung von Ansiedlungen von bereits bestehenden Unternehmen konnte die Aufgabe des Unternehmens umgesetzt werden.

Insgesamt sind im TGZ 42 Firmen angesiedelt, davon sind 19 Firmen im technologieorientierten Bereich tätig. Im TGZ arbeiten ca. 220 Menschen. Die Auslastung der vermietbaren Flächen betrug im Jahr 2009 durchschnittlich 64 %, davon 18 Unternehmen als Existenzgründer. An die Stadt Brandenburg an der Havel wurden an das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus 306 m² vermietet und an das Schulamt 501 m².

Investitionen werden in Höhe der geplanten Umbaumaßnahmen für neue Mieter und für Betriebsausstattungen umgesetzt.

Seit dem 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Jahr 2009 wurden sechs Assessment-Center durchgeführt, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens und die Gründerpersönlichkeit der Gründungswilligen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden und für die Phase nach der Gründung Berater beiseite gestellt werden.

Insgesamt haben 31 Frauen und Männer zwischen März 2009 und Dezember 2009 an den sechs Tragfähigkeitsuntersuchungen ihrer Geschäftsidee im TGZ teilgenommen. Bereits ein Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihr Unternehmen bis Dezember 2009 gegründet.

Mit zielgerichteten Veranstaltungen hat das TGZ das Thema Existenzgründung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Das TGZ führte im März 2009 zum ersten Mal den Infotag Wiedereinstieg durch, der durch das Bundesfamilienministerium gefördert wird. Das TGZ ist Partner der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das Programm „Gründercoaching Deutschland“.

Die im Jahr 2009 durchgeführten imagebildenden Maßnahmen vor allem im Bereich Existenzgründung und Selbständigkeit führten zu einem ansteigenden Bekanntheitsgrad des TGZ. Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren fortgeführt.

Auf Grund der Übernahme der Trägerschaft des Lotsendienstes erfolgt vom Fördermittelgeber eine Förderung für Existenzgründer. Die Durchführung des Projektes verhält sich kostenneutral. Mehrausgaben für Sachkosten werden durch die Vermietung von Konferenz- und Beratungsräume an die Berater gedeckt.

In der TGZ GmbH waren fünf Mitarbeiter sowie ein Prokurist ehrenamtlich und ein Geschäftsführer ehrenamtlich im Jahr 2009 tätig. Für das Jahr 2010 ist vorgesehen, zwei weitere Mitarbeiter für das Projekt „Regionalbudget“ einzustellen. Die Trägerschaft über das Pro-

jekt beginnt am 01.03.2010. Das Projekt verhält sich ebenfalls kostenneutral und ist als Ergänzung des v. g. Projektes „Lotsendienst“ (gemeinsamer „Gründungspunkt“ im TGZ) zu sehen.

Die Gesellschafteranteile haben sich im Berichtsjahr geändert. Die Stadt Brandenburg an der Havel ist mit 52 % Hauptgesellschafter, 14 weitere Unternehmen sind an der TGZ GmbH beteiligt. Auf der Grundlage des bestehenden Betreibervertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel erhält die TGZ GmbH jährlich Zuwendungen; wirtschaftliche Risiken bestehen daher nicht.

Das Geschäftsergebnis beträgt 0,00 €, da nicht verbrauchte Zuwendungen von der Stadt Brandenburg an der Havel zurückgefordert werden.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die TGZ GmbH weist für das Geschäftsjahr 2009 ein Jahresergebnis von T€ 0 aus, welches sich wie folgt errechnet:

	T€
Betriebsleistung	628
Betriebsaufwendungen	649
Betriebsergebnis	-21
Finanzergebnis	2
Periodenfremdes Ergebnis	19
Jahresergebnis	0

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. 12.2009 insgesamt 399 T€. Davon entfällt auf das Anlagevermögen 62 T€. Das Anlagevermögen wird in vollem Umfang durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt.

Das Umlaufvermögen von 337 T€ besteht mit 307 T€ im Wesentlichen aus liquiden Mitteln und deckt in vollem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse am 31.12.2009 71 T€. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 17,9%. Das Fremdkapital beträgt 327 T€ und betrifft überwiegend kurzfristig fällige Verbindlichkeiten.

Der Finanzmittelfonds beträgt am 31. 12. 2009 307 T€ und hat sich wie folgt entwickelt:

	T€
Stand am 1.1.2009	<u>242</u>
Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	87
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit	-22
Zahlungswirksame Veränderung	<u>65</u>
Stand am 31.12.2009	<u>307</u>

Der Cashflow der TGZ GmbH hat sich positiv entwickelt.

Risikobericht

Bestandsgefährdende oder die Entwicklung beeinträchtigende Risiken waren 2009 nicht zu verzeichnen. Zu beachten ist, dass die TGZ GmbH aus dem laufenden Geschäft heraus keine größeren Investitionen in den Erhalt und die Modernisierung des Gebäudes und seiner Infrastruktur erwirtschaften kann. Hierzu sind regelmäßig Investitionszuschüsse zu beantragen. Das Ergebnis wird zukünftig in den nächsten Jahren dadurch beeinflusst, ob die Auslastung der vermieteten Flächen gesteigert werden kann.

Die Chancen der TGZ GmbH werden darin gesehen, dass Projekte zur Förderung von Existenzgründungen durchgeführt werden und dadurch der Bekanntheitsgrad gesteigert wird und sich neue Mieter für das TGZ Brandenburg finden lassen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die künftige Entwicklung der TGZ GmbH hängt unverändert von der Auslastung der vermieteten Flächen ab. Im Jahr 2010 wird ein weiterer Teil der Flächen an die Stadt Brandenburg an der Havel vermietet. Die verbleibenden Flächen reichen aus, um die Vermietung von Flächen an Existenzgründer weiter auszuüben.

Die notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen sind in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt; die Fortführung der Geschäftstätigkeit ist nachhaltig sichergestellt.

Für die Zukunftsfähigkeit der TGZ GmbH wird parallel zum Projekt „Lotsendienst“ das Fördermittelprojekt „Regionalbudget“ im Jahr 2010 starten. Dieses Projekt dient der weiteren Existenzgründerförderung und über die Projektstätigkeit sollen zukünftige Existenzgründer als Mieter gewonnen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Der zwischen der TGZ GmbH und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehende Betreibervertrag wurde am 28.05.2004 bis zum 31. Dezember 2013 verlängert. Die TGZ GmbH erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel notwendige Zuschüsse im Sinne einer wirtschaftsfördernden Maßnahmen in Höhe von 140.000 € p. a.. Nicht verbrauchte Zuschüsse wurden in die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter eingestellt, gegebenenfalls werden sie zweckgebunden für Investitionen, insbesondere im Rahmen der Neuvermietung für die KFZ-Zulassungsstelle verwendet. Außerdem besteht zwischen der Stadt und dem TGZ ein Mietvertrag. Die TGZ GmbH zahlte Mieten für das Gebäude und die Stellflächen im Geschäftsjahr 2009 131.291,62 €, im Geschäftsjahr 2008 127.562,73 € und im Jahr 2007 139.924,28 €. Zwischen der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und der TGZ GmbH besteht seit September 2001 eine Dienstleistungsvereinbarung. Im Rahmen dieser Vereinbarung erstellt die TWB die Wirtschaftspläne und die Quartalsberichte für das TGZ.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	29	54	62
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	1
II. Sachanlagen	29	54	61
B. Umlaufvermögen	288	263	329
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21	22	22
II. Kassenbestand, Guthaben	268	241	307
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	3	7
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	51	51	51
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten für Investitionszuschuss	10	27	20
C. Rückstellungen	45	42	63
D. Verbindlichkeiten	213	198	262
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	2
Bilanzsumme	321	320	398

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	451	411	423
2. Sonstige betriebliche Erträge	55	145	225
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-109	-110	142
5. Abschreibungen	-9	-10	13
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-395	-442	495
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	5	7	2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
10. Sonstige Steuern	0	0	0
11. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

Geschäftsbereich

Abfallentsorgung

Firmensitz

Pernitzer Str 19 a
14797 Kloster Lehnin/ OT Prützke
Tel.: 033835/ 47 00
Fax: 033835/ 47 025

E-Mail: info@mebra-mbh.de
Internet: www.mebra-mbh.de

Gründung

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu	51%	die Stadt Brandenburg an der Havel
zu	48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG
zu	1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark

Unterbeteiligungen

Die MEBRA ist zu 100 % an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €

Gesellschaftsvertrag

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile.

Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Ost 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Heike Friedrichs

- *Gesellschafterversammlung*

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2009:	
<u>Name</u>	<u>für</u>
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Ulrich Haake	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Bernd Fleschenberg	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Landrat Wolfgang Blasig	Landkreis Potsdam-Mittelmark

- *Beirat*

Im Berichtsjahr haben drei Beiratssitzungen stattgefunden.

Beiratsmitglieder 2009	
Beiratsvorsitz	Herr Detlef Reckow
Stellvertreter	Herr Ulrich Haake
weitere Mitglieder	Herr Steffen Kissinger
	Herr Ralf Holzschuher
	Herr Erhard Breisch
	Herr Norbert Gehricke

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wieder gewonnenen Stoffe tätig.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallentsorgungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Einsatzgebiet erstreckt sich in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie in Bereichen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Weiterhin wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und den ehemaligen Altkreis Brandenburg-Land des jetzigen Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	63%	59%	52%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	50%	46%	48%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	106%	112%	131%
Zinsaufwandquote	1,0%	1,0%	1,0%
Liquidität 3. Grades	154%	174%	206%
Cashflow	545 T€	-1.107 T€	1.590 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	-13%	9%
Umsatz	8.345 T€	9.057 T€	10.027 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	167 T€	-837 T€	638 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	30%	31%	33%
Anzahl der Mitarbeiter	94	132	112

Lagebericht der GesellschaftErtragslage:

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 167 T€ (Vorjahr: -837 T€) aus.

Die im Berichtsjahr erzielten Umsätze in Höhe von 8.345 T€ sind gegenüber dem Vorjahr um 712 T€ gesunken. Hauptursache dafür sind deutlich verringerte Erlöse im Recyclingbereich.

Die Kosten für den Materialaufwand sanken proportional zu den Umsätzen auf 2.606 T€ (Vorjahr: 2.760 T€).

Der Rohertrag betrug 5.743 T€ (Vorjahr: 6.290 T€).

Die Abschreibungen in Höhe von 430 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (496 T€) plangemäß gesunken.

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH übernahm die Gesellschaft im Jahr 2009 einen Verlust in Höhe von 1.080 T€ (Vorjahr: 2.085 T€).

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr gesunken und betragen 2.519 T€ (Vorjahr: 2.791 T€). Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 94 (Vorjahr: 132) Arbeitnehmer beschäftigt; davon 53 gewerbliche Mitarbeiter, 8 Angestellte, 28 geringfügig Beschäftigte als Aushilfen in der Sortieranlage und 4 Auszubildende.

Finanzlage:

Im Berichtsjahr ergab sich ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 647 T€. Der Finanzmittelfonds am Ende der Berichtsperiode beträgt 744 T€. Die Gesellschaft verfügt gemeinsam mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH über einen Cashpool.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Erlöse aus Anlagenabgängen lag bei 559 T€. Im Berichtsjahr tätigte die Gesellschaft Investitionen in den Fuhrpark in Höhe von 439 T€ sowie Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 158 T€.

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit betrug 223 T€. Er resultiert aus der planmäßigen Tilgung von Bankdarlehen.

Vermögenslage:

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist im Jahr 2009 auf 5.865 T€ (Vorjahr: 5.975 T€) leicht gesunken.

Das Bankguthaben verringerte sich um 134 T€ auf 744 T€.

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss in Höhe von 167 T€. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich somit eine Eigenkapitalquote von 55 % (Vorjahr: 52 %).

Die Verbindlichkeiten sanken im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr auf 1.995 T€, wobei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch planmäßige Tilgung der Darlehen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sanken, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen durch die Investitionen stiegen und sich die sonstigen Verbindlichkeiten leicht verringerten.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungsbezogenes internes Kontrollsystem.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Gegenüber dem Hauptgesellschafter erfolgt zusätzlich eine Quartalsberichterstattung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird

die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaften überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Für das Jahr 2010 gibt es wesentliche Änderungen im Bereich der Sortierung für den Grünen Punkt. Die Verträge wurden 2009 neu ausgeschrieben und werden durch die Gesellschaft nicht mehr als Subunternehmerleistung erbracht.

Für 2010 sind Investitionen zur Substanzerhaltung sowie für den Ersatz von Mietfahrzeugen in Höhe von 140 T€ vorgesehen.

Die konservative Mittelplanung sieht für 2010 und 2011 niedrigere Erlöse vor. Davon abgeleitet rechnet die Gesellschaft mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, das leicht unter dem des Vorjahres liegt.

Hinweis der Beteiligungsverwaltung:

Der Abfallentsorgungsvertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 032/2011 des Hauptausschusses vom 14. Februar 2011 durch die Stadt Brandenburg an der Havel am 28. Februar 2011 mit Wirkung zum 28. Februar 2014 gekündigt. Es ist vorgesehen, den Abfallentsorgungsvertrag neu auszuschreiben.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich in Höhe von 1.080 T€ durch Ergebnis- abführungsvertrag mit der RPB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Bürgschaft in Höhe von 2.800 T€ für Darlehen der DKB für die RPB GmbH.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	3.856	3.526	3.681
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	2.734	2.405	2.560
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121
B. Umlaufvermögen	3.606	2.435	2.172
I. Vorräte	160	128	156
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.313	1.430	1.272
III. Kassenbestand, Guthaben	133	877	744
C. Rechnungsabgrenzungsposten	12	12	12
Passivseite			
A. Eigenkapital	3.614	2.777	2.943
I. Gezeichnetes Kapital	30	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.030	1.030	1.030
III. Gewinn-, Verlustvortrag	1.916	2.553	1.717
IV. Jahresüberschuss	638	-836	167
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	672	611	550
C. Rückstellungen	1.044	2.772	225
D. Verbindlichkeiten	2.018	2.177	1.995
E. Rechnungsabgrenzungsposten	126	133	151
Bilanzsumme	7.473	8.470	5.865

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	10.027	9.057	8.345
2. Bestandsänderung	0	-7	4
3. Sonstige betriebliche Erträge	757	406	277
4. Materialaufwand	-2.378	-2.760	-2.606
5. Personalaufwand	-3.260	-2.791	-2.519
6. Abschreibungen	-571	-496	-430
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.227	-2.185	-1.822
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	125	148	91
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-1.426	-2.085	-1.080
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-88	-84	-64
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	960	-797	196
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-286	-5	2
14. Sonstige Steuern	-37	-35	-32
15. Jahresergebnis	638	-837	167

III.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Abfallbehandlung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 37 00
Fax: 03381/32 37 11
e-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

Gründung

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.
Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführer*

Heike Friedrichs (Geschäftsführerin der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen. Im Berichtsjahr fanden drei Beiratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Grundlage des Geschäftsbetriebes ist die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, nach der in erster Linie Abfälle zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und erst als letzte Möglichkeit Abfälle zu beseitigen sind. Ziel ist die Einsparung von Primärenergie.

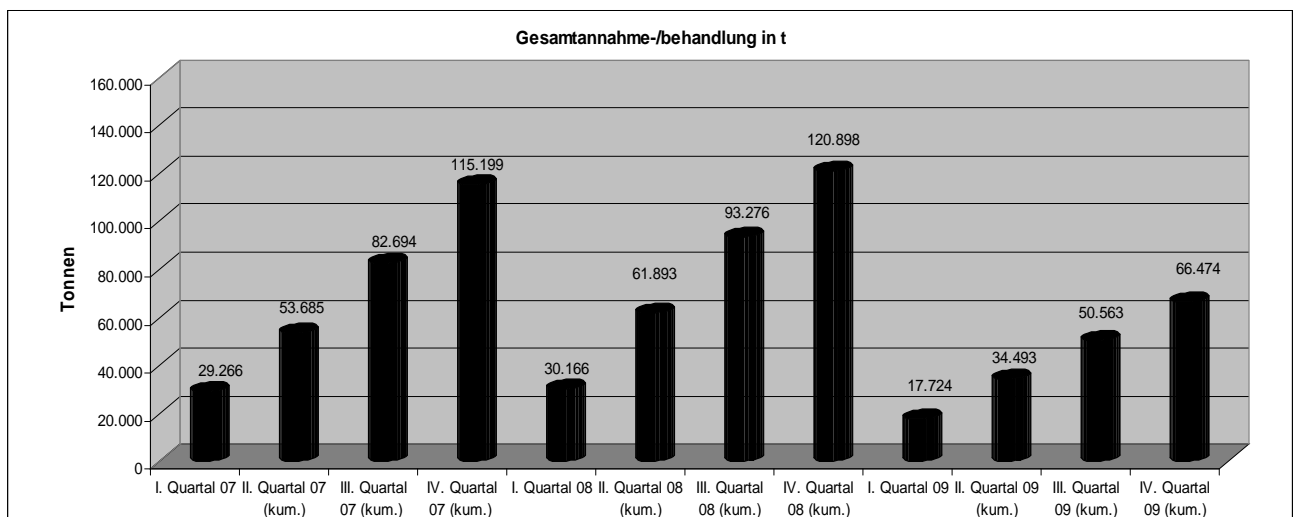
Die RPB GmbH ist Entsorgungsfachbetrieb. Der Hauptzweck des Unternehmens ist die seit dem 01.06.2005 gesetzlich vorgeschriebene Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen.

Ziel der TASi war der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06. 2005 in Kraft getretene Deponierungsverbot für unbehandelte Abfälle.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	91%	78%	80%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	17%	13%	8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	69%	85%	68%
Zinsaufwandquote	4%	3%	4%
Liquidität 3. Grades	41%	114%	64%
Cashflow	526 T€	3.429 T€*	926 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	3%	2%
Umsatz	6.126 T€	11.484 T€	10.542 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	12%	7%	7%
Anzahl der Mitarbeiter	19	24	23

* Durch die Sonderabschreibung in Höhe von 2.384 T€ ergibt sich ein erhöhter Chashflow in 2008.

Lagebericht der Gesellschaft

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Der Recyclingpark Brandenburg an der Havel behandelt Siedlungs- bzw. Gewerbeabfälle zur weiteren thermischen Verwertung.

Im Berichtsjahr ergab sich ein Jahresumsatz von 6.126 T€ (Vorjahr 11.484 T€). Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Aufbereitung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen. Der Reduzierung der Umsatzerlöse auf 4.275 T€ (Vorjahr 6.967 T€) ergab sich aus geringeren Annahmemengen.

Die Personalaufwandsquote betrug 12 %. Im Geschäftsjahr 2009 waren 19 (Vorjahr 24) Arbeitnehmer beschäftigt, davon 1 Angestellte, 14 gewerbliche Arbeitnehmer, 4 Aushilfen.

Die Abschreibungen betrugen 561 T€ und lagen somit um T€ 3.086 unter dem Vorjahreswert. Die hohen Abschreibungen resultierten im Vorjahr aus einer außerplanmäßigen Teilwertabschreibung auf technische Anlagen und Maschinen in Höhe von 2.384 T€. Die Anlagenintensität beträgt 91 %.

Der Jahresfehlbetrag 2009 in Höhe von 1.080 T€ wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ausgeglichen.

Der Cashflow beträgt 526 T€. Die Gesellschaft wird über einen Cash-Pool mit der Muttergesellschaft finanziert.

Die Zinsaufwandsquote liegt bei 4 % und die Eigenkapitalquote beträgt 17 %.

Im Berichtsjahr erfolgten Investitionen in Höhe von 9 T€ (2008: 5 T€).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das ab dem 1. Juni 2005 geltende Ablagerungsverbot unbehandelter Abfälle (TASi) hat in Deutschland kurzfristig und zumeist lokal begrenzt zu Unterkapazitäten im Bereich der thermischen Abfallverwertung und der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung mit einhergehenden Preisanstiegen geführt. Zusätzliche Abfallverbrennungskapazitäten und die Erweiterung von thermischen Verwertungsanlagen führen in den kommenden ein bis zwei Jahren zu deutlichen Überkapazitäten mit entsprechendem Preisdruck.

Ende 2007 haben bereits die Verwertungspreise für mittel- und langfristig freie Kontingente in Müllverbrennungsanlagen und zur Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) nachgegeben.

Die bestehenden Verträge mit den kommunalen Auftraggebern sicherten im Geschäftsjahr eine stabile Grundauslastung der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.

Im Frühjahr 2009 verabschiedeten die Gesellschafter ein verändertes Behandlungskonzept, um sich den veränderten Marktbedingungen anzupassen. Die Abstimmung der Outputströme ist vertraglich gesichert.

Aufgrund der angespannten Wirtschaftslage und der damit veränderten Bedingungen im Input sowie im Output wurde das Behandlungskonzept überarbeitet, um die negativen Auswirkungen zu minimieren. Insgesamt wird sichergestellt, dass die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH in vollem Umfang seinen vertraglichen Verpflichtungen gerecht wird.

Die konservative Mittelfristplanung sieht für 2010 einen Jahresfehlbetrag von ca. T€ 330 vor.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich durch die MEBRA GmbH in Höhe von 1.080 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	9.762	6.113	5.554
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	1	1
II. Sachanlagen	9.758	6.112	5.553
B. Umlaufvermögen	2.480	1.715	542
I. Vorräte	335	325	13
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.144	1.390	528
III. Kassenbestand, Guthaben	1	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	12.242	7.828	6.096
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag	17	17	17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.758	1.114	958
C. Rückstellungen	625	408	373
D. Verbindlichkeiten	8.450	5.121	3.738
E. Rechnungsabgrenzungsposten	392	168	9
Bilanzsumme	12.242	7.828	6.096

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse, Bestandsänderung, Akt. Eigenleistung	10.542	11.484	6.126
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	77	-67	-10
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.369	909	364
4. Personalaufwand	-783	-811	-743
5. Materialaufwand	-8.212	-7.860	-4.595
6. Abschreibungen	-1.255	-3.647	-561
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.690	-1.749	-1.358
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	53	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-408	-337	-243
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.359	-2.024	-1.019
11. Sonstige Steuern	-67	-61	-61
12. Erträge aus Verlustübername	-1.426	-2.085	-1.080
13. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Verkehr

Firmensitz

Hardenbergplatz 2

10623 Berlin

Tel.: 030/25 41 40

Fax: 030/25 41 41 12

e-mail: info@vbbonline.de

Internet: www.vbbonline.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der SVV am 18.12.1997 getroffen. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals, das insgesamt 324 T€ beträgt, halten und jeweils 4 Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.



Gesellschafter:	Anteil am Stammkapital	Stamm-einlage
Land Berlin	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spree wald	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspree wald-Lausitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Rupp in	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark	1,85%	6.000 €

324.000 €

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen. Es existieren damit auch keine Tochtergesellschaften.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

Gesellschaftsanteile

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40 % auf das Land Berlin
- 40 % auf das Land Brandenburg
- in Summe 20 % auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Werner Franz

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2009 fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder, Zweckverbände höchstens die Zahl, die der Zahl ihrer Verbandsmitglieder entspricht, und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Im Geschäftsjahr 2009 fanden drei ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2009:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2009	
<u>Name</u>	<u>Funktion</u>
Frau Maria Krautzberger	Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Aufsichtsratsvorsitzende
Herr Peer Giesecke	Landrat im Landkreis Teltow-Fläming 1. stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Herr Rainer Bretschneider (bis 06.11.2009)	Staatssekretär Infrastrukturministerium Land Brandenburg 2. stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Herr Carsten Bockhardt	Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Herr Titus Faustmann	Beigeordneter im Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Herr Günter Friedrich (bis 03.08.2009)	Wirtschaftsdezernent im Landkreis Spree-Neiße
Herr Albrecht Gerber	Staatskanzlei Brandenburg
Herr Christian Gilde	Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Peter Edelmann (ab 01.01.2009)	Beigeordneter Stadt Frankfurt/Oder
Herr Hans-Jürgen Hohnen (bis 06.11.2009)	Staatssekretär Innenministerium Brandenburg
Herr Joachim Künzel	Referatsleiter der Senatskanzlei Berlin
Herr Stephan Loge	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald
Herr Holger Lossin	1. Beigeordneter im Landkreis Prignitz
Herr Hans-Werner Michael	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Klaus Richter	Landrat im Landkreis Elbe-Elster
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Gernot Schmidt	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Klemens Schmitz	Landrat im Landkreis Uckermark
Herr Dr. Burkhard Schröder	Landrat im Landkreis Havelland
Herr Karl-Heinz Schröter	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Senatsrat Günter Schulz	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen, Abt. II F Berlin
Herr Christian Stein	1. Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Herr Frank Szymanski (ab 25.04.2008)	Oberbürgermeister der Stadt Cottbus
Herr Dieter Friese (ab 04.08.2009)	Landrat im Landkreis Spree-Neiße
Herr Dr. Friedemann Kunst	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Herr Manfred Zalenga	Landrat im Landkreis Oder-Spree

- *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 131 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen, Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrolliert er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich u. a. für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans;
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme;
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet;
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr;
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet;
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger;

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des

Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt dabei überwiegend aus Gesellschafterbeiträgen.

Schwerpunkte der Tätigkeit sind:

- Organisation der ÖPNV-Leistungen in den Ländern Berlin und Brandenburg (langfristige Infrastrukturplanung, Vergabe und Vertragscontrolling hinsichtlich der Schienenpersonennahverkehr-Leistungen),
- Weiterentwicklung des Verbundtarifs und die Gestaltung der Einnahmeverteilung,
- Aufbau eines zentralen Angebots- und Informationsmanagements für die Verkehre im Verbundgebiet,
- Koordination der Interessen der verschiedenen Partner und Gestaltung der Entwicklung eines leistungsstarken integrierten Nahverkehrssystems
- Verbundmarketing, die Kundeninformation, die Vertriebskoordination und die Einnahmeverteilung.

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen.

Die Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den Verkehrsunternehmen erbracht werden.

<u>technische Daten</u>	
Einwohner:	
Berlin	3.432.000
Brandenburg	2.523.000
Berlin/Brandenburg (jährlich)	5.955.000
Flächen:	
Berlin	891 km ²
Brandenburg	29.476 km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	30.367 km ²
Einwohnerdichte:	
Berlin	3.852 je km ²
Brandenburg	86 je km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	196 je km ²
Länge SPNV-Netz:	ca. 2.380 km
Anzahl der Fahrgäste (Stand 2009, vorläufige Zahlen):	
Berlin / Brandenburg (täglich)	ca. 3,45 Mio
Berlin / Brandenburg (jährlich)	ca. 1.260 Mio
Zugkilometer im SPNV 2009 (S-Bahn und Regionalverkehr):	ca. 69 Mio
Wagenkilometer (U-Bahn, Straßenbahn, Bus):	
Berlin	230,6 Mio. km
Brandenburg	90,1 Mio. km
Berlin / Brandenburg (jährlich)	320,7 Mio. km

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	8%	11%	9%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	7%	10%	11%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	185%	222%	213%
Zinsaufwandquote	0	0	0
Liquidität 3. Grades	107%	116%	112%
Cashflow	953 T€	141 T€	393 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	985 T€	958 T€	1.007 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	42%	40%	46%
Anzahl der Mitarbeiter	88	74	74

Lagebericht der Gesellschaft

Das Jahr 2009, das zehnte Jahr nach Einführung des Verbundtarifs, war erfolgreich für die VBB GmbH. Die Ausschreibung Netz Stadtbahn und die S-Bahn-Krise standen im Fokus.

Die Gesellschaft wird mehr und mehr als die ÖPNV-Institution der Region Berlin-Brandenburg wahrgenommen. Dies lässt sich am steigenden Interesse der Öffentlichkeit an der fachlichen Meinung der VBB-Experten genauso festmachen wie an den vermehrten Aufträgen und Projekten, die durch die Aufgabenträger oder Dritte an die VBB GmbH weitergereicht werden.

Als neutraler, integrierender Ansprechpartner leistete der Verbund einen erheblichen Beitrag, um den ÖPNV insgesamt voranzubringen, aber vor allem auch, um die S-Bahn-Krise

einigermaßen abzufedern. Insbesondere die verbundweite Planung und Fahrgastinformation waren zeitweise die einzige verlässliche Konstante. Darüber hinaus wurde mit dem Netz Stadtbahn die größte deutsche Ausschreibung in diesem Bereich abgeschlossen – mit hervorragenden Ergebnissen.

Der VBB feierte im April 2009 seinen zehnten Geburtstag mit einem sponsorenfinanzierten ÖPNV–Zukunftskongress.

Tarif

Tariflicher Meilenstein: Einführung des VBB-Abo 65plus am 01. April 2009. Bis Anfang Dezember: Abonnentenzahl bei etwa 62.000. Trend Mobilitätsticket Brandenburg weiter positiv. Berlin-Gorzów: Preissenkung und Gruppentickets

Qualitätsmanagement-Audit

Am 05. November 2009 fand ein QM-Überwachungsaudit statt. Der Auditor stellte dabei fest, dass das Qualitätsmanagement der VBB GmbH vollständig den Anforderungen der Norm entspricht. Das der VBB GmbH verliehene Qualitätszertifikat nach DIN EN ISO 9001.2000 wurde bestätigt.

Einnahmearteilung

Die Einnahmearteilungen 2003 bis 2006 wurden grundsätzlich abgeschlossen. Für 2007 und 2008 ist der Abschluss voraussichtlich im Jahr 2010.

Planung und Fahrgastinformation

Verkehrsmittelübergreifende Fahrgastinformation bedarf einer weiteren Stärkung in den nächsten Jahren. S-Bahn-Krisenmanagement, Krisenstab, permanente Aktualisierung des Fahrplans und der Fahrgastinformation (VBB-Fahrinfo, VBBonline.de). August und Dezember 2009: neue VBB-Fahrplanbücher, dazu VBB-Kartenset mit elf Tourismus- und Freizeitkarten für den gesamten Verbundraum.

Auftrag für Planung und Abstimmung des zukünftigen Busverkehrsangebots beim Großflughafen BBI. Tourist-Information im Terminal A: weiter erfolgreiche Zusammenarbeit. „Sicherheit im ÖPNV“ wird immer wichtiger. Neben „SuSiteam“ (Subjektive Sicherheit im ÖPNV), ist auch eine Pilotstudie durch das Land Brandenburg in Auftrag gegeben worden. Die VBB GmbH legte ein integriertes Rahmenkonzept zur Sicherheit im ÖPNV vor. Der Bus & Bahn-Begleitservice ist ein Erfolgsprojekt. Im Oktober 2009 bestand der Service bereits ein Jahr. Bis Ende 2010 rund 10.000 Begleitungen.

Das Kundenmagazin BB Panorama erschien 2009 viermal in unveränderter Auflage (65.000 Stück). Erfolgreiche Einführung des VBB-Newsletters „BB Perspektiven“.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Durch die starken Probleme bei der Berliner S-Bahn hatte die VBB GmbH wesentliche Mehrbelastungen zu verkraften.

Durch die erheblichen Renditeerwartungen des Mutterkonzerns Deutsche Bahn wurden über Jahre Kapazitäten in allen Bereichen der S-Bahn zurückgefahren.

Bereits 2008 hatte die VBB GmbH die Fahrgastinformation auf Bahnhöfen getestet. Das damalige Ergebnis (27 Prozent „gutes“ bis „sehr gutes“ Informationsangebot) war ermutigend. 2009 zeigte die Erhebung deutliche Verbesserungen.

Die VBB GmbH hat 2009 den nunmehr dritten Netzzustandsbericht vorgelegt. Leider konnte der positive Trend aus dem Vorjahr nicht bestätigt werden. Eine Leistung besonderer Güte stellte das erfolgreich durchgeführte Vergabeverfahren zum Netz Stadtbahn dar, welches ohne Nachprüfungsverfahren beendet wurde. Im größten deutschen Ausschreibungsverfahren dieser Art erhielten DB Regio und die ODEG die jeweiligen Zuschläge. Sowohl das finanzielle Ergebnis (Einsparungen im zweistelligen Millionenbereich für die Länder), als auch die deutlich verbesserten Qualitätskriterien lassen sich als hervorragend bewerten und können als Blaupause für zukünftige Ausschreibungen dienen.

Das Vergabeverfahren zum Mitteldeutschen S-Bahn-Netz (Leipzig und Umgebung) steht an. Die Ausschreibung zur Vergabe des Netzes Elbe-Elster wurde Ende 2009 gestartet. Weitere zwei Verfahren sind in der Vorbereitung.

Die Arbeiten zum Jahresfahrplan 2010 sind planmäßig abgeschlossen worden.

Das Land Brandenburg hat die GmbH ab Januar 2009 beauftragt, Aufgaben im Eisenbahn-Infrastrukturmanagement wahrzunehmen. Hierzu gehören u. a. die Fortschreibung der Anforderung der Infrastruktur, die Begleitung und Koordinierung von Bauvorhaben sowie Bewertungen und Kosten-Nutzen-Untersuchungen. Die VBB GmbH hat 2008 mit der KCW GmbH und der traffic-Kontor KCW sdg GmbH eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, um das Land Berlin in seiner Funktion als ÖPNV-Aufgabenträger zu unterstützen. Der Vertrag mit dem Land Berlin bezüglich des Centers Nahverkehr Berlin (CNB) sieht die Möglichkeit vor, in bestimmtem Umfang Zusatzaufgaben zu erfüllen.

Forschungsprojekte

INNOS: In der ersten Migrationsstufe des Projektes INNOS-Start-VBB werden die ersten Tarifbereiche ab 2010 eTicket-fähige Kontroll- und Vertriebstechnik erhalten. Der erste Meilenstein (IST-Analyse vorhandener Vertriebstechnik mit Erarbeitung eines Systemkonzeptes) wurde abgeschlossen. Die Rahmenlastenhefte wurden fertig gestellt. Verkehrsunternehmen erhalten abgestimmte Lastenhefte.

Das CAPRICE-Projekt (Austausch von Erfahrungen zum Aufbau von Verkehrsverbänden in Warschau, Vilnius, Bukarest, Paris und Berlin) zeigt gute Ergebnisse. Im Forschungsvorhaben „Zentrales Anschlussmanagement“, welches 2009 abgeschlossen werden konnte, wurde eine praxisorientierte IT-Systemlösung zur Anschlusssicherung geschaffen.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben hat die VBB GmbH in 2009 beantragt: Das Projekt „e-Kom – EchtzeitReisenden-Information für die Oderregion“ wird aus dem Berliner EFRE-Programm unterstützt werden.

Die VBB GmbH hat mit Vertrag vom 17. November 2009 zum 1. Februar 2010 befristet bis zum 31. Januar 2013 neue Räume am Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin im 11. Obergeschoss angemietet. Es besteht vor Ende der Vertragslaufzeit ein (Teil-)Kündigungsrecht.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Ausgangslage in Hinblick auf weitere Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft ist unverändert. Die Chancen dazu steigen, wenn es ihr weiter gelingt, sich mit guter Qualität gegenüber den Gesellschaftern in der öffentlichen Debatte als das Kompetenzzentrum für den ÖPNV in der Hauptstadtregion zu etablieren. Für die Gesellschaft bedeutet dies, das Vertrauen in ihre Arbeit zu stärken, neue Aufgaben und damit finanzielle Mittel zu akquirieren.

Durch die erfolgreiche Arbeit der VBB GmbH in den über zehn Jahren ihres Bestehens unterscheiden die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs nicht mehr zwischen Berlin und Brandenburg. Die Kunden fragen daher zunehmend verbundweite Lösungen nach. Diesen kann die Gesellschaft durch ihre Expertise konzeptionell und dienstleistungsorientiert begegnen.

Es bestehen mithin große Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesellschaft in verschiedenen Themenkreisen: Diese betreffen Tarif, Planung, Qualität, Controlling, Vergabe, Marketing, Fahrgastinformation und Vertrieb. Gelingt es der VBB GmbH, in diesen Feldern von den Gesellschaftern Mandate und Unterstützung zu bekommen, gewinnt der ÖPNV im Verbundgebiet. Für das Selbstverständnis der Verbundgesellschaft ist die Erkenntnis elementar, dass aus Sicht der Kunden der Fahrpreis nicht die alles entscheidende Größe ist. Qualität steht für sie im Zentrum. Dieser weite Aspekt umfasst vor allem Fahrplandichte, Pünktlichkeit, Service, Sauberkeit, Sicherheit, und Umweltverträglichkeit – hier konnte die Gesellschaft durch ihre Arbeit auf bemerkenswerte Verbesserungen im Nahverkehr hinwirken.

Im Bereich des Controllings und der Vergabe wäre die Ausweitung auf die gesamte Region von Vorteil. In den letzten Jahren ist es durch Streik oder unvorhergesehene Ausfälle von ÖPNV-Teilsystemen immer wieder dazu gekommen, dass die VBB GmbH als einziger verkehrsmittelübergreifender Dienstleister die Fahrgastinformation in Krisensituationen einigermaßen gewährleisten bzw., wie während der S-Bahn-Krise, überhaupt grundlegende Informationen an den Kunden weiterreichen konnte. Solche Situationen können einerseits aufgrund der Konzentration im Markt (BVG, S-Bahn Berlin GmbH, DB Regio AG, ViP) und andererseits durch die Verwundbarkeit des Systems (Streik, unvorhergesehene Wartung, Zugausfälle, Streckensperrungen) immer wieder vorkommen. Die Erfahrungen aus 2008 und 2009 haben gezeigt, dass bei Streiks und großen Betriebsstörungen sofortiger Handlungsbedarf bei der VBB GmbH vorhanden war. Die Gesellschafter, wie auch die Fahrgäste von der VBB GmbH haben den Anspruch, dass bei unerwarteten, kritischen Entwicklungen im Markt unverzüglich reagiert wird – sei es mit Informationen an die Kunden oder Konzepten für die Aufgabenträger.

Dies gilt regelmäßig auch für den Normalbetrieb, da die Fahrgäste Informationen rund um die Uhr abrufen möchten, nicht nur während der regulären Bürozeiten. Dies kann mit den bisherigen Strukturen nicht geleistet werden. In den bisherigen Krisenfällen konnte die Gesellschaft nur unter Zurückstellung anderer Themenfelder und mit enormen Kraftanstrengungen des Personals diese Situationen meistern. Möchte man eine Fahrgastinformation rund um die Uhr und am Wochenende gewährleisten, ist eine

strukturelle Weiterentwicklung bzw. ein Aufbau eines permanenten Informations-Centers unabdingbar.

Grenzüberschreitende Verkehre nach Polen sind ein weiteres strategisches Thema für die GmbH. Ziel ist es hier, eines Tages attraktive Verbindungen anbieten zu können, bei denen der Fahrgast nicht merkt, dass er eine nationale Grenze überschreitet. Erfolge konnten in tariflicher Hinsicht bereits verzeichnet werden. Für die Strecke Berlin – Stettin ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket (Angebot, Tarif, Anschlusssicherung) in Konzeption.

Die anhaltende Sicherheit im ÖPNV verlangt verkehrsträgerübergreifende Antworten, die konzeptionell durch die VBB GmbH mit gestaltet werden können. Phänomene wie Vandalismus und Graffiti haben enormen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste, das sich negativ auf die Nachfrage auswirkt und ein ernsthafter Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Individualverkehr sein kann.

Die Kunden des ÖPNV wünschen ein klares, einheitliches Marketing des ÖPNV in der Hauptstadtregion. Berliner Fahrgästen, vor allem aber Touristen, ist nicht immer klar, ob derselbe Fahrschein auch für einen anderen Verkehrsträger gilt, da entsprechende Hinweise fehlen. Hier besteht eine eklatante Informationslücke. Bekommt die GmbH durch die Gesellschafter ein stärkeres Mandat im Marketingbereich, bestehen für sie große Chancen, den ÖPNV auch in der öffentlichen Meinung stärker zu akzentuieren. Kunden wie Verkehrsunternehmen würden davon profitieren.

Die SPNV-Verkehrsunternehmen, die Leistungen nach Ausschreibungsverfahren gewonnen haben, erhalten sogenannte Bruttoverträge. Das Einnahmenrisiko liegt mit diesen Bruttoverträgen bei den Ländern. Somit ist es Aufgabe der Länder und damit der VBB GmbH im Zusammenspiel mit den SPNV-Verkehrsunternehmen, die Einnahmen zu sichern und zu erhöhen.

Die Deutsche Bahn AG hat derzeit die besten Vertriebsstrukturen im bestehenden System. Hier gilt es, dass Diskriminierungspotenzial gegenüber neuen Anbietern zu minimieren und die Einnahmenanteile zu sichern. Dazu ist ein effektives Einnahmencontrolling mit einem zukunftsfähigen Vertriebssystem notwendig. Die VBB GmbH wächst hier somit noch mehr in eine gestaltende Rolle hinein. Dieser Prozess wird insbesondere mit der Umstellung der RE-Linien auf der Berliner Stadtbahn ab 2012 relevant werden.

Der verbundweite ÖPNV läuft bei der derzeitigen Entwicklung beim direkten Konkurrenzprodukt motorisierter Individualverkehr (MIV) Gefahr, ein Alleinstellungsmerkmal zu verlieren: die Umweltverträglichkeit. Durch die immensen Investitionen in Forschung und Entwicklung beim MIV ist es realistisch, dass Elektroautomobile bzw. hocheffiziente konventionelle PKW im Straßenverkehr mittelfristig selbstverständlich sein werden.

Nach einer Studie der Deutschen Bahn AG würden bei Wegfall des Umweltvorteiles 23 Prozent der Kunden weniger die Bahn nutzen.

Die Themen Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz sind im Verbund bislang noch zu wenig aktiv beachtet worden. Alle seriösen Prognosen gehen davon aus, dass die Kraftstoffpreise, nach einer Seitwärtsbewegung in Folge der Finanzkrise 2009, in der Zukunft weiter steigen werden: Mittelfristig stagniert das Angebot, bei gleichzeitigem Anwachsen der Nachfrage, v. a. in aufstrebenden Weltregionen.

Zielgerichtete Investitionen in die Energieeffizienz sind vonnöten, zumal technisch ausgereifte Lösungen bereits vorliegen. Am 1. Januar 2010 setzte die zweite, verschärfte Stufe der Berliner Umweltzone ein – und damit ein weiterer Sensibilisierungseffekt. Hieraus ergeben sich für den ÖPNV erneut Chancen und Risiken: Einerseits entstehen Möglichkeiten, sich gegenüber dem MIV als umweltverträgliche Alternative in Szene zu setzen. Auf der anderen Seite wird jedoch auch die Umweltverträglichkeit des ÖPNV-Systems zunehmend hinterfragt werden. Es besteht weiterhin die Notwendigkeit, diesem Prozess verbundweit aktiv zu begleiten und Lösungen zu erarbeiten. Entscheidend ist es für den ÖPNV, Pilotprojekte anzuschließen und auf realisierte Praxisbeispiele aufzubauen. Andererseits öffnet dieser Prozess zukünftig auch weitere Märkte und völlig neue Kooperationen, wie das Projekt BeMobility (BerlinelektroMobil), bei dem die VBB GmbH Partner ist, zeigt.

Die Integration des ÖPNV in verkehrlicher, fahrgastinformationeller und tariflicher Art in neue Strukturen wie Elektro-CarSharing oder Elektrofahrräder wird eine Herausforderung werden. In Hinblick auf die starken Akteure vom MIV und dem Energiesektor ist es angezeigt zu versuchen, die Entwicklung selbst mitzugestalten, um später nicht vor vollendeten Tatsachen zu stehen. Das Zukunftsthema Umwelt und Energie birgt große Chancen, über verbundweite Konzepte innovative Entwicklungen voranzutreiben.

Die Bedeutung der wettbewerblichen Vergabe von SPNV-Leistungen wird auch in den nächsten Jahren hoch sein. Bis zum Jahr 2014 sollen alle Linien des Regionalverkehrs wettbewerblich vergeben sein; zu diesem Jahr stehen auch wieder die Neuvergaben der ersten Ausschreibungsverfahren an. Für die VBB GmbH bedeutet dies ein festes Aufgabenspektrum von der Vergabe bis zum Controlling dieser Ausschreibungsleistungen.

Nach den erheblichen Qualitätsmängeln im S-Bahn-Verkehr gerät die wettbewerbliche Vergabe auch der S-Bahn-Leistungen nun zunehmend ins Gespräch. Die VBB GmbH wird im Auftrag der Länder im Jahr 2010 voraussichtlich die Vorbereitungen für ein Ausschreibungsverfahren treffen. Eine Entscheidung vorausgesetzt, würde ein erstes Verfahren in den Jahren 2011 ff. umgesetzt werden. Somit wäre die kontinuierliche Ausschreibung von fast 70 Mio. Zugkilometern im Regional- und S-Bahn-Verkehr eine kontinuierliche Aufgabe der VBB GmbH.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	277	376	372
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	1	12
II. Sachanlagen	270	375	360
B. Umlaufvermögen	2.711	2.952	4.185
I. Vorräte	13	115	320
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	477	575	654
III. Kassenbestand, Guthaben	2.221	2.262	3.211
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28	50	30
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	324	324	324
II. Zur Durchführung d. beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete E	0	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	58	47	37
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV	208	320	325
D. Rückstellungen	639	931	1.145
E. Verbindlichkeiten	1.786	1.756	2.756
Bilanzsumme	3.016	3.378	4.587

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	1.007	1.060	1.190
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	5.664	6.471	6.241
3. Sonstige betriebliche Erträge	905	1.513	2.655
4. Materialaufwand	-801	-718	-792
5. Personalaufwand	-3.524	-3.644	-4.286
6. Abschreibungen	-106	-113	-112
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.226	-4.671	-4.943
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	81	103	48
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,4	1,0	0,6
11. Sonstige Steuern	-0,4	-1,0	-0,6
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

III.3.4 HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen

Firmensitz

Schlaatzweg 1 A

14473 Potsdam

Tel.: 0331/27 75 0

Fax: 0331/27 75 106

e-mail: info@hwg-potsdam.de

Gründung

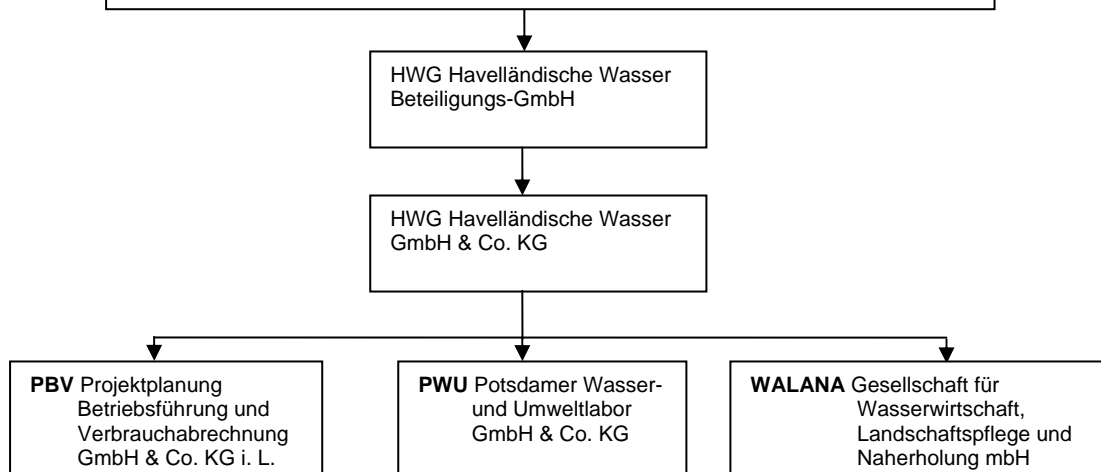
Die HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH (HWG Beteiligungs-GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Die HWG Beteiligungs-GmbH ist im Handelsregister (HRB 6874) beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 255.645,94 €

Das Stammkapital wurde zum 31. Dezember 2009 unverändert von folgenden Gesellschaftern gehalten:

WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co.KG	28,98 %
Landeshauptstadt Potsdam	17,54 %
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34 %
Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband (MAWV)	6,28 %
Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlungs GmbH	5,12 %
Zweckverband Rathenow	4,46 %
Zweckverband „Der Teltow“	3,42 %
Stadt Luckenwalde	3,22 %
Stadtwerke Neuruppin GmbH	3,08 %
Stadt Oranienburg	2,96 %
Zweckverband Havelland	2,82 %
Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde (WARL)	2,50 %
Verband Jüterbog Fläming	2,14 %
Zweckverband Werder Havelland	2,08 %
Zweckverband Pritzwalk	2,06 %



Unterbeteiligungen

Die HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH ist alleinige Kommanditistin der beim Amtsgericht Potsdam unter der Registrier-Nr. HRA 1345 eingetragenen Firma HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG. Das Kommanditkapital der HWG Havelländische Wasser GmbH Co. KG beträgt 3.500.000,00 €

Angaben zu Unternehmen, an denen die HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH Anteile von mehr als 20% hat:

	Anteil in %	Kommanditkapital in T€
HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG, Potsdam	100	3.500

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 18. Dezember 2009.

Organe der Gesellschaft

- Geschäftsführung*

Kerstin-Heike Jäger

- Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

Im Berichtsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- Verwaltungsrat (ab 01.01.2010 Aufsichtsrat)*

Der Verwaltungsrat bestand im Geschäftsjahr 2009 aus folgenden Mitgliedern:

Verwaltungsrat 2009	
Als Mitglieder des Verwaltungsrates sind bestellt:	
Herr Winand Jansen	Bürgermeister der Gemeinde Nuthe - Urstromtal Vorsitzender
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel (Stellvertretender Vorsitzender)
Herr Hans-Reiner Aethner	Verbandsvorsteher des Zweckverbandes WARL
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH
Herr Dr. Udo Haase	Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld
Herr Martin Rahn	Geschäftsführer der Mittelmärkischen Wasser- und Abwasser GmbH
Herr Glenn Jankowski	Untere Wasserbehörde/Untere Naturschutzbehörde Landeshauptstadt Potsdam

Der Verwaltungsrat traf im Geschäftsjahr 2009 zu sechs Sitzungen zusammen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck**Öffentlicher Zweck**

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Eine weitere Grundlage ist die Wasserversorgungs-satzung der Stadt Brandenburg an der Havel.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Verwaltung und Vermietung von Liegenschaften in Wusterwitz, Neuruppin, Nauen, Potsdam, Staaken und Hiddensee.

Außerdem ist die Gesellschaft alleinige Kommanditistin der HWG GmbH & Co. KG.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2008	2007
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	96%	94%	96%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	96%	96%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	103%	101%	100%
Zinsaufwandquote	1,2%	0,1%	0,0%
Liquidität 3. Grades	359%	128%	97%
Cashflow	147 T€	154 T€	199 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-8,9%	-0,8%	-8,7%
Umsatz	526 T€	521 T€	504 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-852 T€	-88 T€	-944 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde am 10. November 1993 von den aus der PWA i. L. hervorgegangenen Verbänden und Werken der Wasserwirtschaft (VEB WAB) gegründet.

Gesellschafter sind 14 Verbände und Kommunen mit Gesellschafteranteilen von 71,02 % und die WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co. KG mit Gesellschafteranteilen von 28,98 %.

Die Gesellschaft ist mit T€ 3.500,00 Kommanditkapital an der HWG GmbH & Co. KG beteiligt. Die HWG GmbH & Co. KG hielt zum 31. Dezember 2009 jeweils 100% der Anteile an der:

- PBV Projektplanung Betriebsführung und Verbrauchsabrechnung GmbH & Co. KG i. L. mit der PBV Projektplanung Betriebsführung und Verbrauchsabrechnung Verwaltungs-GmbH i. L.
- PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG mit der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor Verwaltungs- GmbH
- WALANA Gesellschaft für Wasserwirtschaft, Landschaftspflege und Naherholung mbH.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden zudem folgende Gesellschaften liquidiert, an denen die Gesellschaft 100 % Anteile hielt:

- PHW Potsdamer Havel Wassergesellschaft International mbH & Co. KG i. L.
- HWU Hygiene-, Wasser-, Umweltlabor Verwaltungs- GmbH i. L.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2009

Unter den außerordentlichen Aufwendungen werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert an der HWG GmbH & Co. KG in Höhe von 857 T€ ausgewiesen. Diese wurden aufgrund der nachhaltigen Jahresfehlbeträge der HWG GmbH & Co. KG vorgenommen.

Ursächlich für das verminderte Eigenkapital bei der HWG GmbH & Co. KG sind deren Jahresfehlbeträge, die überwiegend mit den Beteiligungen im Zusammenhang stehen und aus Abschreibungen auf die jeweiligen Beteiligungsbuchwerte sowie aus Wertberichtigungen von Forderungen resultieren.

Im Weiteren wird unter den sonstigen Rückstellungen eine erwartete Umsatzsteuernachzahlung in Höhe von 29 T€ betreffend die Jahre 2004 bis 2008 ausgewiesen, da in der Vergangenheit keine Kürzung der Vorsteuern aufgrund des steuerfreien Vermietungsanteils vorgenommen worden ist.

Somit haben die dargestellten Vorgänge von besonderer Bedeutung das Jahresergebnis 2009 der HWG Beteiligungs-GmbH mit insgesamt 886 T€ belastet.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermietung der Grundstücke und ergeben für das Geschäftsjahr 2009 526 T€ (Vorjahr: 522 T€). Nach Berücksichtigung der Materialaufwendungen (Instandhaltung der Objekte sowie Mietnebenkosten) ergibt sich ein Rohgewinn von 230 T€ (Vorjahr: 238 T€), dessen Verminderung auf den Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen zurückzuführen ist. Bedingt durch keine nennenswerten Investitionen werden die Abschreibungen nahezu unverändert mit 141 T€ ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich ein nahezu unverändertes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (13 T€). Nach Berücksichtigung der außerordentlichen Aufwendungen und der Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 852 T€ (Vorjahr: 88 T€), der ausschließlich auf die außerplanmäßige Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert an der HWG GmbH & Co. KG mit 857 T€ zurückzuführen ist.

Betrachtet man die Kostenstellen der vermieteten Objekte, stellen sich deren Deckungsbeiträge wie folgt dar:

- Immobilie Neuruppin (75 T€; Vorjahr: 88 T€); Veränderung wegen Anstieg der Fremdleistungen
- Immobilie Potsdam (37 T€; Vorjahr: -8 T€); Veränderung bei den Abschreibungen
- Immobilie Nauen (5 T€; Vorjahr: 18 T€); Veränderung wegen Rückgang Erträge Vermietung
- Immobilie Staaken (0 T€; Vorjahr: -4 T€); Veränderung wegen Rückgang der Fremdleistungen
- Immobilie Hiddensee (-23 T€; Vorjahr: -27 T€); Veränderung bei den Abschreibungen

Nicht berücksichtigt werden die Kostenstellen für Verwaltung und Geschäftsführerumlage, da eine Verfeinerung der Kostenrechnung durch Ermittlung von Zuschlagsätzen bisher noch nicht erfolgt ist.

Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft verminderten sich um 130 T€ auf T€ 209 (Vorjahr: 339 T€). Dieses ist auch darauf zurückzuführen, dass finanzielle Mittel an ein verbundenes Unternehmen zurückgeführt worden sind.

Vermögenslage

Im Wesentlichen bedingt durch die außerplanmäßige Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert an der HWG GmbH & Co. KG mit 857 T€ verminderte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um 1.213 T€. Das Anlagevermögen ist wie bisher langfristig finanziert. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft erhöhte sich von 95,6% auf nunmehr 98,9%.

Veränderungen beim Anlagevermögen sind überwiegend bedingt durch die planmäßigen Abschreibungen. Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände betrifft im Wesentlichen die jährliche Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens mit T€ 24.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Einschätzung der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen

Für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 sind weitere Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen betreffend die Unternehmen der HWG - Gruppe vorgesehen mit dem Ziel der weiteren Vereinfachung der Strukturen und der Reduzierung der Kosten. Zudem gibt es Anstrengungen, sich von Verlustträgern nachhaltig zu trennen. Nicht zuletzt dadurch werden positive Auswirkungen auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HWG Beteiligungs-GmbH erwartet.

Risiken

Die Risiken liegen in den Tätigkeitsbereichen der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde zudem ein Gutachten zur Bewertung der Grundstücke in Auftrag gegeben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass dieses Gutachten zu erheblichem Abwertungsbedarf bei den bilanzierten Immobilien führen wird, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage des Geschäftsjahres 2010 und später. Auch das Gutachten über die Bewertung der Liegenschaft WALANA kann zu weiterem außerplanmäßigem Abschreibungsbedarf führen.

Als weiteres Risiko ist der Investitions- und Instandhaltungsstau bei den Objekten zu nennen, da in den letzten Jahren nur noch notwendige Maßnahmen durchgeführt worden sind. Gegebenenfalls erforderliche Instandsetzungsmaßnahmen würden die Ertrags- und Finanzlage in späteren Geschäftsjahren entsprechend belasten. Für das Geschäftsjahr 2009 wird jedoch kein Rückstellungsbedarf gesehen. Aufgrund der soliden Ausstattung mit Eigenkapital bei der HWG Beteiligungs-GmbH wird in dem Investitions- und Instandhaltungsstau keine Entwicklungsbeeinträchtigung gesehen.

Risikoberichterstattung

Die Gesellschaft ist angehalten, ein Risikomanagement und Früherkennungssystem zu unterhalten. Gegenwärtig befindet sich das Risikomanagementsystem im Aufbau. Vorgesehen ist, in jährlichen Planungsrunden alle Geschäftsaktivitäten auf Chancen und Risiken hin zu untersuchen.

Sollte es zu möglichen Abweichungen oder Veränderungen der Marktteilnehmer kommen, werden diese durch dieses Kontrollsystem sofort erfasst und analysiert – und zudem die Entscheidungsträger darüber unterrichtet. Dieses Vorgehen soll es erlauben, negative Entwicklungen zeitnah zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres und voraussichtliche Entwicklung

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind folgende Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten:

Herr Winand Jansen; Bürgermeister der Gemeinde Nuthe-Urstromtal schied zum 31. Dezember 2009 als Verwaltungsratsvorsitzender der HWG Beteiligungs-GmbH aus.

Ab dem 01. Januar 2010 ist Herr Steffen Scheller; Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Vorsitzender des Aufsichtsgremiums. Außerdem wurde der Verwaltungsrat umbenannt in Aufsichtsrat.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2010 ist aus der HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG die HWG Havelländische Wasser Verwaltungs-GmbH als Gesellschafter ausgeschieden. Da somit nur noch die HWG Beteiligungs-GmbH alleinige Gesellschafterin der HWG GmbH & Co. KG war, ist das Vermögen der HWG GmbH & Co. KG im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die HWG Beteiligungs-GmbH übergegangen.

Damit wurde die HWG Beteiligungs-GmbH mit Wirkung zum 01. Januar 2010 Rechtsnachfolgerin der HWG GmbH & Co. KG und zugleich umfirmiert in HWG Havelländische Wasser GmbH.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2007	2008	2009
<u>Aktiva</u>			
Anlagevermögen	10.384	10.152	9.154
Sachanlagen	5.472	5.339	5.198
Finanzanlagen	4.913	4.813	3.956
Umlaufvermögen	395	601	388
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	217	262	180
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	178	339	209
Rechnungsabgrenzungsposten	0	3	1
<u>Passiva</u>			
Eigenkapital	10.374	10.286	9.435
I. Gezeichnetes Kapital	256	256	256
II. Kapitalrücklage	11.426	11.426	11.426
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-364	-1.308	-1.396
IV. Jahresfehlbetrag	-944	-88	-852
Rückstellungen	26	52	37
Verbindlichkeiten	380	418	71
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	10.780	10.756	9.543

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2007	2008	2009
1. Umsatzerlöse	504	521	526
2. Sonstige betriebliche Erträge	100	24	23
3. Materialaufwand	-353	-308	-319
4. Personalaufwand	0	0	0
5. Abschreibungen	-143	-142	-142
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-53	-90	-73
7. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	6	4
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-6
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-1.000	-100	-857
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-945	-87	-844
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12	10	3
13. Sonstige Steuern	-11	-11	-11
14. Jahresergebnis	-944	-88	-852

IV. Abkürzungsverzeichnis

AAF:	Akademie für Außenwirtschaftliche Fortbildung GmbH & Co. KG
ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AfL:	Arbeit für Langzeitarbeitslose
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
APM	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark
ARGE:	Arbeitsgemeinschaft Integration und Grundsicherung für Arbeitssuchende
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BA:	Bauabschnitt
BEZ:	Beschäftigungszuschuss
BEGiN:	Brandenburger Existenzgründer im Netzwerk
BfA:	Bundesanstalt für Arbeit
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BilG:	€-Eröffnungsbilanzgesetz
BK:	Betriebskosten
Brdbg.:	Brandenburg an der Havel
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
BT:	Brandenburger Theater
BRZ:	Berechnungszeitraum
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DKB:	Deutsche Kreditbank AG
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EB:	Eigenbetrieb
EEG:	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK:	Eigenkapital
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EStG:	Einkommensteuergesetz
FK:	Fremdkapital
FA:	Finanzanlagen
FAG:	Finanzausgleichgesetz
FAQ´s:	„frequently asked questions“ = immer wieder vorkommende Fragen
FBL:	Fachbereichsleiter
GB:	Geschäftsbereich

GE:	Gewerbeeinheiten
GF:	Geschäftsführer/-ung
GLM:	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	GmbH-Gesetz
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried
GO:	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GzA:	Gemeinnützige zusätzliche Arbeit
HGrG:	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HH:	Haushalt
HKW:	Heizkraftwerk
HOT:	Hans-Otto-Theater
IAT:	Ingenieurbetrieb für Automatisierungstechnik GmbH
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KGST:	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KG:	Kommanditgesellschaft
KLR:	Kosten- und Leistungsrechnung
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KStG:	Körperschaftsteuergesetz
KV:	Kassenärztliche Vereinigung
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
MDK:	Medizinischer Dienst der Krankenkassen

MWFK:	Ministerium für Wirtschaft, Forschung und Kultur
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NV Solo:	Normalvertrag für Solokünstler
NWkm:	Nutzwagenkilometer
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SIREC:	Sicherung und Recycling im Denkmalschutz
SO:	Sonstige Objekte
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
STG:	Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft
SVV:	Stadtverordnetenversammlung
TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TIBS:	Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der FH Brandenburg
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WBG:	Wohnungsbaugenossenschaft
WE:	Wohneinheiten

V. Erläuterungen

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen Wertminderungen der Vermögensgegenstände ergebnismindernd, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintritts verbucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite einer Bilanz werden die Gegenstände des Anlagevermögens, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, vor den Gegenständen des nur vorübergehend genutzten Umlaufvermögens ausgewiesen. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anhang	Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses bei Kapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 HGB. In ihm sind die einzelnen Positionen der Bilanz und GuV und ggf. ihre Ermittlung zu erläutern.
Anlagenabnutzungsgrad	Kumulierte Abschreiben auf Sachanlagen / Anschaffungs-/ Herstellungskosten der Sachanlagen
Anlagevermögen	Die Gesamtheit der Vermögenselemente, die dazu bestimmt ist, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (gemäß § 247 Abs. 2 HGB) und dem wirtschaftlichen Eigentum des Unternehmens zuzurechnen sind. Sie stehen i.d.R. für mehrere Produktionszyklen zur Verfügung. Den Ausschlag für die Zuordnung eines Gegenstandes zum Anlagevermögen gibt somit seine Zweckbestimmung. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, usw.) und Finanzanlagen (z.B. Beteiligungen).
Aufwendungen	Minderungen des betrieblichen Vermögens innerhalb einer Rechnungsperiode. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen, die sich aus der eigentlichen Betriebstätigkeit ergeben. Das Betriebsergebnis ist neben dem Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis Bestandteil der GuV.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Ist die Gegenüberstellung aller Aktiva (Anlage- und Umlaufvermögen) und Passiva (Eigen- und Fremdkapital) eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (z.B. Ende eines Geschäftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Der Ausweis eines Bilanzgewinns oder -verlustes erfolgt unter dem Eigenkapital nach teilweiser Gewinnverwendung. Er errechnet sich aus dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag zuzüglich des Gewinn-/Verlustvortrags und Einstellungen/Entnahmen in bzw. aus Rücklagen.
Eigenkapital (EK)	<p>Zum Eigenkapital rechnen alle von den Eigentümern durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnansprüche unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel.</p> <p>Das EK ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, (Grund-, Stamm-, Nenn- oder Haftungskapital), den Kapital- und Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen Bilanzgewinn/-verlust zusammen. Das in der Bilanz ausgewiesene EK gibt den Buchwert des Unternehmens an.</p>

Eigenkapitalquote	Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme eines Unternehmens. Sie beschreibt den Grad der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Unternehmung. Im vorliegenden Bericht gibt die Eigenkapitalquote den Anteil des Eigenkapital, einschließlich der Sonderposten, am Gesamtkapital wieder.
Ergebnis (allgemein)	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen. In der GuV wird unterschieden zwischen dem Betriebs-, dem Finanz- und dem Außerordentlichen Ergebnis. Der Jahresüberschuss/fehlbetrag ist die Summe aller drei Ergebnisse.
Erträge	Mehrungen des betrieblichen Vermögens in einer Rechnungsperiode. Erträge sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelzuflüsse (betrifft z. B. Wertsteigerungen).
Fälle je Vollkraft (Klinikum)	Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger zu durchschnittlicher Vollkräftezahl
Fremdkapital (FK)	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich als Schulden bezeichnet und ist auf der Passivseite ausgewiesen. Es setzt sich aus kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten (Banken, Lieferer, sonstige Kapitalgeber ohne Beteiligungsrechte) sowie den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen i.d.R. nur befristet und zu einem festen Zinssatz zur Verfügung.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter). Die Rechte der Gesellschafter insbesondere in Bezug auf die Führung der Geschäfte bestimmen sich nach dem Gesellschaftsvertrag (zzgl. §§ 46 - 51 GmbHG). Zum Aufgabenkreis zählen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Ergebnisverwendung und die Bestellung des Aufsichtsrates.
Gewinn- und Verlustrechnung	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Die GuV gibt Auskunft über die Art, Höhe und Quellen der Erfolgskomponenten Aufwand und Ertrag. Als Erfolgsrechnung steht sie in engem Zusammenhang mit der Jahresbilanz. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen Jahresüberschuss, der das Eigenkapital steigert. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, entsteht ein Jahresfehlbetrag, der das Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Die Gewinnrücklage gehört zu den sog. offenen Rücklagen. Die Gewinnrücklage setzt sich aus Mitteln zusammen, die im Unternehmen, d.h. durch Einbehalten von Teilen des Unternehmensergebnisses, gebildet wurden (§ 272 Abs. 3 HGB).
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Teil des Jahresergebnisses, der in den Vorjahren weder zur Ausschüttung noch zur Rücklagenzuführung oder auf sonstige Weise verwendet wurde.
Gezeichnetes Kapital	<p>Das Gezeichnete Kapital bildet einen Unterposten zum Eigenkapital in der Bilanz von Kapitalgesellschaften (§ 266 Abs. 3 HGB). Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungs-kapital einer Kapitalgesellschaft aus. Bei der AG (Aktiengesellschaft) wird es als <i>Grundkapital</i> und bei der GmbH als <i>Stammkapital</i> bezeichnet.</p> <p>Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, ...) der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und Gewinnrücklage, Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile</p>

	am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Handelsbilanz	Ist die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) zu erstellende Bilanz. Das Vermögen und der Gewinn sind nach kaufmännischer Vorsicht zu ermitteln. Die Adressaten sind die Gesellschafter, Gläubiger und im gewissen Maße die Öffentlichkeit. Sie ist die Grundlage für die Erstellung der Steuerbilanz (Maßgeblichkeit), wobei sich jedoch Regelungen der Steuerbilanz auch wiederum auf die Handelsbilanz auswirken (umgekehrte Maßgeblichkeit).
Holding	Eine Holding ist eine Gesellschaft, die Anteile an anderen Unternehmen erwirbt und verwaltet, wobei im Unterschied zu Kapitalanlage - bzw. Investmentgesellschaften nicht nur Vermögensanlage, sondern auch Kontrolle, Beeinflussung oder Beherrschung der Unternehmen angestrebt wird.
Inventur	Bestandsaufnahme aller Vermögensgegenstände und Schulden durch zählen, messen, wiegen und wertfeststellen. Gemäß §§ 240 und 241 HGB haben jahresabschlusspflichtige Unternehmen jährlich zum Bilanzstichtag eine Inventur durchzuführen.
Investitionen	Sind die Bindung von Kapital in Vermögensgegenständen, um daraus Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresabschluss (JA)	Besteht lt. § 242 Abs. 1 HGB aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang und dem Lagebericht (Gliederung entsprechend §§ 266, 275 HGB). Große Gesellschaften und Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, GmbH & Co. KG) haben die Pflicht zur jährlichen Erstellung. Grundlage sind überwiegend das HGB und die Steuergesetze.
Jahresüberschuss (JÜ)	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Aufwendungen und Erträge. Steht am Ende der Gewinnermittlung nach § 275 Abs. 2 oder 3 HGB.
Kapitalrücklage	Die Kapitalrücklage umfasst die einer Kapitalgesellschaft von ihren Gesellschaftern neben dem Nominalkapital von außen zugeführten Eigenkapitalanteile (§ 272 Abs. 2 HGB). GmbH's unterliegen bezüglich der Auflösung ihrer Kapitalrücklage bis auf einige Ausnahmen keinen rechtlichen Bestimmungen.
Lagebericht	Ergänzendes Informationsinstrument des Jahresabschlusses. Inhalte des Lageberichts sind die Darstellung des Geschäftsverlaufs in der Rechnungsperiode und der aktuellen Lage, der zukünftigen Entwicklung sowie der Forschungs- und Entwicklungsbericht des Unternehmens. Lageberichterstattungspflichtig sind alle Kapitalgesellschaften.
Liquidität	Ist die Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (positiver Zahlungsmittelbestand). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenübergestellt werden.
Materialaufwandsquote	Materialaufwand zu Gesamtleistung
Materialaufwand je Fall	Klinikum; Materialaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger

Materialintensität	Die Materialintensität (Materialaufwandsquote) gibt den Anteil des Materialaufwands am Umsatz an; Formel: Materialkosten / Umsatz * 100.
Notarielle Beurkundung	Wird bei wichtigen Verträgen vorgenommen, um eine erhöhte Rechtssicherheit für den Inhalt, eine bessere Beweisbarkeit und größere Glaubhaftigkeit zu erhalten. Bei Gesellschaftsverträgen (von Kapitalgesellschaften) und Verträgen, bei denen Immobilien einbezogen sind, ist der Vertrag lt. Gesetz notariell zu beurkunden.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz wird grundsätzlich das dauernd verfügbare Eigenkapital vor den zu tilgenden Verbindlichkeiten aufgeführt.
Personalaufwandsquote	Personalaufwand / Gesamtleistung
Personalaufwand je Fall	Klinikum; Personalaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger
Produktivität	Bezeichnet das Verhältnis zwischen den eingesetzten Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Kapital: Input) und dem Produktionsergebnis (Output); als Messzahl gibt sie Auskunft über die Effizienz von Produktionsprozessen; Formel: Umsatz / Anzahl Beschäftigter
Prüfung (Jahresabschluss)	Gemäß § 316 HGB sind Jahresabschluss und Lagebericht von Kapitalgesellschaften (sofern sie nicht kleine sind) durch vereidigte Wirtschaftsprüfer zu überprüfen. Prüfungsgegenstand sind unter Einbeziehung der Buchführung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung. Der Abschlussprüfer hat über die Ergebnisse schriftlich zu berichten (§ 321 HGB) und das Ergebnis in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen (§ 322 HGB).
Rücklagen	Zu unterscheiden sind hier im Wesentlichen die offenen und stillen Rücklagen sowie die SoPo (Sonderposten) mit Rücklagenanteil. Zu den offenen Rücklagen zählen die <i>Kapital- und Gewinnrücklagen</i> .
Rückstellungen	Sind Schulden des Unternehmens, die am Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach noch nicht konkretisiert sind (§ 249 HGB). Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Gewährleistungen.
Sachanlagenquote	Sachanlagen / Gesamtvermögen
Sonderposten mit Rücklagenanteil	Sonderposten mit Rücklagenanteil weisen einen Doppelcharakter auf. Einerseits enthält er Rücklagen aus noch nicht versteuertem Gewinn, die nach den Vorschriften der Steuergesetze auszulösen sind (§ 273 HGB). Andererseits können unter dieser Position als Wertberichtigung Beträge ausgewiesen sein, die über die rein handelsrechtlichen Abschreibungen hinausgehen (§ 281 HGB).
Stammeinlage	Ist die von jedem Gründungsgesellschafter einer GmbH zu leistende Einlage auf das Stammkapital (§ 5 GmbHG). Nach dem Verhältnis der übernommenen und später dazu erworbenen Stammeinlagen bestimmt sich der Anteil am Stammkapital und somit auch die Beteiligungsquote.
Stammkapital	Ist das Gezeichnete Kapital und somit das beschränkt haftende Eigenkapital der GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den

	<p>Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.</p>
Steuerbilanz	<p>Ist eine um die steuerrechtlichen Vorschriften (EStG, KStG, Richtlinien, ...) korrigierte bzw. ergänzte Handelsbilanz. Ziel ist die Ermittlung des „wahren“ Gewinns, der dem einzigsten Adressaten, dem Finanzamt, als steuerliche Bemessungsgrundlage dient. Aus Gründen der Einfachheit sind in der Praxis, vor allem bei nicht publizitätspflichtigen Unternehmen, Handels- und Steuerbilanz identisch (Einheitsbilanz).</p>
Stille Rücklagen	<p>Stille Rücklagen sind Teile des Eigenkapitals, deren Höhe aus der Bilanz nicht ersichtlich ist. Stille Reserven ergeben sich aus der Differenz zwischen den Buchwerten und den tatsächlich höheren Werten bei den Aktiva bzw. niedrigeren Werten bei den Passiva. Angemessene stille Reserven verleihen dem Unternehmen Widerstandskraft. Dagegen stehen stille Reserven auch im Dienst der Gewinnregulierung → Schwächung des Vertrauens von Gläubigern und Öffentlichkeit.</p>
Überlieger	<p>Klinikum; hierbei handelt es sich um Patienten, deren Behandlung als Fallpauschale in 2009 noch nicht abgeschlossen war.</p>
Umlaufvermögen	<p>Gegenstände des Umlaufvermögens verbleiben in ihrer ursprünglichen oder verarbeiteten Form nur kurze Zeit im Unternehmen. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz werden Vorräte, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel.</p>
Umsatz	<p>Ist der wertmäßige Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs-/Absatzpreis.</p>
Unbundling	<p>VBB; organisatorische Trennung von Netz und Vertrieb in der Strom- und Gasversorgung</p>
Verlustrück(-vor)trag	<p>Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleichs. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraums können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus Vorperioden (max. zwei) verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bietet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.</p>
Wirtschaftsplan	<p>Er ist ein individuelles Instrument der Unternehmen. Der Wirtschaftsplan ist die gedankliche Vorwegnahme und aktive Gestaltung zukünftiger Ereignisse mit dem Ziel der Reduktion von Unsicherheit. Er stellt i.d.R. die zahlenmäßige Entwicklung des Unternehmens, unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes, der individuellen Ziele, der Voraussetzungen und angenommenen Entwicklungen des Umfelds dar. Einbezogen werden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen sowie die geplanten Investitionen und deren Finanzierung.</p> <p>Der Wirtschaftsplan entspringt keiner gesetzlichen Regelung (kann jedoch Grundlage für den Lagebericht sein). Ausnahme bilden die Eigenbetriebe und Beteiligungen der Kommunen. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil des Haushalts und von den Gremien zu genehmigen</p>

Formeln und Definitionen der Kennzahlen

Kennzahl	Formel	Definition der einzelnen Kennziffern
Anlagenintensität	$\frac{AV \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Anlagevermögen</u>: Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB nur die Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 2 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn in einer Bilanz sämtliche Aktiva (Gesamtvermögen) oder sämtliche Passiva (Gesamtkapital) addiert werden.</p>
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: § 272 Abs.1-4 HGB (ohne anteilige SOPO) i.V.m. § 266 Abs. 3 HGB, Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	aus Bilanz	<p>Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).</p>
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Fremdkapital</u>: Zum Fremdkapital zählen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung, d.h. Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, welche der Finanzierung des Unternehmensvermögens dienen und rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 3 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht.</p>

		<p><u>Langfristiges Fremdkapital</u> steht dem Unternehmen länger als 5 Jahre zur Verfügung.</p> <p><u>Anlagevermögen</u>: siehe oben</p>
Zinsaufwandsquote	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	<p><u>Zinsaufwand</u>: Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“, § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Liquidität 3. Grades	$\frac{\text{Umlaufverm.} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	<p><u>Umlaufvermögen</u>: Kurz- und mittelfristige Vermögensgegenstände eines Unternehmens; Kassenbestand, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte werden im Umlaufvermögen (§ 266 Abs. 2 HGB) erfasst.</p> <p><u>Fremdkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>: Zum kurzfristigen Fremdkapital im Sinne dieses Rundschreibens zählen vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB, die Steuerrückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB), die sonstigen Rückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB) sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (§ 266 Abs. 3 HGB).</p> <p>Als Formel ergibt sich somit:</p> <p>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr + Steuerrückstellungen + sonstige Rückstellungen + passive Rechnungsabgrenzungsposten = kurzfristiges Fremdkapital</p> <p><u>Verbindlichkeiten</u>: Verbindlichkeiten zählen zu den Schulden und sind im Gegensatz zu den Rückstellungen prinzipiell dem Grunde und der Höhe nach gewiss. Für Verbindlichkeiten besteht gemäß §§ 242 und 246 HGB Passivierungspflicht, sie sind in der Bilanzgliederung von Kapitalgesellschaften im § 266 Abs. 3 HGB unter C der Passivseite aufgeführt.</p>
Cashflow	<p>Jahresergebnis + Abschreibungen + /- Zun./ Abn. der langfristigen Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentliche Erträge = Cashflow</p>	<p>Der Cashflow zeigt den Zahlungsmittelüberschuss der Periode und stellt den um nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – welche nicht in derselben Periode zu Einnahmen bzw. Ausgaben führen - bereinigten Geschäftserfolg dar.</p> <p>Der Cashflow soll hier lediglich mit Hilfe der sog. „Praktikerformel“ ermittelt werden. Da bei außerordentlichen Aufwendungen/ Erträgen nicht erkennbar ist, in welchem Umfang sie zahlungswirksam sind, werden sie aus Vorsichtsgründen eliminiert.</p>

Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen})}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	<p><u>Jahresüberschuss</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB</p> <p><u>Fremdkapitalzinsen</u>: unter § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 12 HGB</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Umsatz	aus GuV	§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 1 HGB, § 277 Abs. 1 HGB (Vorschriften zu einzelnen Posten der GuV, Umsatzerlöse)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	aus GuV	<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u> : siehe oben
Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufw.}}{\text{Umsatz}} \times 100$	<p><u>Personalaufwand</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB</p> <p>Neben den Löhnen und Gehältern sind in den Personalaufwand die sozialen Abgaben sowie der Aufwand für Altersversorgung einzubeziehen. Bei der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3 HGB) ist im Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 285 Nr. 8 b HGB der Personalaufwand gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB anzugeben.</p> <p>Im Konzernanhang ist ebenfalls der Personalaufwand auszuweisen (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB).</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	